



12. März 1918

## LUDWIG QUESSEL · RUSSLAND UND DER ANGEL- SÄCHSISCHE WIRTSCHAFTSKRIEG

**W**AS jedem, der die Entwicklung der Dinge in Rußland seit der Novemberherrschaft der Bolschewiki aufmerksam verfolgt hat, und dem das Wesen des bolschewistischen Doktrinarismus nicht fremd ist, von vornherein unheimlich klar war, hat sich jetzt aller Welt gezeigt: Die bolschewistische Politik hat das Riesereich vorübergehend in einen Zustand militärischer und wirtschaftlicher Hilflosigkeit gebracht, so daß ihm nichts anderes übrigblieb als die Bedingungen anzunehmen, die ihm von seinem Kriegsgegner diktiert wurden.

Betrachtet man indessen ohne Vorurteil, den Blick auf die Dinge selbst, nicht auf die Formulierung gerichtet, die Neuordnung im Osten, die am 3. März in Brest Litowsk zu Papier gebracht wurde, so ergibt sich, daß alles, was zurzeit gegenüber einem wehrlosen Rußland durchgesetzt werden konnte, keine endgültige Lösung darstellt. Wie über das Schicksal des deutschen Kolonialreichs, so wird auch über das Schicksal des russischen Imperiums erst der allgemeine Frieden wirklich entscheiden. Die okkupierten Gebiete bleiben nach wie vor besetzt, ein eigenes staatliches Leben kann sich dort nicht entwickeln, alles bleibt nur ein Regulativ für eine spätere Zukunft, genau so wie die Polenproklamation vom 5. November 1916, und mit genau so ungewissem Schicksal wie deren Ausführung. Der gegenwärtige Zustand im Osten unterscheidet sich gegenüber dem frühern nur darin, daß nunmehr der militärische Druck, den Rußland auf uns auszuüben vermochte, und der ja auch schon vor dem Friedensschluß nahezu ausgeschaltet war, jetzt so ziemlich auf den Nullpunkt gesunken ist. Die politische Entscheidung aber wird erst das Ende des Weltkriegs überhaupt bringen. Daraus folgt, daß auch die endgültige außenpolitische Orientierung Deutschlands erst zu diesem Zeitpunkt erfolgen kann. Eine Bindung durch Vorwegnahme eines Teils aus dem Gesamtkomplex des Weltkriegs hat immer nur eine sehr bedingte Gültigkeit; das hat uns gerade der Verlauf der Ereignisse in Polen gezeigt. Wir werden gut daran tun die gesamten Ostprobleme unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten und daran zu denken, daß es für das Betreten eines neuen Weges nie zu spät ist, wenn sich der bisher eingeschlagene als ungangbar erwiesen hat.

Die Machtlosigkeit Rußlands wird derjenige, der gewöhnt ist die potentiellen Kräfte des Volkes als das Entscheidende zu betrachten, natürlich

nicht als einen Dauerzustand ansehen. Man wird Harden recht geben müssen, der in der Zukunft vom 2. März 1918 schrieb: »Ein Land, in dem so hohe Kunstwunder gediehen, mit so heiliger Inbrunst den Rätseln des Weltgefüges die Lösung gesucht wird, ist nicht am Ende seiner Lebenskraft. Ihm wiederholt sich, wie, nach Goethes Meinung, genialen Naturen, die Pubertät; und deren Krämpfe nimmt Kurzsicht für die Zeichen unaufhaltsamen Verfalles.« Das russische Imperium wird unter neuer und wirklicher Leitung wieder auferstehen und das Werk der Revolution vollenden, das durch bolschewistische Engsichtigkeit beinahe zerstört und verschüttet war. Von einer dauernden Zerstückelung Rußlands kann, wenn die schaffenden Kräfte der Völker Rußlands sich erst wieder regen, keine Rede sein. Unser Interesse gebietet es uns nun dafür zu sorgen, daß die Neueinigung Rußlands sich nicht unter dem Zeichen des Hasses und der unversöhnlichen Feindschaft gegen Deutschland vollzieht. Wir müssen uns darüber klar sein: Eine antirussische, auf die dauernde Verstümmelung Rußlands gerichtete Politik der Zentralmächte treibt das sich neuaufbauende Russische Reich in die Arme Englands, England und Amerika werden bestrebt sein im Osten den größtmöglichen Einfluß zu gewinnen; sie werden die Erneuerung der russischen Volkswirtschaft und Wehrfähigkeit mit allen Kräften fördern, um sich selber in Rußland festzusetzen und so die Umklammerung Deutschlands zu verewigen.<sup>1)</sup> Wollen wir dem begegnen, so können wir dies nur, wenn wir uns bemühen Rußland so schnell wie möglich dazu zu verhelfen wieder ein Staat zu werden, der über sein Schicksal selbst bestimmt und in der auswärtigen Politik nach eigener Entscheidung mitsprechen kann. Deutschland und Österreich-Ungarn können dies Ziel nur auf dem Boden wirklicher Freundschaft mit dem russischen Volk, nicht durch eine illusionäre Randvölkerpolitik gegen Rußland erreichen. Und sie müssen die Freundschaft Rußlands erwerben, weil nur diese ihnen die Sicherheit gibt sich in einem Wirtschaftskrieg mit dem Angelsächsentum behaupten zu können.



SO sehr auch in Deutschland die Neigung vorhanden ist die Dinge nach dem Krieg in optimistischer Weise zu beurteilen, so wird doch die Überzeugung, daß wir uns für die Kriegsfolgezeit auf einen offenen oder versteckten Wirtschaftskrieg mit den angelsächsischen Reichen einzurichten haben, immer tiefer und allgemeiner. Theoretisch werden wir, sobald der Friedenszustand wieder hergestellt ist, in den angelsächsischen Produktionsgebieten alle Rohstoffe kaufen können, die wir für industrielle Zwecke brauchen. Praktisch wird freilich unser Bemühen uns auf den von den Angelsachsen kontrollierten Rohstoffmärkten Australiens, Asiens, Afrikas und Amerikas zu versorgen auf riesengroße Schwierigkeiten stoßen. Da einerseits die Vorräte an Rohstoffen überall gering sind, und andererseits die angelsächsischen Staatsmänner erklärt haben, daß durch das Mittel langfristiger Lieferungsverträge ausreichende Vorsorge getroffen sei, daß sofort nach dem Friedensschluß der breite Strom der Rohstoffproduktion der Neuländer und Kolonien sich vornehmlich nach den angelsächsischen Industriegebieten ergießen wird, so

<sup>1)</sup> Die Ereignisse in Ostasien, die sich dort als natürliche Folge des Brester Friedens jetzt abspielen, und die Versuche Englands sich im nördlichsten Rußland durch Errichtung einer Republik Archangelsk eine Einflußsphäre zu schaffen, von der aus es Rußland gegen die Zentralmächte organisieren kann, stimmen selbst die gewiß nicht östlich orientierte Frankfurter Zeitung bedenklich und veranlassen sie am 4. März zu dem Ausruf, daß Deutschland »Ursache hat ein lebensfähiges und gesundes Rußland geradezu zu wünschen.

werden wir mit der Tatsache rechnen müssen, daß das für uns mit dem Friedenszustand wieder auferstandene Recht überall Rohstoffe zu kaufen, wo solche produziert werden, für die von den Angelsachsen kontrollierten Rohstoffmärkte praktisch von geringer Bedeutung sein wird.<sup>2)</sup> Um so bedeutungsvoller werden für die Kriegsfolgezeit für uns natürlich diejenigen Rohstoffgebiete sein, die der angelsächsischen Kontrolle noch nicht unterliegen. Und unter diesen, deren Zahl übrigens recht beschränkt ist, nimmt das russische Rohstoffgebiet eine ganz hervorragende Stellung ein.

Man hört nun neuerdings in Deutschland immer häufiger die Meinung vertreten, die dann unkritisch von allen nachgesprochen wird: von dem russischen Reich sei nur die Ukraine wirtschaftlich für uns von Wichtigkeit; hätten wir feste Wirtschaftsbeziehungen zu dieser, so könnte uns das sonstige Rußland, das Rußland der Großen, ziemlich gleichgültig sein. Nun ist es ja ohnehin eine überaus naive Vorstellung, daß die Ukraine dauernd von dem übrigen Rußland getrennt bleiben wird. Doch davon ganz abgesehen: Der riesige Reichtum der Ukraine in der Lebensmittelerzeugung kann sicherlich als wertvolle Ergänzung unserer heimischen landwirtschaftlichen Produkte für das deutsche Volk von Bedeutung sein. Wichtiger aber noch als diese Erhöhung unseres Konsums, ohne die wir zur Not ja schließlich auch auskommen können, ist die Sicherung der Rohstoffe für unsere Industrie, ohne die diese überhaupt nicht bestehen kann. Für diese aber ist gerade, was merkwürdigerweise bis jetzt noch durchweg übersehen worden ist, Großrußland entscheidend. Der Beweis hierfür ist leicht zu erbringen, wenn wir systematisch untersuchen, mit welchen Rohstoffen uns Ackerbau, Forstwirtschaft und Viehzucht Großrußlands bisher versorgt haben, und in welchem Umfang sich diese Versorgung bei einem angelsächsischen Wirtschaftskrieg gegen Deutschland noch vergrößern lassen würde.

**F**ÜR ANGEN wir mit dem großrussischen Ackerbau an, so muß zunächst betont werden, daß dieser im Gegensatz zu dem fast ausschließlich Nahrungsmittel produzierenden ukrainischen Ackerbau noch sehr stark an der Hervorbringung von Rohstoffen für die Industrie beteiligt ist. Die wichtigsten Rohstoffe, von denen der großrussische Ackerbau eine Massenproduktion aufzuweisen hat, und deren Hervorbringung Großrußland zu einem der ersten Rohstoffgebiete der Welt macht, sind Flachs, Hanf und Leinsamen. Bekannt ist, daß der großrussische Flachs zur Herstellung sehr haltbarer Leinengewebe dient, die in den Haushaltungen als Leib-, Bett- und Hauswäsche Verwendung finden, während der großrussische Hanf hauptsächlich zur Produktion von besseren Sack- und Packstoffen, weiter aber auch zur Herstellung von Bindfäden, Netz- und Schiffstauwerk unentbehrlich ist. Für den, der von deut-

<sup>2)</sup> Nach einer weitverbreiteten Anschauung, die publizistisch am naivsten vom Abgeordneten Gothein vertreten worden ist, warten die angelsächsischen Rohstoffgebiete sehnsüchtig auf die deutschen Käufer. Demgegenüber sei hervorgehoben, daß in England, Australien, Amerika und Japan während des Krieges zahlreiche Werke großen Stils zur Verarbeitung von Rohstoffen entstanden sind, die ausgerüstet mit den vollkommensten maschinellen Vorrichtungen, auch nach dem Krieg ihre Produktion fortsetzen und als Käufer großer Massen von Rohstoffen auftreten werden. Solche neue Verbrauchskapazitäten sind namentlich für Häute und Felle, für Baumwolle und Zink durch Errichtung großer Gerbereien, Spinnereien und Zinkschmelzereien in England, Australien, Amerika und Japan in großer Zahl entstanden. Gegenwärtig machen die Regierungen dieser Länder die allergrößten Anstrengungen, um diesen Werken die Zufuhr von Rohstoffen unter Ausschluß der deutschen Käuferkonkurrenz für die nächsten Jahrzehnte nach dem Krieg zu sichern. Siehe darüber E. St. Künftige deutsche Weltwirtschaft, in der Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung, 1918, Seite 153 f.

schen Erfahrungen ausgehend, Neigung zeigt im Ackerbau keine Rohstoffproduktion sondern nur eine Form der Lebensmittelgewinnung zu sehen, wird es vielleicht eine Überraschung sein zu hören, daß der großrussische Ackerbau im Jahr 1913 eine ebenso gewaltige Menge von Flachs produzieren konnte wie Deutschland in diesem Jahr aus den angelsächsischen Produktionsgebieten Baumwolle einfuhrte. Da aus Flachs hergestellte Leinengewebe die Baumwollgewebe an Haltbarkeit übertreffen, so ergibt sich, daß das deutsche Volk, wenn es von dem Angelsächsentum von den Baumwollmärkten der Welt ausgesperrt werden sollte, von einem befreundeten Rußland aus den großrussischen Landesteilen immerhin so viel Flachs erhalten könnte, um die deutsche Bevölkerung wenigstens für den eigenen Bedarf mit Leinengeweben aller Art zu versorgen.<sup>3)</sup> Zu den Gebieten, die sich mit dem Anbau von Flachs beschäftigen, also im wesentlichen denjenigen, die, außerhalb der Schwarzerdezone liegend, das eigentliche Großrußland bilden, gehören die Gouvernements Smolensk, Twer, Wjatka, Pskow, Witebsk, Wladimir, Perm, Kostroma, Jaroslaw, Nischnij-Nowgorod. Minsk, Mohilew, Nowgorod, Wologda, Wilna, Kaluga, Moskau, Grodno, Petersburg, Olonez, Archangelsk, Tomsk und Tobolsk. Die Ukraine, die hervorragend an der Erzeugung von Nahrungsmitteln beteiligt ist, kommt für die Hervorbringung von Rohstoffen fast gar nicht in Frage. Das Rußland der land- und forstwirtschaftlichen Rohstoffproduktion beginnt erst an der Grenze der Ukraine und dehnt sich über 27 Gouvernements nach Norden zu bis zur Polargrenze des Getreidebaus und der Forstwirtschaft aus.

Welch überragende Stelle der großrussische Ackerbau nun bei der Weltproduktion von Flachs einnimmt, zeigt folgende Tabelle über Anbaufläche und Ernte von Flachs in Rußland und in anderen Ländern der Erde im Jahr 1913<sup>4)</sup>:

Land	Anbaufläche Hektar	Geerntete Faser Doppelzentner	Hektarertrag Doppelzentner
Rußland	1 658 000	8 353 000	5,1
Deutschland	15 000	76 000	5,1
Österreich-Ungarn	36 000	223 000	6,2
Belgien	23 000	179 000	7,7
Großbritannien	24 000	129 000	5,4
Niederlande	15 000	75 000	5,1
Italien	18 000	26 000	1,4
Rumänien	27 000	22 000	6,8
Japan	10 000	42 000	4,2
zusammen	1 826 000	9 125 000	6,0

<sup>3)</sup> Es mag hier darauf hingewiesen werden, daß unsere Baumwollspinnereien Flachs nicht als Ersatz für Baumwolle verwenden können, da die Flachsfaser nicht ohne weiteres auf Baumwollmaschinen verspinbar ist. Die Verarbeitung der Flachsfaser zu Leinengeweben stellt einen besondern Zweig der Textilindustrie dar. Während des Krieges ist es jedoch in Deutschland geglückt in der großen Brennessel (*Urtica dioica*) eine von den Baumwollmaschinen gut und lohnend verarbeitbare Faserpflanze zu gewinnen. Bei feidmässiger Kultur liefert zurzeit ein Hektar eine Quantität von Nesselfasern, die zur Herstellung von 2500 Soldatenhemden ausreicht. Dabei ist die Nesselfaser von so guter Qualität, daß sie die früher unerreichte ägyptische Baumwolle entbehrlich macht. Da nun der feidmässige Anbau der Brennessel zur Fasergewinnung keine besonderen Schwierigkeiten bietet und in Rußland aus früherer Zeit her noch bekannt ist, so würde der Übergang vom Flachs- zum Nesselanbau auf keine Schwierigkeiten im russischen Ackerbau stoßen. In einem Wirtschaftskrieg mit den Angelsachsen könnten also der deutsche und der russische Landwirt für unsere Baumwollindustrie durch Übergang zum Nesselanbau die Arbeit des ägyptischen, amerikanischen und indischen Bauern ersetzen.

<sup>4)</sup> Siehe Schulte im Hofe Die Weiterzeugung von Lebensmitteln und Rohstoffen /Berlin 1916/, Seite 76 f.

Der Anteil Großrußlands an der Weltproduktion von Flachs ist so gewaltig, daß die Erträge der übrigen Länder gegenüber der großrussischen Hervorbringung fast verschwinden. Allerdings werden in Argentinien, Britisch Indien und Nordamerika noch zirka 5 Millionen Hektar jährlich zum Anbau von Flachs verwandt, jedoch nicht zur Faser- sondern ausschließlich zur Samengewinnung. Natürlich spielt in Rußland beim Flachsanbau neben der Fasergewinnung auch die Samenernte eine große Rolle. Die großrussische Leinsamenernte ist fast so groß wie die Nordamerikas und wird nur von der Leinsamenernte Argentinien übertroffen. Im Jahr 1913 wurden in Rußland 6,8 Millionen Doppelzentner Leinsamen geerntet. Das aus Leinsamen gewonnene Öl wird in Friedenszeiten viel zu industriellen Zwecken verwendet, vornehmlich zur Herstellung von Leinölfirnis und Limoleum. Das kalt geschlagene Öl dient bisweilen als Speiseöl, hat jedoch, wenn nicht ganz frisch, einen unangenehmen Beigeschmack. Während des Krieges ist es indes gelungen aus Leinsamen gewonnenes Öl zur Herstellung von besonders wohlschmeckender Margarine zu verwenden. Bei einem Wirtschaftskrieg mit den angelsächsischen Reichen könnte Großrußland mit seiner riesigen Leinsamenernte den Fettmangel in Deutschland außerordentlich mildern und geradezu die Rettung für unsere Margarineindustrie werden.

Wie bei der Weltproduktion von Flachs, so spielt Großrußland auch bei der Hervorbringung von Hanf in der Weltwirtschaft eine erste Rolle, wobei jedoch zu bemerken ist, daß die hauptsächlich zu Sackleinwand, Packstoffen, Netzen und Schiffstauwerk verwendete Hanffaser in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr durch koloniale Faserpflanzen tropischer Provenienz verdrängt wurde. Immerhin, für Qualitätsware ist die russische Hanffaser der Weltwirtschaft noch unentbehrlich, und so erklärt es sich, daß, während in den anderen Ländern unter dem Einfluß der Juteinfuhr der Hanfbau zurückgegangen ist, er in Rußland sich noch eine ansehnliche Stellung erhalten hat. So ist Rußland in den letzten Jahren für echte Hanfe geradezu das Hauptproduktionsland der Weltwirtschaft geworden. Die wichtigsten Produktionsgebiete für Hanf liegen im russischen Reich wie beim Flachs außerhalb des Schwarzerdegebiets, also in Groß- und Weißrußland. Nach Großrußland kommt bei der Hervorbringung von echten Hanfen gleich Italien. Die Anbaufläche wird in Rußland etwa 80 000 bis 90 000, in Italien 60 000 bis 70 000 Hektar betragen. Von der russischen Ausfuhr gelangte 1913 etwa die Hälfte (344 000 Doppelzentner im Wert von 21 Millionen Mark) nach Deutschland. Aus Italien gingen uns 195 000 Doppelzentner im Wert von 16 Millionen Mark zu. Bei einem Wirtschaftskrieg könnte uns also der Ackerbau Großrußlands bis zu einem sehr erheblichen Grad durch seine Zufuhren von Flachs und Hanf die Spinn- und Faserpflanzen ersetzen, die wir bisher aus Amerika und den Kolonien der Ententeländer bezogen.<sup>3)</sup> Wie steigerungsfähig die russischen Zufuhren für uns noch sind, ergibt sich daraus, daß wir 1913 von der russischen Gesamtausfuhr von Flachs im Betrag

<sup>3)</sup> Erwähnt sei hier, daß es unserer Kriegswirtschaft gelungen ist in der Faser des Kolbenschilfs (*Typha latifolia* und *angustifolia*) einen vollwertigen Ersatz für Jute zu entdecken. Dieses Kolbenschilf kommt in ungeheuren Mengen auf deutschen und russischen Seen und seichten Flußstellen vor; es ist leicht zu ernten und zu trocknen, und seine Gewinnung ist bei einem Preis von etwa 4 Mark pro Zentner sehr lohnend. Eine größere Zufuhr von Kolbenschilffasern aus Rußland könnte uns also in Verbindung mit der heimischen Hervorbringung die angelsächsischen Jutelieferungen (zirka 1½ Millionen Doppelzentner im Wert von 90 Millionen Mark jährlich) vollkommen ersetzen. Siehe darüber von Hippel Die Spreu- und Juteversorgung Deutschlands, in der Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung, 1917, Seite 1017 f.

von 2,4 Millionen Doppelzentnern nur 729 500 Doppelzentner, also noch nicht den dritten Teil, und von der Gesamtausfuhr von Hanf noch nicht die Hälfte erhielten. Bei Flachs wäre also in einem Wirtschaftskrieg mit England und Amerika eine Verdreifachung, bei Hanf eine Verdoppelung der russischen Ausfuhr nach Deutschland denkbar, wenn ein uns eng befreundetes Großrußland ein politisches Interesse daran hätte, daß Deutschland vom Angelsachsentum nicht aus der Reihe der Großmächte gestrichen wird.



**A**UCH die Rohstoffherzeugung des großrussischen Waldes ist bisher in Deutschland wenig erkannt und gewürdigt worden. 4 Gruppen von Rohstoffen sind es, mit denen die großrussische Forstwirtschaft uns im Fall eines Wirtschaftskriegs mit dem Angelsachsentum, der über das Sein oder Nichtsein Deutschlands als Großmacht die Entscheidung bringen müßte, versorgen könnte: 1. Nutzholz und Holzmasse, 2. Felle zu Pelzwerk, 3. Gerbholz und Gerbholzrinden, 4. Harze.

Was zunächst unsere Holzzufuhr aus Großrußland in der Vorkriegszeit betrifft, so kommt für uns, wenn wir von unseren östlichen Grenzbezirken, die viel Brennholz aus Rußland erhielten, absehen, russisches Holz vornehmlich als industrieller Rohstoff in Betracht. Nachfolgende Tabelle gibt Aufschluß über Art, Menge und Wert des Holzes, das wir 1913 aus Rußland erhielten<sup>6)</sup>:

Holzart	Rauminhalt Tonnen	Wert Mark
Eichenholz, nicht oder leicht bearbeitet	86 408	5 876 000
Nußbaum-, Buchen- und anderes hartes Holz, nicht oder leicht bearbeitet	26 793	1 475 000
Weiches Laubholz, nicht oder leicht bearbeitet	152 728	7 026 000
Nadelholz, nicht oder leicht bearbeitet	1 692 963	57 561 000
Grubenholz	74 887	2 020 000
Hartes Holz, längsbeschlagen usw.	14 328	1 245 000
Nadelholz, längsbeschlagen usw.	119 256	6 082 000
Eichenholz, längsgesägt, nicht gehobelt usw.	13 432	1 746 000
Weiches Laubholz, längsgesägt, nicht gehobelt usw.	47 389	4 265 000
Nadelholz, längsgesägt, nicht gehobelt usw.	412 774	28 894 000
Eisenbahnschwellen aus Holz	161 113	7 352 000
Faßholz von Eichenholz, ungefärbt, nicht gehobelt	20 408	3 878 000
Holz zu Holzmasse, Holzschliff, Zellstoff	1 021 777	31 675 000
<b>zusammen</b>	<b>3 844 256</b>	<b>159 095 000</b>

Zusammen mit den in obiger Aufstellung nicht angeführten Holzarten, von denen nur kleinere Mengen eingeführt wurden, betrug unsere Holzeinfuhr aus Rußland 1913 dem Wert nach 190 Millionen Mark, das ist mehr als die Hälfte unserer gesamten Holzeinfuhr. Die Zufuhr von Holz und Holzmasse aus den anderen Produktionsgebieten stellt sich wie folgt: aus Schweden für 34,9 Millionen Mark, aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika für 46 Millionen Mark, aus Österreich-Ungarn für 83 Millionen Mark. Nach der russischen Statistik gelangten von der gesamten russischen Holzaußfuhr im Wert von 163 Millionen Rubel für 73 Millionen Rubel nach Deutschland.<sup>7)</sup> Nach dieser Angabe wäre also die Möglichkeit vorhanden auf die Holzzufuhr aus den Vereinigten Staaten ganz zu verzichten und dafür russisches:

<sup>6)</sup> Siehe Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1915 /Berlin 1915/, Seite 168 f.

<sup>7)</sup> Siehe Zuckermann, Der Warenaustausch zwischen Rußland und Deutschland /Berlin 1916/, Tabelle 9.

Holz zu verwenden, wenn von den angelsächsischen Reichen der Wirtschaftskrieg gegen Deutschland nach Einstellung der Feindseligkeiten fortgesetzt werden sollte.

Zu den Erzeugnissen der Forstwirtschaft rechnet man auch die durch Jagd gewonnenen Felle zu Pelzwerk. Die Zahl der Pelztiere, die alljährlich in Deutschland erlegt wird, ist nicht gering, aber sie reicht für unsern Bedarf bei weitem nicht aus. Nach Konsul E. Braß liefert Deutschland jährlich etwa 250 000 Füchse, 100 000 Steinmaßer, 20 000 Baumarder, 60 000 Iltisse, 8000 Fischottern, 150 000 Wildkatzen, 2 Millionen Hamster und je nach der Mode 50 000 bis 1 Million Maulwurfefelle. Der Gesamtwert dieser Pelze im Durchschnitt der letzten Jahre ist etwa 8 Millionen Mark. Eingeführt wurden Felle zu Pelzwerk im Wert von rund 80 Millionen Mark, davon für 25 Millionen Mark aus Rußland. Nach der russischen Statistik führte Rußland 1913 für 16,8 Millionen Rubel Felle zu Pelzwerk aus, so daß sich auch bei dieser Warengattung die Einfuhr nach Deutschland in Zukunft nicht unerheblich steigern ließe, falls die Vereinigten Staaten, die unsere Hauptlieferanten für Felle zu Pelzwerk waren, ihre Ausfuhr nach Deutschland einstellen sollten.

Einigermaßen überraschend ist es, daß die 170 Millionen Hektar Wald, über die Rußland verfügt, der Weltwirtschaft bisher nur geringe Mengen von Gerbstoffen und Harzen lieferten. Von den Harzen der russischen Wälder gelangten 1913 nur 76 000 Doppelzentner in Form von Terpentin im Wert von 3 Millionen Mark zur Ausfuhr. Gerbrinden kamen überhaupt nicht in nennenswerter Menge auf den ausländischen Markt. Wie groß der russische Inlandskonsum an heimischen Gerbstoffen und Harzen ist, entzieht sich der Berechnung. Man wird aus dieser Erscheinung jedoch nicht schließen dürfen, daß im Fall eines Wirtschaftskriegs mit den angelsächsischen Reichen die ungeheuren Waldungen Großrußlands uns keine Gerbstoffe und Harze liefern könnten. Die Gerbstoff- und Harzgewinnung ist nicht nur in Rußland sondern auch in allen anderen Ländern Europas zurückgegangen, weil die zumeist im Raubbau gewonnenen kolonialen Gerbstoffe und Harze sich billiger stellten und die europäischen auch der Qualität nach vielfach übertrafen. Zu höheren Preisen als vor dem Krieg würde uns der russische Wald zweifellos auch größere Mengen Gerbstoffe und Harze liefern können. Wie die deutsche Forstwirtschaft in der Kriegszeit sich der Gewinnung von Gerbstoffen und Harzen mit Erfolg wieder zuwandte, so würde auch die großrussische Forstwirtschaft große Massen dieser Rohstoffe wiedergewinnen und nach Deutschland ausführen können, wenn eine solche Unterstützung der deutschen Volkswirtschaft in einem wirtschaftlichen Daseinskampf mit den angelsächsischen Mächten im Interesse Rußlands läge. Jedenfalls stellt der russische Wald für unsere Holz, Felle zu Pelzwerk, Gerbstoffe und Harze verarbeitenden Industrien ein ungeheures Reservoir von Rohstoffen dar, das bei Bedingungen, wie sie ein Wirtschaftskrieg mit den angelsächsischen Rohstoffproduzenten schaffen müßte, gewaltige Rohstoffmengen für unsere Industrien abgeben könnte.

Zu beachten aber bleibt, daß die russischen Rohstoffquellen nicht im Süden Rußlands (Ukraine) sondern ganz vorwiegend im Norden liegen. Die populäre Vorstellung, wir brauchten nur Frieden mit Südrußland zu haben, um

alle Rohstoffe, die die russische Volkswirtschaft überhaupt liefern kann, zu erhalten, ist eben gänzlich irreführend. Flachs und Flachswerg, Hanf und Hanfwerk, Leinsamen und Leinöl, Holz, Felle zu Pelzwerk, Gerbstoffe und Harze sind sämtlich Rohstoffe, mit denen uns lediglich die nordrussische Land- und Forstwirtschaft versorgen kann, da für ihre Gewinnung im Süden Rußlands die natürlichen und sozialen Voraussetzungen fehlen.

**W**IE bei der Hervorbringung pflanzlicher Rohstoffe, so nimmt der Norden Rußlands auch bei dem Export von Rohstoffen, die Erzeugnisse der Viehzucht sind, eine hervorragende Stellung ein. Allerdings weisen die 26 Gouvernements der Schwarzerdezone wesentlich höhere Ziffern der Tierhaltung auf als die 24 Gouvernements der Nichtschwarzerdezone. Aus dieser Tatsache darf man jedoch keine falschen Schlußfolgerungen für den Export ziehen. Wer auf Grund irreführender Angaben geographischer Lehrbücher, die keinen hinreichenden Unterschied zwischen den einzelnen Zonen Rußlands machen, zu der Auffassung gelangt ist, daß Rußland noch ein dünn besiedeltes Land sei, ist geradezu erstaunt, wenn er auf einer Reise durch Rußland Gelegenheit erlangt sich ein selbständiges Urteil über die Dichtigkeit der russischen Siedelung zu verschaffen. Die Schwarzerdezone muß geradezu als ein überbevölkertes Gebiet bezeichnet werden, denn sie weist vielfach eine dichtere Bevölkerung auf als die unserer agrarischen Provinzen. Im Norden, wo der Landmann von der Viehzucht, Forstwirtschaft und holzverarbeitenden Hausindustrie lebt, wo der Ackerbau gegenüber diesen Erwerbszweigen wegen Ungunst des Klimas zurücktritt, ist die Bevölkerung naturgemäß recht dünn. Dadurch erlangt aber die Viehzucht im Norden einen andern Charakter als im Süden. In der Schwarzerdezone ist die Schafzucht auf die Gewinnung von Fleisch und Fett eingestellt, im Norden dagegen in erster Linie auf die Gewinnung von Wolle. Der Verbrauch von Wolle in Rußland ist wahrscheinlich geringer als in den anderen nördlichen Ländern, weil der russische Bauer auch im Winter unter seinem Schafspelz zumeist baumwollene oder leinene Kleidung trägt. An der russischen Wollerzeugung ist natürlich auch Sibirien, Zentralasien und der Kaukasus stark beteiligt, wie aus folgender Übersicht über den Schafbestand in ganz Rußland (nach der Zählung vom Jahr 1910) zu ersehen ist<sup>6)</sup>:

Landesteil	Anzahl der Schafe	
	insgesamt	auf je 100 Einwohner
Europäisches Rußland	40 733 269	33,8
Polen	1 050 274	8,4
Kaukasus	13 228 507	111,2
Sibirien	5 469 803	63,1
Zentralasien	20 008 097	207,2
zusammen	80 489 950	49,3

Von den rund 40 Millionen Schafen, die 1910 in den 50 Gouvernements des Europäischen Rußlands gezählt wurden, entfielen etwa 29 Millionen auf 26 Gouvernements der Schwarzerdezone und 11 Millionen auf 24 Gouvernements der Nichtschwarzerdezone. Der Norden hat demnach einen gerin-

<sup>6)</sup> Siehe Zuckermann Die landwirtschaftliche Produktion Rußlands und der deutsche Markt /Berlin 1917/, Tabelle 6.



gern Schafbestand als der Süden. Da nun aber die Schafzucht im Norden mehr auf die Gewinnung von Wolle eingestellt ist, so ist Großrußland stärker an der Wollerzeugung beteiligt als dies nach den Ziffern der Viehzählung scheinen könnte. Ungeachtet des großen Umfangs der russischen Schafzucht war jedoch die russische Wollausfuhr gering. Wir erhielten 1913 aus Rußland lediglich 20 650 Doppelzentner Kreuzschafwolle im Wert von 3,5 Millionen Mark. Der geringe Wollexport Rußlands gegenüber dem großen Schafbestand muß aber als Beweis dafür angesehen werden, daß dieser bei günstiger Marktlage, wie sie für Wolle selbst ohne Wirtschaftskrieg nach dem Friedensschluß zu verzeichnen sein wird, jedenfalls noch sehr entwicklungsfähig ist. Soweit sich jedoch der russische Wollexport entwickeln läßt, werden hierfür in erster Linie die dünn besiedelten großrussischen Gebiete, wozu auch Sibirien gezählt werden muß, in Frage kommen.

Wenden wir uns nun der Rindviehzucht zu, so ergibt sich auch hierbei, daß für den Export tierischer Rohstoffe die nördlichen Gebiete Rußlands bedeutungsvoller sind als die südlichen. Territorial weist die russische Rindviehzucht nach der Viehzählung von 1910 folgendes Bild auf:

Landesteil	Anzahl der Rinder	
	insgesamt	auf je 100 Einwohner
Schwarzerdezone	18 481 212	24,5
Nichtschwarzerdezone	12 833 397	28,4
Polen	2 301 106	18,5
Kaukasus	6 183 706	52,0
Sibirien	5 970 814	69,1
Zentralasien	5 633 555	58,3
zusammen	51 403 790	31,5

Sieht man vom Kaukasus und von Zentralasien mit ihrer nichtslawischen Bevölkerung und ihren besonderen Produktionsverhältnissen (Gebirgs-, Steppen- und Oasenwirtschaft) ab, so sind es die großrussischen Gebiete, die, zwar nicht absolut, aber, was besonders für den Export ausschlaggebend ist, im Verhältnis zur Bevölkerung die stärkste Rindviehzucht aufweisen. Obwohl sich aus der russischen Statistik der Beweis dafür nicht unmittelbar erbringen läßt, ist es doch zweifellos, daß die großrussische Zone und Sibirien wohl die meisten Häute und Felle zur Lederbereitung für den Export liefern. Die russische Gesamtausfuhr von Häuten und Fellen zur Lederherstellung betrug in dem Zeitraum 1909 bis 1913 durchschnittlich im Jahr 412 296 Doppelzentner im Wert von zirka 100 Millionen Mark. Wieviel davon nach Deutschland ging, erhellt aus den folgenden Zahlen für das Jahr 1913:

Fellart	Ausfuhr nach Deutschland	
	Doppelzentner	Mark
Kalbfelle	48 480	16 691 000
Rindshäute	96 590	15 853 000
Lammfelle	2 080	687 000
Schaffelle	14 590	4 377 000
Ziegenfelle	16 290	5 051 000
zusammen	178 030	42 659 000

Abgesehen von Häuten und Fellen zur Lederfabrikation lieferte uns Ruß-

land 1913 von tierischen Rohstoffen noch für 4,3 Millionen Pferde- und andere Tierhaare zu Polsterungszwecken, für 3,4 Millionen Mark Bettfedern und für 18,9 Millionen Mark Borsten.

**D**AS Gesamtbild der land- und forstwirtschaftlichen Rohstoffproduktion Rußlands ergibt ungefähr folgendes: Flachs könnte uns die russische Landwirtschaft so viel liefern, daß wir imstande wären uns für unsere Eigenversorgung mit Leib-, Bett- und Hauswäsche und leichter Sommerkleidung von der Baumwollzufuhr aus den angelsächsischen Reichen unabhängig zu machen. Natürlich gilt dies nur für unsere Eigenversorgung, nicht für den Export. Für unsere Eigenversorgung gleichfalls ausreichend würden die russischen Zufuhren von Hanf sein, die wir benötigen, um für unsern Bedarf Packstoffe, Netze und Schiffstauwerk herzustellen. Ebenfalls könnten wir von Rußland für unsern eigenen Bedarf viel vegetabilisches Öl für industrielle Zwecke und für die Margarineherstellung erhalten, da die russische Leinsamenernte außerordentlich groß ist. Was die Holzzufuhr betrifft, so wäre es hier überhaupt möglich die angelsächsischen Zufuhren durch russische zu ersetzen. Allerdings würde dies den Verzicht auf eine Reihe wertvoller Luxushölzer in sich schließen. Mit Fellen zu Pelzwerk könnte uns die russische Forstwirtschaft auch für den eigenen Bedarf ausreichend versorgen. Ebenso würde uns die russische Forstwirtschaft viel Gerbstoffe und Harze liefern können, wenn bei Großrußland neben dem wirtschaftlichen noch ein politisches Interesse mitspielen würde diese Produktionszweige zugunsten Deutschlands zu entwickeln. Was die Rohstoffe tierischer Herkunft anlangt, so würden die Wollmengen, die wir zurzeit aus Großrußland beziehen könnten, allerdings nicht sehr groß, in Zukunft aber recht steigerungsfähig sein. Auch die großrussischen Zufuhren von Häuten und Fellen zur Ledererzeugung müßten noch eine erhebliche Steigerung erfahren, wenn sie zusammen mit unserer heimischen Hervorbringung zur Eigenversorgung völlig ausreichen sollten.

In ganzen würden also bei einem Wirtschaftskrieg mit den angelsächsischen Reichen folgende Industrien an der großrussischen Rohstoffzufuhr einen starken Rückhalt finden: Textilindustrie (Flachs), Packstoffherstellung und Seilerei (Hanf), Margarine-, Ölfirnis- und Linoleumfabrikation (Leinöl), Seifenindustrie (Leinöl und Harze), Schreinerei und Bauindustrie (Bau- und Nutzholz), Papierindustrie (Holzmasse und Harze), Kürschnerei (Felle zu Pelzwerk), Wollweberei (Wolle), Lederfabrikation (Häute, Felle und Gerbstoffe), Polsterungsgewerbe (Pferde- und andere Tierhaare), Herstellung von Betten (Bettfedern) usw. Da eine Reihe von Rohstoffen, wie Holz, Harze, Öl und Verpackungstoffe, von vielen Industrien zu den verschiedensten Zwecken benötigt werden, würde es wohl kaum einen einzigen Industriezweig in Deutschland geben, dem die großrussischen Rohstoffzufuhren in einem Wirtschaftskrieg mit England und Amerika nicht das Durchhalten erleichtern könnten.

Wer sich über die wirtschaftliche Lage Deutschlands nach dem Krieg keinen Illusionen hingibt, wird zugeben müssen, daß in dem großen Daseinskampf auf wirtschaftlichem Gebiet, der nach dem Friedensschluß entbrennen wird, Deutschland nur dann begründete Aussicht hat sich gegenüber dem fast alle

Rohstoffmärkte Amerikas, Australiens, Afrikas und Asiens direkt oder indirekt kontrollierenden Angelsachsentum zu behaupten, wenn es ein eng verbündetes und befreundetes Rußland neben sich hat. Verliert die deutsche Politik das große Ziel einer freundschaftlichen Verständigung mit Rußland aus dem Auge, so wird Deutschland, wie immer auch die Dinge sich gestalten mögen, die Stellung in der Weltwirtschaft niemals mehr zurückgewinnen können, die es vor dem Krieg innehatte.

## HERMAN KRANOLD · DIE ZUKUNFT PALÄSTINAS



Im Orient haben sich in den letzten Monaten Ereignisse zuge-  
tragen, die Geschichte machen werden. Die Engländer haben in  
stetig fortschreitender strategischer Offensive den ganzen Süden  
Palästinas bis weit über die geographische Breite und Länge von  
Jerusalem hinaus in planmäßigem Zusammenwirken von Land-  
heer und Seemacht eingenommen. Und gleichzeitig haben die anglo-amerika-  
nischen Regierungen den zionistischen Organisationen versprochen, daß sie  
nach Kräften dazu beitragen würden die Errichtung eines jüdischen Gemein-  
wesens in Palästina auf der Grundlage international garantierter Neutralität  
zu fördern. Hierauf haben auch türkische und deutsche Regierungsstellen  
Versprechungen abgegeben, die ein Entgegenkommen an die nationaljüdi-  
schen Hoffnungen und Wünsche bedeuten. Der türkische Großwesir Talaat  
Pascha hat einem Zeitungskorrespondenten dargelegt, wie er sich die Zu-  
kunft der jüdischen Einwanderung in Palästina denkt. Nach seinen Äuße-  
rungen gewinnt man im ganzen den Eindruck, daß die türkische Regierung  
in Zukunft der jüdischen Neukolonisation Palästinas mehr entgegenzukom-  
men gedenke. Betonte doch Talaat, man wisse in der Türkei »das, was in  
Palästina von den Juden auf wirtschaftlichem Gebiete geleistet worden ist,  
sehr wohl zu schätzen«. Freilich wird dieses Entgegenkommen faktisch  
durch die Einschränkung verringert: es verstehe sich von selbst, »daß jede  
Einwanderung sich in den natürlichen Grenzen der derzeitigen Aufnahme-  
fähigkeit des Landes halten muß, und es wäre unmöglich, wenn etwa mit  
einemmal Hunderttausende nach Palästina einwandern wollten; diese könnte  
das Land ja heute gar nicht ernähren«. (Über die Möglichkeit in Palästina  
Hunderttausende, ja Millionen zu ernähren kann man, und wohl mit Recht,  
heute ganz anders denken; es sei nur an die Berechnungen Ballods erinnert'),  
die, mag man sie auch für zu optimistisch halten, doch jedenfalls als regu-  
lative Prinzipien kaum angefochten werden können.) Auch in der Frage  
der nationalkulturellen Autonomie für die Juden in Palästina drückte sich  
Talaat sehr zurückhaltend aus. Er sagte, die türkische Gesetzgebung kenne  
ja bereits ein »ziemlich weitgehendes Selbstbestimmungsrecht der Gemein-  
den«, und sie beabsichtige »hierin noch weiter zu gehen«; ein neuer Gesetz-  
entwurf liege gerade jetzt dem Parlament vor. »In diesem Rahmen«, meinte  
Talaat abschließend, »werden meines Erachtens auch alle berechtigten  
Wünsche der Juden in Palästina ihre Erfüllung finden können.« Damit ist  
für die jüdische Kolonisation und nationale Entwicklung in Palästina noch  
nicht alles gesichert. Aber es ist doch zweifellos ein großer Schritt in dieser  
Richtung getan. Die programmatische Bedeutung dieser Kundgebung erhellt

<sup>1)</sup> Siehe Ballod Das Ostjudenproblem und die Frage seiner Lösung durch den Zionismus, in der Euro-  
päischen Staats- und Wirtschaftszeitung, 1916, Seite 874 ff.; siehe dazu auch die Rundschau Kolonisation,  
in den Sozialistischen Monatsheften, 1916 III, Seite 1023 f.

aber vor allem daraus, daß der Stellvertreter des Staatssekretärs des deutschen Auswärtigen Amts Freiherr von dem Bussche-Haddenhausen sie noch ausdrücklich unterstrichen und die Zustimmung Deutschlands zu ihr festgestellt hat. Von Bedeutung war es auch, daß er den Zusammenhang der europäischen Ostjudenfrage mit der Zukunft Palästinas hervorhob und für das nationale Eigenleben der Juden auch in Europa Verständnis zeigte. Denn er sagte zu Vertretern des Zionistischen Aktionskomitees und des Komitees für den Osten: »Wir würdigen die auf Entwicklung ihrer kulturellen Eigenart gerichteten Wünsche der jüdischen Minderheit in den Ländern, in denen sie ein scharf entwickeltes Eigenleben haben, bringen ihnen volles Verständnis entgegen und sind zu einer wohlwollenden Unterstützung ihrer diesbezüglichen Bestrebungen bereit. Hinsichtlich der von der Judenheit, insbesondere von den Zionisten, verfolgten Bestrebungen in Palästina begrüßen wir daher die Erklärung, die der Großwesir Talaat Pascha kürzlich abgegeben hat, insbesondere die Absicht der Kaiserlich osmanischen Regierung gemäß ihrer den Juden stets bewiesenen freundschaftlichen Haltung die aufblühenden Siedelungen in Palästina durch Gewährung von freier Einwanderung und Niederlassung in den Grenzen der Aufnahmefähigkeit des Landes, von örtlicher Selbstverwaltung, entsprechend dem Landbesitz, und von freier Entwicklung ihrer kulturellen Eigenart zu fördern.«

Es wäre sicherlich besser gewesen, wenn von seiten der Zentralmächte eine solche Stellungnahme früher erfolgt wäre. Immerhin ist es auch jetzt noch nicht zu spät. Aus diesen Erklärungen ist deutlich zu sehen, daß die Frage der Zukunft Palästinas in ein entscheidendes Stadium getreten ist, so daß auch die deutsche Sozialdemokratie allen Anlaß hat mit ihr sich eingehend und gewissenhaft zu beschäftigen, damit sie nicht dank eigener Versäumnis eines Tages plötzlich vor vollendeten Tatsachen stehe, auf die sie dann keinen Einfluß mehr hat. Die Sozialistischen Monatshefte haben die Aufklärung unserer Partei über die jüdischnationalen Angelegenheiten seit jeher als wichtige Aufgabe angesehen und ihr viele Beiträge gewidmet. Auch diesmal ist es geboten nicht zu schweigen sondern auf diejenigen Gesichtspunkte, auf die es sozialistischen Politikern ankommen sollte, wiederum mit aller Eindringlichkeit hinzuweisen.

Das Problem der jüdischen Kolonisation Palästinas zerfällt in grundsätzliche Erwägungen und in solche der Opportunität. Nehmen wir diese voran, so haben wir zuerst darauf hinzuweisen, daß die Zukunft Palästinas schon aus weltpolitischen Gründen den Deutschen nicht gleichgültig sein kann. Palästina bildet den östlichen Abschluß des Landrings, der das Mittelmeer einschließt. Es ist gleichzeitig mit seinen südlichen Gebieten das Übergangsland von Afrika nach Vorderasien, mit seinen nördlichen Gebieten die Verbindung zwischen Mesopotamien und dem Mittelländischen Meer. Mit der tiefen Grabensenke des Jordan, die es in fast genau nordsüdlicher Richtung durchfurcht, bildet es gleichzeitig seit den ältesten Zeiten das gegebene Übergangsland zwischen Afrika einerseits und Kleinasien, Armenien und Kurdistan andererseits. Der Besitz dieses Landes, wenn auch in noch so losen Formen, bedeutet deshalb immer ein Stück Weltherrschaft. Die Lösung dieses Gebiets aus dem mehr oder weniger geeinigten europäisch-vorderasiatischen Kontinent ist daher auch ein wichtiges britisches Kriegsziel. Man hofft nun in England, daß ein neutralisierter jüdischer Staat

wegen seiner Abhängigkeit von der Sicherheit der Schiffsverbindungen durch das Mittelländische Meer ein englischer Brückenkopf auf dem vorderasiatischen Festland werden könnte. Ob man sich in dieser Hoffnung nicht täuscht, bleibe dahingestellt. Es könnte sehr wohl sein, daß das jüdische Volk in seinem eigenen Land auch eigene Wege gehen würde, die geistig und damit auch politisch in eine ganz andere Richtung führen als in die des britischen Imperialismus. Immerhin, einstweilen hätten England und Amerika in Palästina die Vorhand. Und damit ist schon zugleich gesagt, daß für diejenigen Mächte, die (zum guten Teil freilich ohne bewußtes Streben und mit allzu vielen Fehlern) das gemeinsame Interesse des festländischen Europas gegen die britischen Weltherrschaftsansprüche vertreten, eine solche Regelung der Palästinafrage ein schwerer Schlag wäre. Für die Türkei bedeutete sie insbesondere völlige Abtrennung der südarabischen Küstengebiete vom übrigen Reichskörper.

Wichtiger noch als diese Seite der Sache ist uns, daß, so wie die Dinge einmal heute liegen, die Frage der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung der Türkei mit der jüdischen Besiedelung steht und fällt. Es ist hier bereits ausgeführt worden, daß zur wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung der Türkei in erster Linie es notwendig ist ihre Bevölkerung in bestimmten Gebieten, die sich dafür besonders eignen, ziemlich schnell beträchtlich zu erhöhen.<sup>2)</sup> Jede Erweiterung der Produktion im türkischen Gebiet ist unlöslich daran gebunden, daß es gelingt der Wasserversorgung mehr System und gleichzeitig größere Ausdehnung zu verleihen. Das kann aber nur erreicht werden, wenn einmal für die dazu notwendigen Bauten, zweitens aber für die Ausnutzung des auf diese Weise erschlossenen Bodens Menschenmassen zur Verfügung gestellt werden, die die Türkei bei den derzeitigen, für die nächste Zukunft wohl noch weiter bestehenden Gesundheitsverhältnissen aus ihrem eigenen Geburtenstock nicht liefern kann. Zu diesem Zweck ist es vielmehr nötig, daß wenigstens die Gebiete, die von außen her bald besiedelt werden können, auch besiedelt werden; daß also diese Besiedelung nicht gehemmt sondern ganz entschieden gefördert werde. Deshalb sind die erwähnten Regierungserklärungen als ein Anfang zur Besserung zu begrüßen. Deshalb ist aber zu fordern und mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß es dabei nicht bleibt, sondern daß positive Erleichterungen der jüdischen Ansiedlung bald und mit größter Weitherzigkeit in die Wege geleitet werden. Denn es kommt nicht darauf an lediglich das englisch-amerikanische Projekt zu verhindern, sondern es muß dafür Sorge getragen werden, daß der wertvolle Bestandteil dieses Plans gerettet wird. Dieser wertvolle Bestandteil ist die Schaffung eines jüdischen Gemeinwesens in Palästina. Und hier beginnt nun die Frage das Gebiet der Opportunität zu verlassen und gewinnt allgemeinmenschliche, grundsätzliche Bedeutung.

**S**EIT seiner Vertreibung aus der alten Heimat hat das Judentum schwere Schicksale durchmachen müssen. Es ist im Lauf der Zeit heimatlos über die weite Welt zerstreut worden. Das Schlimmste an seinem Schicksal war aber, daß es, wohin es kam, obwohl in der Minderzahl, doch ursprünglich den kulturell überlegenen Bevölkerungsteil darstellte. In Spanien, in den Nie-

<sup>2)</sup> Siehe Kranold Wasserwirtschaft und Verkehrsverhältnisse in der Türkei, in den Sozialistischen Monatsheften, 1917 II, Seite 626 ff.

derlanden, im alten Deutschen Reich, namentlich aber in Polen und in Rußland: überall war es eine durch Intelligenz und Bildung hervorragende Minderheit, der die herrschenden Nationen oder Regierungen stets sobald wie möglich weitgehende Beschränkungen auferlegten. Die Machtquelle dieser Herrschernationen war der Besitz von Grund und Boden; ihren eigentlichen Ausdruck fand deshalb diese Herrschermacht auch in der Ausbildung einer feudalen Aristokratie. Diese und die, je länger desto mehr, aus ihr sich rekrutierende Beamtenklasse jüdischer Beeinflussung und jüdischer Besitznahme ein für allemal zu entziehen war daher überall der gemeinsame Grundzug der gegen die Juden befolgten Politik. Praktisch hieß das, daß die Juden vom Besitz landwirtschaftlichen Bodens und von der Führung landwirtschaftlicher Betriebe durch Macht und positives Recht ausgeschlossen wurden. Sie, die als Städter gekommen waren, wurden dadurch von der Ausbreitung auf das platte Land abgehalten. Im Judentum haben wir infolgedessen eine Nation vor uns, die den Zusammenhang mit der Bearbeitung des Erdbodens zum größten Teil verloren hat: nicht durch Mangel an Eignung sondern nur durch die Übermacht derer, die einen solchen Zusammenhang nicht zuließen.

Die Kolonisation Palästinas kann demgegenüber für die Juden eine große Bedeutung erlangen, wenn sie den ungeheuren Aufgaben, vor die sie da gestellt werden, gerecht zu werden vermögen. Palästina ist ja für sie das Land der Verheißung. Daran hält der Zionismus heute noch genau so fest, wie das gläubige Judentum seit Jahrtausenden daran festhält. Die Legitimation solchen Anspruchs kann aber nicht in der Vergangenheit sondern nur in der Zukunft liegen: nämlich in der Erfüllung einer produktiven Aufgabe. Das Judentum ist nun schon seit einer Reihe von Jahren daran Palästina zu kolonisieren. Es hat ganz außerordentliche Schwierigkeiten zu überwinden gehabt. Die Herren des Landes haben ihm mancherlei Hindernisse in den Weg gelegt. Die arabische Bevölkerung, die den Hauptteil der Einwohnerschaft Palästinas bildet, belästigt und bedroht es, wo sie nur kann. Gleichzeitig sind die natürlichen Schwierigkeiten der Besiedelung nicht gering, weil das dem Verkehr bequem zugängliche landwirtschaftlich nutzbare Gebiet im allgemeinen knapp genug ist. Schließlich bedarf man auch beträchtlicher Kapitalien, um Juden in größerem Maßstab in Palästina anzusiedeln. Einen recht guten Überblick darüber gewährt die Berechnung des Palästina genau kennenden Agronomen Jakob Oettinger, der ausgerechnet hat, daß für die Begründung von 76 000 Bauernstellen mit Reserveland für Steigerung auf 100 000, also für die Ansiedlung von etwa  $\frac{1}{2}$  Million jüdischer Bauern in Palästina, ein Kapital von etwa 2 Milliarden Francs erforderlich wäre. »In dieser Summe werden die Aufwendungen für den Bodenkauf, die Errichtung der Baulichkeiten, kulturtechnische Maßnahmen (Entwässerung und Bewässerung usw.), das Betriebskapital und die sonstigen Bedürfnisse der einzelnen Wirtschaften miteinbegriffen sein. Aber auch die Erstellungskosten der öffentlichen und kulturellen Einrichtungen und die Unterhaltung der Gemeindegemeinstalten im Laufe einer Periode von einigen Jahren werden darin enthalten sein.«<sup>2)</sup>

Die Aufgaben, die hier zu lösen sind, werden dadurch kompliziert, daß mit der Besiedelung des un bebauten Landes gleichzeitig die weitere allgemeine

<sup>2)</sup> Siehe Oettinger Methoden und Kapitalbedarf jüdischer Kolonisation in Palästina / Haag 1916/, Seite 105.

Aufgabe verquickt ist im Orient die bereits vorhandenen Wirtschaftselemente zu rationalisieren. Genau so wie dies im übrigen Orient nur unter äußerster Schonung der Produktivkräfte erfolgen darf, weil sonst einer kurzen vorübergehenden Blüte bald ein erschreckend tiefer Absturz folgen würde, ist es auch hier. Sicherlich ist es erwünscht den jüdischen Kolonisten in Palästina große Geldsummen zum Ankauf von Grund und Boden für die Zwecke der Kolonisation zur Verfügung zu stellen; ja, es ist nicht nur erwünscht sondern unumgänglich notwendig. Aber durchaus zu fordern ist, daß nicht eine privatkapitalistische Wirtschaft mit diesem Geld getrieben werde, wie sie in West- und Mitteleuropa üblich ist. Ein Teil der jüdischen Kolonisationsbewegung, und zwar, wie man ruhig sagen darf, der zukunftsreichste, hat das auch ganz richtig herausgefunden. Er will deshalb an dem zu erwerbenden Grund und Boden ein Obereigentum der jüdischen Nation begründen, um auf diese Weise alle Spekulation mit Kolonieboden auszuschalten. Dieser Weg muß weiter beschritten werden. Gewiß muß man, wenn man darauf rechnen will jüdische Kolonisten in größerer Zahl als Dauersiedler für Palästina zu gewinnen, versuchen ihnen möglichst viel europäische Kulturgüter zugänglich zu machen. Aber man wird sich bei der Auswahl dieser Güter streng auf diejenigen beschränken, die wirklichen Kulturwert haben, und außerdem darauf Rücksicht nehmen müssen, daß die Einfuhr solcher Güter nicht in einem Umfang und in Formen erfolgt, durch die die Produktivität der Türkei gefährdet werden könnte. Aber nicht nur das ist wichtig. Einer der großen Mängel, unter denen die Wirtschaft der Türkei leidet, ist die geringe Entwicklung der Akkumulation von Kapital. Es würde zu weit führen hier auseinanderzusetzen, woher diese kommt. In den letzten Jahren, mit der fortschreitenden Europäisierung der Verwaltung in der Türkei, insbesondere mit der Beseitigung des Steuerpächterwesens und sonstiger sozialer Auswirkungen des Despotentums, ist Kapitalakkumulation allmählich möglich geworden. Diese gilt es auszubauen. Wenn aber durch billige europäische Lieferung der türkische Mittel- und Bauernstand in die Lage versetzt werden ihrem Verlangen nach gesellschaftlicher Anerkennung durch Aufwand für äußere Lebensgüter regellos zu folgen, so wird dadurch die ansetzende Kapitalakkumulation stark behindert, damit aber gleichzeitig auch ein Aufwachsen der türkischen Wirtschaft als eine von der eigenen Produktivkraft getragene Wirtschaftseinheit. Daran, daß das nicht geschieht, hängt schließlich auch das Gelingen des jüdischen Kolonisationswerks in Palästina; denn dieses ist mit dem wirtschaftlichen Gedeihen der ganzen Türkei eng verbunden.

Alle diese Schwierigkeiten sind, wie gesagt, nicht gering; aber gerade ihre Größe zeigt, wie wünschenswert es ist, daß alles daran gesetzt wird sie zu besiegen. Um so mehr, als trotz allen diesen Schwierigkeiten in den Anfängen des Kolonisationswerks bereits Bedeutendes geleistet wurde. Die jüdische Kolonisation Palästinas hat bewiesen, daß es möglich ist die Juden wieder aufs Land zu verpflanzen, und daß Palästina Raum und natürliche Gaben genug besitzt, um viele Tausende jüdischer Landwirtschaftsbetriebe aufzunehmen. Sie hat aber gleichzeitig bewiesen, daß diese Wiederherstellung der Vollständigkeit des wirtschaftlichen Körpers auch auf das Selbstbewußtsein und das Kulturleben des jüdischen Volkes befreiend und befruchtend zu wirken vermag. Fähigkeiten, die in vielen Jahrhunderten

kontinuierlicher jüdischer Kulturentwicklung brachlagen oder gar verschüttet waren, leben jugendkräftig wieder auf; Strebungen, deren man sich entwöhnt hatte, entfalten sich zu neuer Kraft. Die jüdische Geistigkeit (die sich selbst beschränkt und in ihrer Einseitigkeit Großes für den Zusammenhalt des Volkes geleistet, auch der Menschheit Unerstzliches gegeben hatte) strebt auf neue Gebiete, um altes Erbgut wiederzuerlangen, neues Gut zu schaffen. Noch ist dieser Prozeß in seinen Anfängen. Dieses Werden ist von besonderm Reiz für den Zuschauer, von entscheidender Bedeutung aber für das Volk selbst. Die Überwindung der Hindernisse, die nicht nur im Außen liegen, zeigt, daß wir es hier mit einem lebensfähigen und wertvollen Beginnen zu tun haben.

**D**ER Sozialismus hat allen Grund einen solchen Prozeß zu fördern. Wir wollen ganz davon absehen, daß von einer Steigerung der Produktivität, der palästinensischen Wirtschaft auch die Türkei, die Bundesgenossin Deutschlands, Vorteil hat. Wir lassen auch beiseite, daß die deutsche Arbeiterschaft ein brennendes Interesse daran hat den Ausgang dieses großartigen Versuchs eine während vieler Jahrhunderte verstädterte Bevölkerung wieder auf das Land zu verpflanzen zu erfahren. Das sind alles Vorteile, die allein bereits gewichtig genug sind. Wichtiger aber und für sich schon entscheidend ist, daß die jüdische Kolonisation in Palästina aus einem durch die Ungunst der Verhältnisse in seiner Schaffenskraft geminderten Volk wieder ein in vollem Umfang wertvolles Glied der menschlichen Gesellschaft zu machen vermag. Die Wiederherstellung des vollen Menschentums im Juden, wie die Erfüllung der zionistischen Wünsche sie zweifellos darstellt, schließt gleichzeitig eine so bedeutende Steigerung der Produktivität menschlichen Strebens und Erlebens in sich, ohne daß irgendjemand sonst dadurch in seinen berechtigten Interessen gekränkt würde, ohne daß irgendein wirklicher Wert geopfert werden müßte, daß es einfache sozialistische Pflicht ist diese Entwicklung mit allen Kräften zu fördern. Die Steigerung der Produktivität der menschlichen Arbeit ist ja das eigentliche wirtschaftliche Problem des Sozialismus. Gewiß besteht sein vornehmstes Ziel auch darin, daß die vorhandenen Güter gerecht verteilt werden. Allem voran aber steht sozialistische Pflicht dafür zu sorgen, daß immer mehr Güter vorhanden seien, die gerecht verteilt werden können. Das ist der eigentliche Sinn des Kommunismus, daß er durch die gleichheitliche Verteilung des Vorhandenen wie durch seine anderen reformatorischen Maßnahmen es möglich machen will, daß der Ertrag der menschlichen Arbeit um das Vielfache gesteigert werde. Deshalb wollen wir die Produktionsmittel sozialisieren, weil wir glauben dadurch die Vergeudung von Arbeitskraft, die die Privatwirtschaft mit sich bringt, beseitigen zu können. Deshalb treten die Sozialisten für den technischen Fortschritt ein, obwohl sie die Gefahren für das höhere Kulturbewußtsein, die aus ihm erwachsen können, sehr wohl erkennen. Wenn so die Pflicht zur Produktivität es ist, die den Sozialismus bei allem, was er tut, beseelen sollte, so ist das auch der ausschlaggebende Gesichtspunkt für die Beurteilung der jüdischen Kolonisation Palästinas.

Deshalb soll sich der Sozialist für die Verwirklichung der zionistischen Bestrebungen nicht allein aus Klugheitsgründen einsetzen, nicht allein deshalb,



weil die Politik des eigenen Landes damit gefördert wird, daß man dem Kriegsgegner nicht das moralische Ansehen überläßt, das mit dieser Idee verknüpft ist. Sondern er soll es in voller Erkenntnis und Befolgung seiner sozialistischen Grundsätze tun, die das (jetzt zu Schlagwortzwecken mißbrauchte, zur Farce erniedrigte) Selbstbestimmungsrecht der Völker im Sinn einer Pflicht zu schaffender Arbeit, im Sinn einer Entwicklung zu hohen Menschheitszielen begreifen.

## PAUL MÜLLER · EIN SOZIALPOLITISCHES EXPERIMENT

**B**EKANNTLICH bietet die Reichsversicherungsordnung den Arbeitern oder den Unfallversicherten keine Möglichkeit in irgendeiner Form an der Verwaltung der Berufsgenossenschaften teilzunehmen. Die Berufsgenossenschaften sind alleinige Träger der Unfallversicherung; die aus dieser erwachsenden Lasten werden ausschließlich von den in den Berufsgenossenschaften organisierten Arbeitgebern durch Beitragsleistungen auf dem Weg des Umlageverfahrens getragen. Die unfallversicherten Arbeitnehmer sind von jeder Beitragspflicht befreit. Ob mit Recht oder Unrecht, jedenfalls waren auf Grund dieser Tatsache die Unfallversicherten bisher von der Teilnahme an der Verwaltung der Berufsgenossenschaften ausgeschlossen, im Gegensatz zu ihrer Beteiligung an der Verwaltung aller übrigen Zweige der deutschen Sozialversicherung. Ebenso wenig werden sie offiziell irgendwie zur Betriebskontrolle und zur Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften wie aller sonstigen, zum Schutz für Leben und Gesundheit der Unfallversicherten getroffenen Maßnahmen unmittelbar herangezogen. Wohl sind ihre Vertreter aus der sozialen Gerichtsbarkeit an der Schaffung der Unfallverhütungsvorschriften gutachtlich und beschließend mit tätig, aber einen unmittelbaren Einfluß auf deren Ausführung haben auch sie nicht.

Gegen diese zweifelhaften Rechtsverhältnisse hat die deutsche Arbeiterschaft, ohne Unterschied der politischen und gewerkschaftlichen Richtung, seit vielen Jahren in Wort und Schrift nachdrücklichst Einspruch erhoben. Ihre parlamentarischen Vertreter wie die Arbeiterorganisationen haben wiederholt, namentlich bei der Beratung der heutigen Reichsversicherungsordnung, gefordert, daß auch den Unfallversicherten die Teilnahme an der Verwaltung der Berufsgenossenschaften, bei dem Rentenfestsetzungsverfahren und der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften garantiert werde. Bisher sind diese Forderungen zurückgewiesen worden. Entscheidend für die ablehnende Haltung der Gesetzgebung war wohl das Argument der Berufsgenossenschaften, nur der die Versicherungslasten tragende Unternehmer könne auch die rechtliche Befugnis zur Verwaltung, zur Festsetzung der Renten und Unfallverhütungsvorschriften (Betriebskontrolle usw.) haben. Ein Standpunkt, der zwar dem Buchstaben des Gesetzes von heute entspricht, mir aber aus allgemein sozialen Erwägungen heraus mehr als bedenklich erscheint. Wir haben es hier aber mit der Tatsache zu tun, daß die Berufsgenossenschaften heute die gesamte Verwaltungsmacht allein und fest in ihrer Hand halten. Jedenfalls sind sie zu irgendwelchen Konzessionen an die Unfallversicherten nicht verpflichtet. Ich halte es nicht für

ausgeschlossen, wenn auch nicht für absolut sicher, daß die nach dem Krieg bestimmt zu erwartende Revision der Reichsversicherungsordnung hierin Wandel schaffen wird. Voraussetzung dafür dürfte aber die Heranziehung der Unfallversicherten zur Beitragsleistung an die Berufsgenossenschaften sein. Eine Bedingung, die mir nicht unbillig erscheint, die sich jedoch durch einen Kompromiß umgehen ließe.

Diesen Weg des Kompromisses zwischen idealen Forderungen und realen Möglichkeiten haben der Vorstand der Seeberufsgenossenschaft und die freigewerkschaftliche seemännische Organisation in Deutschland beschritten und damit ein heiß umstrittenes sozialpolitisches Experiment gemacht, das hier Gegenstand kritischer Erörterung sein soll.

Der Vorstand der Seeberufsgenossenschaft beschloß einstimmig am 24. Oktober 1917 für die Genossenschaft die Stellung eines seemännischen Beirats zu schaffen. Ich möchte nicht unterlassen darauf hinzuweisen, daß das Reichsversicherungsamt als die der Berufsgenossenschaft übergeordnete Reichsbehörde nicht nur keinen Einwand gegen die Schaffung dieser Beiratsstelle erhob sondern sogar regen Anteil daran genommen hat. Die Seeberufsgenossenschaft führte bisher unstreitig die umfassendste und nachdrücklichste Betriebskontrolle im deutschen Schiffahrtsbetrieb durch und wandte für diesen Zweck alljährlich nicht unerhebliche Mittel auf. Neben ihren eigenen nautischen und technischen Aufsichtsbeamten und Vertrauensmännern stand ihr dabei der Germanische Lloyd, Deutschlands größte Klassifikationsgesellschaft, als technischer Beirat ständig zu Diensten. Dagegen verfügte sie bisher nicht über einen seemännischen Beirat aus seemännischen Arbeiterkreisen, der in erster Linie das Vertrauen der seemännischen Arbeiter besaß. Diesem Mangel, der in gleicher Weise von der Seeberufsgenossenschaft und von allen Chargen der deutschen Seeleute empfunden wurde, soll durch die Schaffung des seemännischen Beirats begegnet werden.

Dieser neue Beirat stellt keine selbständige kollegiale Körperschaft dar. Vom Vorstand der Seeberufsgenossenschaft soll nur jemand ernannt werden, der dem Vorstand der Genossenschaft nicht als Mitglied angehört, aber in ständiger Fühlung mit ihm und seinen Organen steht. Der seemännische Beirat soll dem Genossenschaftsvorstand und im Einvernehmen mit ihm den Genossenschaftsorganen, unter Umständen auch den für die Seeschifffahrt ausschlaggebenden Behörden, mit Rat und Tat zur Seite stehen. Er soll sich ferner, in Gemeinschaft mit dem Genossenschaftsvorstand und seinen ausführenden Organen, auf dem Feld der Unfallversicherung, der Unfallverhütung, der Überwachung der Sicherheitseinrichtungen und aller sonstigen in dieses Gebiet schlagenden Fragen betätigen. Also in allen Fragen des Schutzes für Leben und Gesundheit der deutschen Seeleute. Der Beirat der Seeberufsgenossenschaft ist ermächtigt Klagen und Wünsche der Schiffsmannschaften entgegenzunehmen, so weit sie sich auf Sicherheits- und sanitäre Einrichtungen sowie auf die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften an Bord der Schiffe beziehen. Er hat in Gemeinschaft mit den zuständigen Organen der Seeberufsgenossenschaft die Berechtigung dieser Klagen und Wünsche, die Notwendigkeit und Möglichkeit ihrer Berücksichtigung zu prüfen und sich gegenüber dem Genossen-

schaftsvorstand gutachtlich darüber zu äußern. Die Entscheidung über seine Vorschläge liegt dann selbstverständlich dem Vorstand ob.

Es hieße aber den Wert und die Bedeutung dieses Beirats herabdrücken, wollte man ihn nur auf die Entgegennahme und Prüfung solcher Klagen und Wünsche der Seeleute beschränken. Eine seiner Aufgaben (und nicht die unwesentlichste) soll es auch sein an die Genossenschaft mit eigenen Anregungen heranzutreten, die dem weitem Ausbau des deutschen Seemannsschutzes förderlich sein könnten. Auch hier liegt die Entscheidung dem Genossenschaftsvorstand ob, der die Vorschläge dann wieder den ihm gemäß der Reichsversicherungsordnung übergeordneten behördlichen Organen zur Prüfung weitergibt.

Es braucht kaum besonders hervorgehoben zu werden, daß sich die Tätigkeit des seemännischen Beirats nur im Rahmen der für die Genossenschaft verbindlichen Gesetze und Verordnungen bewegen und sich nicht gegen die Verfassung und den Bestand der Genossenschaft wenden darf. Diese selbstverständliche Rücksicht soll natürlich nicht die Funktionen des Beirats irgendwie einengen oder gar stören, braucht dies auch nicht im mindesten zu tun. Solche Einengung ist auch weder Wunsch noch Absicht der Seerberufsgenossenschaft; es liegt nicht der geringste Anlaß vor daran zu zweifeln.

Die erste Voraussetzung jeder ersprießlichen Wirksamkeit des Beirats ist natürlich vor allem ein unerschütterliches Vertrauen aller beteiligten Kreise unter einander. Mag Mißtrauen sonst eine demokratische Tugend sein, hier würde es nur Unheil bringen. Der Beirat soll in allen hier berührten Fragen als Dolmetsch zwischen Seerberufsgenossenschaft und Seeleuten fungieren; das kann mit Erfolg nur geschehen, wenn er sich nicht allein auf seine dienstlichen Befugnisse sondern in erster Linie auch auf das unbedingte Vertrauen der deutschen Reeder und Seeleute stützen, seine Autorität, seinen Einfluß und damit auch seine Schaffensmöglichkeit darauf gründen kann. Die Seerberufsgenossenschaft hatte nun Umschau nach einer solchen Anforderung entsprechenden Persönlichkeit gehalten, die sie natürlich nur unter den Führern der freigewerkschaftlich organisierten Seeleute finden konnte. Der erste Arbeiterbeirat einer deutschen Berufsgenossenschaft ist deshalb ein führender Gewerkschafter, zum ersten seemännischen Beirat der Seerberufsgenossenschaft bin ich selbst ernannt, der ich seit mehr als 20 Jahren in Wort und Schrift die Notwendigkeit der Schaffung eines solchen oder ähnlichen Postens verfochten habe. Ich betone aber, daß meine Ernennung nicht gegen den Willen meiner organisierten Berufskollegen erfolgte sondern nach Anhörung und eingehender Beratung unter ausdrücklicher Zustimmung der seemännischen Gewerkschaft auf Vorschlag der Seerberufsgenossenschaft. Ich bin also auch als Beirat der Seerberufsgenossenschaft delegierter Vertrauensmann der seemännischen Organisation. Der seemännische Beirat besitzt laut Vertrag für die Betätigung seiner politischen und gewerkschaftlichen Überzeugung die weitestgehenden Rechte, er ist darin vollkommen ungebunden, soweit sich diese öffentliche Tätigkeit mit seinen dienstlichen Obliegenheiten vereinbaren läßt. Auf der andern Seite wird es als selbstverständlich angesehen, daß er sich der strengsten Objektivität und Neutralität gegenüber den Reedern, Vorgesetzten und See-

leuten befeißigt, gleichviel welcher politischen und gewerkschaftlichen Richtung die einzelnen angehören. Dadurch kann seine Position nur gefestigt und sein Einfluß erhöht werden. Wie ich auch der Überzeugung bin, daß der Beirat nur mit viel Takt und Umsicht erfolgreich seines Amtes walten kann.

Es dürfte auch den Absichten der Begründer dieser neuen und bis jetzt einzigartigen Beiratsstelle entsprechen, wenn dieser Beirat die Funktionen, sagen wir: eines Instruments zur Förderung der sozialen Verständigung, in gewissen Grenzen und in beiderseitigem Einvernehmen ausübt. Wie immer sich auch die Zukunft der deutschen Handelsmarine und Seeschiffahrt gestalten mag, eines steht für mich schon heute fest: sie wird einen schweren Stand haben und einen harten Konkurrenzkampf mit der gesamten Weltschiffahrt bestehen müssen. Und bitter not wird es ihr deshalb tun innere Ruhe zu einer gesunden Neuorganisation und Fortentwicklung auch über den Friedensschluß hinaus durch einen möglichst ununterbrochenen gewerblichen Frieden zu finden. Dazu muß dauernd eine Verständigungsmöglichkeit vorhanden sein, es muß eine stete Fühlungnahme zwischen Reedern und Seeleuten stattfinden. Hier kann und wird der seemännische Beirat segensreich wirken, die Wogen des wirtschaftlichen Kampfes glätten, ohne die Interessen der deutschen Seeleute zu beeinträchtigen.

Wir haben es hier nach alledem mit einer neuartigen Institution zu tun, die sehr große Anforderungen an ihren Träger stellt und starke Verantwortung auf seine Schultern wälzt, von der aber die deutschen Seeleute mit Recht eine fruchtbringende Wirksamkeit erwarten. Aus eigenem Antrieb, in freier Entschließung, ohne jeden gesetzlichen Zwang wurde sie seinerzeit von der Seeberufsgenossenschaft geschaffen, da die Gesetzgebung das Amt sicherlich in absehbarer Zeit nicht eingerichtet hätte. Durfte ich zusammen mit den freigewerkschaftlich organisierten Seeleuten also die Annahme dieses Amtes ablehnen, nur weil die Seeberufsgenossenschaft die Kosten dieser Einrichtung trägt und weil es mit gewissen, nicht geringen Verantwortlichkeiten verbunden ist? Ich sage: Nein. Fordern wir die Schaffung solcher Ämter, so dürfen wir vor der Übernahme derartiger Funktionen und ihrer Verantwortlichkeiten auf keinen Fall zurückscheuen; hier verpflichtet die Forderung schon ihre Verfechter. In diesem Fall um so mehr, als ich mich der Hoffnung hingebe, daß diese segensreiche Beiratsstelle der Seeberufsgenossenschaft auch für die übrigen Berufsgenossenschaften vorbildlich sein kann und wird. Und damit auch für unsere spätere Sozialgesetzgebung.

Von diesem Standpunkt aus muß dieses sozialpolitische Experiment der Seeberufsgenossenschaft von allen sozialpolitisch fortgeschrittenen Kreisen begrüßt werden. Auf Bekrittelungen will ich im Rahmen dieser sachlichen Erörterungen nicht eingehen. Mit grundsätzlicher Negation und beweislosen Nörgeleien treibt man keine ersprießliche Realpolitik. Wir müssen mit der Zeitentwicklung, die ihre eigene Logik hat, voranmarschieren, statt polternd und negierend nebenher zu laufen, wo alles ständig im Fluß dahineilt. Wir haben die Pflicht überall einen Ausgleich zwischen Ideal und Realität zu suchen. Wir müssen den nötigen Mut zur Konsequenz und Mitverantwortlichkeit aufbringen, wollen wir als gewerkschaftliche Sozialpolitiker unsere Aufgabe erfüllen. Hier ist jede Halbheit vom Übel.



# RAPHAEL SELIGMANN · DER RUSSISCHE SCHRIFTSTELLER

## ALLGEMEINES



ST die russische Intelligenz das Sensorium der Gesamtheit, so ist der russische Schriftsteller das Sensorium der Intelligenz, der aufmerksame und ahnungsvolle Interpret aller Tendenzen und Aspirationen, die sich in den Gemütsstiefen der Intelligenz regen, der feinsinnige Belauscher ihres intimen Seelenlebens, der alles Werdende und Keimende mit seinen Fühlhörnern aufspürt und festhält, der gewissenhafte Schilderer und Darsteller ihrer Gedankengänge und Vorstellungsverbindungen, der allem noch Unklaren und Unfertigen den mehr oder minder beredten Ausdruck verleiht, die mehr oder minder prägnante Formulierung gibt. Kurzum, der russische Schriftsteller ist der geistige Vertreter der russischen Intelligenz und vermittelt dieser auch der Gesellschaft und der Gesamtheit überhaupt, in des Wortes vollster und bester Bedeutung. Die Bezeichnung Schriftsteller, die ich in Ermangelung eines besser angebrachten Ausdrucks hier gebrauchen muß, paßt auch in diesem Fall genau so wenig auf jenes Bild, das sich die russische Gesellschaft von dem geistigen Repräsentanten der Gesamtheit macht, wie die Benennung Intellektuelle auf jene soziale Kategorie, die das russische Publikum als *Intelligenz* charakterisiert. Der russische Schriftsteller von echtem Schrot und Korn, jener Schriftsteller der ältern Formation, den wir aus der russischen Literatur der vorrevolutionären Epoche kennen, ist kein Berufsmensch, der zur Unterhaltung und Belustigung oder auch zur Information auf irgendwelchem Gebiet schreibt, kein vielschreibender Bücherverfasser, der beliebige und zufällige Themen der Leserwelt vorsetzt, kein wissenschaftlicher und philosophischer Fachmann, der diesen oder jenen Wissensbezirk bearbeitet, kein eigenbrötlerischer Ästhet, der unter künstlerlicher Begeisterung und aufs Geratewohl unermüdlich fabuliert, konstruiert, spintisiert, und in zweck- und fruchtloser Zeitvergeudung allerhand stilistische Floskeln drechselt. Der russische Schriftsteller von echtem Schrot und Korn ist vor allem ein Mensch, der in stillschweigendem Auftrag der Gesellschaft und des Volkes in mehr oder weniger naïvem Vertrauen auf seine eigenen geistigen Kräfte es getrost auf sich nimmt irgendwelche neuen Pfade im Gewirr der sozialen Verhältnisse ausfindig zu machen, irgendwelche Linien des moralischen Verhaltens vorzuzeichnen oder irgendwelches lebende und aufmunternde Wort zu sagen; kurzum, irgendetwas zu leisten, was die Gesamtheit von ihm fordert und wofür er sich verantwortlich macht. Ob der russische Schriftsteller diesem stillschweigenden Auftrag auch immer gerecht wird, und ob er den gesellschaftlichen Anforderungen immer Genüge leistet, mag einstweilen dahingestellt bleiben; aber er weiß sich mit allen Fasern seines geistigen Wesens in den tiefsten Tiefen der Volksseele verwurzelt und verankert, er spürt auf jedem Schritt den starken und ermunternden Pulsschlag einer zu ihm aufschauenden und ihm vertrauenden Gesamtheit, er fühlt sich in seinem geistigen Schaffen von den mächtigen Wellen einer breiten und mitfühlenden Öffentlichkeit getragen und gehoben, und jeder seiner Gedanken, jedes seiner Worte findet einen lauten Widerhall im Resonanzboden einer Gesellschaft, für die der Gedanke (wofern

er ihr zugänglich ist) noch etwas bedeutet und die von dem Wort (mit Recht oder Unrecht) noch etwas erwartet.

Der russische Schriftsteller hat in der Regel ein recht klares und präzises Bild von der Leserwelt, die er sich immer vor Augen hält, und mit der ihn unzerreißbare Bande geistiger Intimität verknüpfen. Der Leser ist dem russischen Schriftsteller kein Abseitsstehender, der mit halb zerstreuter, halb geringschätziger Miene die Worte des Schreibenden an sich vorübergleiten läßt, sondern vor allem ein Suchender und Aufhorchender, der das Gesagte mit ungeheucheltem Interesse verfolgt, mitunter aber auch ein aufrichtiger Freund, der die inneren Kämpfe des Schreibenden mitmacht und sich seiner Erfolge freut. Gegen Rußland gehalten ist der Literat, wie man ihn in Deutschland kennt, mit seiner entwurzelten Existenz und inmitten einer teils blasierten und tiefindifferenten teils unempfänglichen und hoffnungslos vermaterialisierten Leserwelt eine recht erbärmliche, recht klägliche Erscheinung.

Das Bewußtsein einer leitenden Rolle, das in der Seele des russischen Schriftstellers lebt, führt mitunter zu komischen und unerfreulichen Erscheinungen. Manch junger und aufstrebender Autor, der sich einige Erfolge in der Öffentlichkeit errungen hat, beginnt mit einemmal sich in Positur zu setzen und zu orakeln, da er sich gewissermaßen für verpflichtet hält jenes neue Wort zu sagen, das man von ihm erwartet. Nicht selten geschieht es, daß ein besonders gelungener und temperamentvoll geschriebener Aufsatz aktuellen Inhalts in einem verbreiteten Preßorgan an allen Ecken und Enden des weiten Reiches lebhaftes Aufsehen erregt und vom Verfasser überall reden macht. Nicht selten mag es auch der Fall sein, daß der Verfasser irgendeines packenden, erfolggekrönten Stückes Briefe erhält, in denen der Schreibende von ihm Anweisungen zu einem makellosen, glückseligen Leben erbittet. Dies alles gibt, wie gesagt, zu mancher komischen, unerquicklichen Erscheinung Anlaß. Aber dies alles steigert zu gleicher Zeit das Bewußtsein des Schriftstellers in einem im westlichen Europa ungeahnten Grad und erteilt ihm einen Schwung, der ihn beständig in Spannung hält. Mit der Aufgabe wächst der Wille, und mit dem Willen die Kraft. Der russische Schriftsteller, der vom lesenden Publikum ernst genommen wird, beginnt auch seinerseits sich selber und die Dinge ernst zu nehmen. Davon rührt der große Zug her, der der russischen Belletristik anhaftet. Wenn die russische Belletristik ältern Datums die unergründlichen Probleme des menschlichen Lebens mit einer in der Geschichte der Literatur noch nie dagewesenen Kraft vor unseren Augen aufrollt, wenn sie den Tiefen des menschlichen Gemüts ungeahnte Geheimnisse entlockt und wunderbare Gestalten von beispielloser Feinheit und Größe hervorzaubert, wenn sie in schroffem Gegensatz zu der westeuropäischen schönen Literatur ihr Interesse nicht dem Anekdotenhaften und Episodischen, sondern dem Bedeutenden, Schicksalsschwängern und Monumental-Typischen zuwendet, so hat es der russische Künstler nicht sowohl einer exzeptionellen Begabung und Inspiration als vielmehr dem Bewußtsein einer großen Aufgabe zu verdanken. Dieses Bewußtsein ist es, das seinen Blick nach den verborgenen Zusammenhängen des individuellen und gesellschaftlichen Daseins lenkt. Als Künstler ist der russische Novellist und Romandichter vielleicht seinem deutschen und englischen Kollegen, nicht aber dem Frau-

zosen und Skandinavien überlegen. Was er aber allen insgesamt voraus hat, das ist der große Ernst, mit dem er an die Dinge seiner Umgebung herantritt, ist gewissermaßen das Gefühl einer Mission, die zu erfüllen er sich berufen fühlt. Als Tschchow die ersten Bändchen seiner talentvollen Erzählungen und Humoresken im Druck erscheinen ließ, warf ihm der russische Publizist und Kritiker jener Zeit Michajlowskij die Vorliebe für das Anekdotenhafte vor und verglich ihn verächtlich mit einem herumreisenden Photographen, der seinen Kodak überall mit sich herumträgt und funktionieren läßt. Michajlowskij hat sich entschieden geirrt. Tschchow war nicht jener Kodakmensch, mit dem ihn der russische Kritiker verglich. In seinen harmlosen Anekdoten steckte oft ein recht bedeutender Inhalt. Aber der Vorwurf ist typisch. Er zeigt, daß man an den Künstler in Rußland moralische Anforderungen stellt, und daß man ihn vor allem ernst nimmt.

## DER DICHTER

**D**IE hervorragendste Stellung unter den Schriftstellern nimmt der Dichter oder Künstler ein. Er steht im Vordergrund des Interesses und erfreut sich der besondern Aufmerksamkeit und der besonderen Sympathien des lesenden Publikums. Auf ihn konzentrieren sich alle Blicke, ihm schlagen alle Herzen entgegen, von ihm erwartet man neue Offenbarungen und Losungen, von ihm vermutet man, daß er den Schlüssel zu den Mysterien des Daseins in Händen habe, ihm schreibt man das Wissen um jene Zauberformel zu, auf deren Machtspruch hin das menschliche Leben sein Inneres erschließen muß. Der Durchschnittsrusse lebt noch ganz in der naiven Vorstellung, daß der Dichter vermöge irgendwelcher angeborenen Intuition die wunderbare Gabe besitzt dem menschlichen Dasein den verborgenen Sinn abzulauschen; eine Vorstellung, die in einer industrialisierten Epoche mit ausgedehntem Büchermarkt und vielverzweigtem Verlagswesen längst zu einer kindischen geworden ist, die aber in einem Land von vorwiegend agrarischer Beschaffenheit und unter gesellschaftlichen Umständen, die einen gewissen patriarchalischen Charakter nicht ganz abgestreift haben, wenigstens einen Schein von Berechtigung an sich hat.

Was verlangt also das russische Publikum vom Dichter? Denn das russische lesende Publikum verlangt etwas vom dichtenden Künstler, es stellt gewisse Anforderungen an den Menschen des Wortes, und das ist es, was die russische Leserwelt zum Unterschied von der westeuropäischen, zumal in gewissen Ländern des westlichen Europas, zu einem Publikum par excellence, will sagen zu einer über allen Kreisen, Schichten und Parteiungen stehenden Gemeinschaft macht.

Es verlangt vom Dichter vor allem, daß dieser ihm den Spiegel vorhalte, ihm ein möglichst getreues Bild von den geistigen Zuständen der Gesellschaft gebe, es verlangt, daß ihm der Dichter alle Schwankungen und Wandlungen innerhalb dieser Gesellschaft, alles noch Unfertige und im Entstehen Begriffene, alles, was in den Tiefen der Volksseele gärt und nach Ausdruck ringt, alles, was sich im Geist der Gesamtheit in zaghafter Bewegung regt und in tastenden Versuchen ergeht: daß der Dichter dies alles in prägnanten Zügen fixiere und in lebendigen Gestalten verkörpere. Das Publikum mutet also seinem dichtenden Künstler einen ungewöhnlichen Scharfblick zu und ver-

langt von ihm das Vermögen des innern Schauens in einem Grad, der dem gewöhnlichen Sterblichen für immer versagt bleibt. Und man muß sagen, daß der russische Dichter dieser Forderung in einem bedeutenden Maß gerecht wird. Der russische Dichter ist vornehmlich ein schauender; selbstverständlich nicht, weil es das Publikum von ihm verlangt, sondern weil es in seiner Natur liegt. Der russische Dichter älterer Formation ist ein Schauender schlechthin; er saugt nicht seine Inspirationen aus dem Finger, er entwirft nicht in seinem Geist gewisse Lebenslagen nach bestimmten Schablonen und schneidet nicht seine handelnden Personen nach ersonnenen Konstruktionen zu, er geht nicht auf die Jagd nach mehr oder minder interessanten, mehr oder minder spannenden Anekdoten aus, sondern er sieht unbefangen dem Treiben der Menschen um sich herum zu, fängt alles Charakteristische, Typische und Bedeutungsvolle an ihnen auf und verewigt es in greifbaren Gestalten. Daher die Lebensfrische, die die Schilderungen der russischen Dichter atmen. Sieht man von einer Anzahl offensichtlicher Tendenzromane ab, insbesondere in der Periode der sechziger und achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts (Michajlow-Scheller, Omulewskij, Slatowratskij, Petropawlowskij-Karonin, Stanjukowitsch, Sassodimskij und andere), so zeigt die russische Literatur bis in das letzte Dezennium vor dem Krieg hinein den ausgeprägten Charakter des unmittelbar Erschaute[n], Erlauschte[n] und Erlebte[n]. Im letzten Dezennium vor dem Krieg änderte sich allerdings die Situation merklich, als die sogenannte dekadente Richtung sich in Rußland Eingang verschaffte und Wurzel faßte und der russische Novellendichter nach mehr oder minder schauerlichen Vorfällen und Begebenheiten zu fahnden begann. Es war dies die Zeit der Balmont und Brjussow, der Alexander Block und Max Woloschijn, der Wjatscheslaw Iwanow und Sergius Gorodetskij, der Andrej Bjelyj und Sinaida Gypsius, der Arzybaschew, Kuprin, Sergejew-Zenskij und ähnlicher, die unter dem starken Einfluß westeuropäischer Muster sich teilweise auf das Spintisieren und Konstruieren verlegten teilweise dem Anekdotenwesen besondere Pflege angedeihen ließen. Aber auch in dieser Periode fehlte es nicht an hervorragenden Künstlernaturen, wie Fjodor Sologub und Boris Saitzew, die in das menschliche Leben wirklich tiefe Einblicke taten.

Die klassische russische Literatur hat, ohne es direkt zu beabsichtigen, einen tiefgreifenden und nachhaltigen Einfluß auf das gesamte politisch-soziale Leben des Landes gewonnen und ist mit der Zeit zu einem mächtigen Faktor in der revolutionären Bewegung der russischen Gesellschaft wie des russischen Volkes geworden. Durch seine unsterblichen Schilderungen des Bureaukratenwesens und dessen Verewigung in monumentalen Gestalten von bleibender Bedeutung hat bereits der in den vierziger Jahren des verflossenen Jahrhunderts lebende geniale Humorist Gogol dem absolutistischen Staatskörper unheilbare Wunden geschlagen. Nicht minder verheerend wirkte in ähnlicher Richtung der in den sechziger Jahren des verstrichenen Jahrhunderts lebende große Satyriker Saltykow-Stschedrin, der seine Aufmerksamkeit vornehmlich dem Satrapenwesen unter dem alten Regime widmete. Der Schriftsteller Grigorowitsch aus den vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts weckte zuerst das Interesse der gebildeten Gesellschaft jener Zeit für das Leben des russischen Landvolks, und von Turgenjew erzählt man, daß er durch seine Memoiren eines Jägers zu der Bauern-



befreiung unter dem Zaren Alexander II. nicht wenig beigetragen hat. Dies sind nur ein paar Beispiele aus einer Menge von Belegen. Im Grunde war fast die gesamte russische Literatur am sozialen und politischen Leben des Landes auf diese oder jene Weise beteiligt.

## KATHARINA LAESSIG · NACHRUF AUF HEDWIG LACHMANN



WENN ein Mensch uns verlassen hat, der uns nahestand, dann tauchen nach der ersten Betäubung alle die feinen, wundervollen Züge seines Wesens in so überquellendem Reichtum aus dem Gedächtnis empor, daß noch einmal der Tod als der Bringer höchsten Lebens erscheint. Jede verhaltene Bewegung des geliebten Menschen, jede Stimmung der Natur, die man in seiner Gegenwart erlebte, sagt zu unserm Herzen: Dieses war die Kostbarkeit des zersprungenen Gefäßes. Und niemals erscheint die Ohnmacht der Worte größer als in solchem Augenblick. Aber da eine Frau plötzlich in die Ewigkeit eingegangen ist, deren Geist in den erlösten Zukunftstagen der von Sklavenketten befreiten Menschheit leben wird, will ich doch versuchen das Beispiel ihrer Wirkung zu geben.

Der künstlerische Mensch ist selber ein Kunstwerk. Seine Produktion ist wohl von den Wirrnissen des Tageslaufes nicht unabhängig, immer fühlt man jedoch das rastlose Weben der geistigen Materie in seiner Seele. So geschah es auch in dieser unvergeßlich zarten Gestalt Hedwig Lachmanns, der Dichterin, die am 21. Februar 1918 einer kurzen Lungenentzündung erlegen ist.

Vor einem Jahr fast habe ich sie zuletzt gesehen, bevor sie von Hermsdorf bei Berlin in das Städtchen Krumbach nach Süddeutschland übersiedelte, um dort mit ihrer Familie dem größten Druck hoffnungsloser Friedenssehnsucht entzogen zu sein. In ihrem schönen, dunkelblauen Arbeitszimmer saßen wir, das der reizvollste Hintergrund ihrer silbernen Haare war; nicht in der gleichen, gewohnten Ruhe, denn der Aufbruch warf schon seine Schatten. So vermischte sich die Erinnerung an dieses letzte Mal für mich mit den vielen Bildern der Vergangenheit, Spaziergängen zum Waldsee, bei denen sich ihr Inneres aufschloß und von Plänen und Erlebnissen die Rede war.

Je beseelter eine Frau, überhaupt ein Mensch gewesen ist, um so weniger gelingt es die Besonderheiten ihrer Natur auszudrücken. Wer Hedwig Lachmann gekannt hat, wie sie mit der tiefen Musik ihrer Sprache die eigenen oder von ihr übertragenen Gedichte vortrug, oder in leidenschaftlicher Bewegtheit an den traurigen Ereignissen der gegenwärtigen Zeit teilnahm, oder auch nur still in den Vorträgen Gustav Landauers, des Sozialisten, dessen Lebensgefährtin sie war, in Ergriffenheit zuweilen eine verstohlene Träne von den Augen wischte, dem werden die urgründigen Mittel verständlich sein, die aus ihren Arbeiten sprechen. Sie tragen das innere Feuer der Überzeugung in sich, die reine Flamme der Liebe und des Mitleidens gegenüber dem Märtyrertum, den Gefesselten und Unglücklichen.

Eine außerordentlich begabte Übersetzerin fremder Dichtungen ist mit ihr dahingegangen: Sie begann mit Liedern aus dem Ungarischen und wandte

sich dann nach einigen nordischen Sachen großen Werken Frankreichs und der englischen Literatur zu.

Nun hat sie in dem ihr vertrauten Schwabenland die letzte Ruhestätte gefunden, sie, die noch gern geblieben wäre bei ihren Kindern und dem, was sie uns noch zu spenden hatte. Auch ihr Dasein war eine Sekunde vor der Ewigkeit. In welcher Vollendung sie es lebte, zeigt wie ein Symbol für Gedicht Ein Tag:

»Von dem Glanz, der auf dem Morgen lag,  
Ging mein Herz in freundgerem Schlag.

Von der Wolke, die am Mittag kam,  
Ward es überschattet, wie mit Gram.

Von dem Licht, das aus dem Abend quoll,  
Ward es bis zu Tränen schwermutsvoll.

Von dem Schimmer, der die Nacht umwand,  
Ward es still und selig bis zum Rand.«

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft / Julius Kalfski

Frankreich und Die Politik, die eine An-  
Deutschland gliederung der besetzten  
Gebiete von Briey und

Longwy fordert, glaubt weitsichtig und kraftvoll zu sein. Sie ist aber in Wirklichkeit nur eine Gelegenheitspolitik, die durch die Aufzählung aller Gründe, die für eine Stärkung unserer Erzbasis im Interesse der künftigen Entwicklung unserer Eisenindustrie sprechen, nicht besser und größer wird. Wiederholt ist hier die Frage Longwy-Briey im Zusammenhang mit unserer weltpolitischen Lage behandelt worden (siehe diese Rundschau, 1917 III, Seite 1077 f. und 1185 f.). Eine Abtrennung französischer Gebiete würde Frankreich dauernd an England ketten, ein Zustand, den zu hindern eine Notwendigkeit ist, den bewußt zu bewirken selbstmörderisch wäre. Vermögen wir unsere Unabhängigkeit gegen England durch kontinentaleuropäischen Zusammenschluß zu wahren, dann wird unsere Erzversorgung durch keine feindliche Macht unterbunden werden können, auch wenn wir auf Zufuhren aus dem Ausland angewiesen bleiben.

Auch der Besitz von Briey-Longwy würde uns der Bezüge von Auslands-erzen nicht entheben. In der Wirtschaftszeitung der Zentralmächte vom 1. März 1918 wird in einer Polemik gegen Ausführungen des Geschäftsführers des Vereins Deutscher Eisen- und Stahl-

industrieller Reichert darauf hingewiesen, daß wir nach seinen Angaben zwar in den letzten 5 Friedensjahren unter Zugrundelegung des Eisengehalts 58,7 % der nutzbaren Erze einführen mußten, unter Zugrundelegung des Kaufpreises sogar 62,7 % unseres Gesamtverbrauchs, daß aber erst eine Spezialisierung der Einfuhr ein richtiges Bild von dem Wert dieser Ziffern gibt: »Nach der Außenhandelsstatistik des Jahres 1913 stellte sich die Gesamteinfuhr an Erzen nach Deutschland auf 14 024 Millionen Tonnen mit einem Werte von 227 Millionen Mark. Davon stammten 3,810 Millionen Tonnen mit einem Werte von 24,7 Millionen Mark aus Frankreich. Schon der Menge nach ist dieser Anteil also nicht ausschlaggebend, und in seinem Werte wird er weit übertroffen durch den der Einfuhren aus Spanien (72,0 Millionen Mark) und Schweden (86,7 Millionen Mark). Denn dem Eisengehalte nach spielt die Einfuhr an Brieyerzen nur eine wesentlich geringere Rolle als die aus anderen Erzländern. . . Mit diesen Feststellungen soll keineswegs der Wert der Brieyerze für unsere deutsche, besonders lothringische Eisenindustrie herabgemindert werden, wohl aber wird durch sie dargetan, daß in der Reichert'schen Beweisführung eine Überschätzung dieser Erze liegt, sofern damit bewiesen werden soll, daß durch den Besitz des Brieybeckens die deutsche Eisenindustrie sozusagen unabhängig vom Auslande gemacht werden kann. Qualitätserze, wie sie eine hochentwickelte-

Eisenindustrie unbedingt braucht, werden wir nach wie vor weiter hauptsächlich aus Schweden, Spanien und Rußland einführen müssen, und von der Aufrechterhaltung dieser Einfuhren wird die Zukunft unserer Eisenindustrie in weit höherem Grade abhängen als von dem Erwerb des Brieyreviers.«

Frankreich, dessen Industrialisierung wir schon deshalb zu wünschen haben, weil es sonst sich an England anlehnen müßte, um seine Lebenshaltung aufrechtzuerhalten zu können, besitzt nur wenig Kohlen. Den Hinweis, daß uns Frankreich Erze liefern würde, um von uns Kohlen und Koks zu bekommen, versucht man mit dem Einwand abzutun, daß England als Kohlen- und Kokslieferant an unsere Stelle treten wird. Dagegen wird mit Recht ins Feld geführt, daß England mit seiner Kokszerzeugung während des Krieges auch seine Eisenerzeugung gesteigert hat, also stärkere Eigenbedürfnisse an Koks zu decken hat. Doch die gleichzeitige Behandlung der Kohlen- und Erzfrage führt noch zu ganz anderen Schlüssen. Vor allem stützt sich die Forderung der Angliederung von Briey auf Berechnungen, daß unsere Erzvorräte in etwa 50 Jahren erschöpft sein könnten, wenn wir lediglich auf unsere heimischen Erze angewiesen wären. Der Heidelberger Professor Eberhard Gothein, der aus diesen Erwägungen Briey durch Kauf oder Tausch von Deutschland erworben wissen will, schreibt in der Vossischen Zeitung vom 5. Februar 1918: »Deutschland ist überreich an Kohle. Wenn auch der Braunkohle die glänzende Rolle, die sie rasch erreicht hat, nur vorübergehend beschieden ist, was eine dringende Anforderung in sich schließt ihr, solange sie reicht, den höchsten Nutzen abzugewinnen, so wird unserer Steinkohle spätestens in einem Jahrhundert, wenn es mit der englischen auf die Neige geht, die endgültige Versorgung Europas und mit ihr auch die industrielle Vormundschaft über dieses zufallen. Auch jetzt schon wird sie in steigendem Maße der englischen die Spitze bieten können.«

Jede planmäßige Produktionspolitik wird gerade im Besitz so reicher Kohlen-schätze leicht die Wege für eine aus-reichende Zufuhr von Auslandserzen zu finden imstande sein. Man muß eben wirkliche Produktionspolitik treiben und nicht, wie die Vertreter des Anspruchs auf Angliederung von Briey, Wegnehmungspolitik. Wie man bei uns einen Teil des französischen Erzreviers annektieren will, so verlangen französische

Annexionisten einen Teil des deutschen Kohlenreviers. Das moralische Recht beider Forderungen steht auf der gleichen Stufe. Sie sind aber auch beide von weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Einsicht weit entfernt und erweisen sich als engsichtige Lokalpolitik. Dem Tieferdenkenden wird gerade die Gegenseitigkeit der Ansprüche den richtigen Weg zeigen: Die Bildung eines kontinentaleuropäischen Wirtschafts-imperiums, dessen Herzstück der wirtschaftliche Ausgleich und Zusammenschluß Deutschlands und Frankreichs bilden müßte, würde beiden Nationen die Möglichkeit geben die zur Entfaltung ihrer Kräfte notwendigen Stoffe im Sinn wirtschaftlich-produktiver Gerechtigkeit zu verteilen und zu nutzen und so den höchstmöglichen Grad der Gesamtproduktivität zu erreichen. Während jede einseitige Wegnahme doch nur ein Teilergebnis hätte, gleichzeitig aber durch die Herabdrückung und Unfruchtbarmachung des andern Teils die Gesamtentwicklung in einem solchen Maß unterbinden würde, daß der lokale Erfolg einer Gruppe mit einer Schädigung, ja einer dauernden Niederhaltung der Gesamtschaffenskraft erkauft wäre.

**Handelsflotte** Der im Gesetz über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte vorge-sehene Reichsausschuß, der dem Reichskanzler Vorschläge für die Gewährung der Beihilfen zu machen hat, ist nunmehr durch den Bundesrat ernannt worden. Den Vorsitz führt der Direktor im Reichswirtschaftsamt von Jonquières. Weiter sind in den Reichsausschuß berufen der Vortragende Rat im Reichsschatzamt Müller, der Admiraltätsrat im Reichsmarineamt Warne-Pichelmayer, der bayrische Bezirkshauptmann Bittinger, den Direktor des Germanischen Lloyds Pagel, der frühere Direktor der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft Alfred Jarke und der seemännische Beirat des Vorstands der Seeberufsgenossenschaft Genosse Paul Müller.

Durch 3 Bundesratsverordnungen vom 17. Januar 1918 sind die Bestimmungen über die Veräußerungen von Kauffahrteischiffen, Binnenschiffen und Aktien oder sonstigen Geschäftsanteilen deutscher See- und Binnenschiffahrtsgesellschaften ans Ausland ergänzt worden. Neu ist das Verbot der Veräußerung von Aktien und sonstigen Geschäftsanteilen deutscher Binnenschiffahrtsgesellschaften, die in dieser Beziehung nunmehr

den deutschen Seeschiffahrtsgesellschaften gleichgestellt sind. Ferner sind die bisherigen Vorschriften über die Veräußerung von Kauffahrteischiffen und Binnenschiffen dahin ergänzt worden, daß nicht nur der Verkauf an Ausländer verboten ist, sondern auch der Verkauf an Deutsche, die nicht im Deutschen Reich wohnen oder ihren dauernden Aufenthalt haben, sowie an Gesellschaften, die ihren Sitz im Ausland haben oder deren Kapital zum größten Teil Ausländern zusteht.

**Filmindustrie-konzentration** Mit einem Aktienkapital von 25 Millionen Mark ist vor kurzem die Filmaktiengesellschaft Universum in Berlin gegründet worden. Die Gesellschaft erwarb die sämtlichen deutschen Unternehmungen der Nordischen Filmkompanie in Kopenhagen, das sind alle Berliner Uniontheater, sowie die von ihr geführten Theater im Reich und ihr in Deutschland unterhaltener umfangreicher Verleihbetrieb. Ferner wurden dem neuen Konzern einverleibt die Olivergesellschaft und die gesamten Betriebe der Meisterschen Filmgesellschaft einschließlich des Mozartsaals und des Hansa-filmverleihs. Auf die Projektionsaktiengesellschaft Union hat der Konzern durch Übernahme des größten Teils der Aktien einen so entscheidenden Einfluß gewonnen, daß man auch diese Gesellschaft in den Wirkungskreis des neuen Unternehmens stellen muß. Zuletzt erwarb die Universumgesellschaft sämtliche Anteile der Mayfilmgesellschaft. Nicht uninteressant ist die Zusammensetzung des ersten Aufsichtsrats. Ihm gehören an: der Direktor der Deutschen Bank Emil Georg von Stauff als Vorsitzender, der ehemalige Landrat Gerlach und Robert Bosch als stellvertretende Vorsitzende, der Direktor der Dresdner Bank Herbert M. Gutmann, Max von Wassermann von der Berliner Firma A. E. Wassermann, Paul Mamroth von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Hermann Frenkel von der Berliner Firma Jaquier & Securius, Cuno von der Hamburg-Amerika-Linie, Stimming vom Norddeutschen Lloyd, Jacob Goldschmidt von der Firma Schwarz, Goldschmidt & Co., Konsul A. Marx von der Aktiengesellschaft Carl Lindström, Carl Bratz vom Kriegsaus-schuß des deutschen Jutegroßhandels, und der stellvertretende Direktor der Deutschen Bank Kiehl. Der ungemein starken Ausbreitung des Kinotheaters in Deutschland entsprach

die Entwicklung der Filmindustrie keineswegs. Erst mit der Gründung der Universumgesellschaft ist in Deutschland das erste finanzstarke Filmunternehmen geschaffen worden. Vor Ausbruch des Krieges nahmen die französischen Firmen Pathé und Gaumont auf dem deutschen Filmmarkt eine herrschende Stellung ein; nach der Sperrung der Grenzen ging ein erheblicher Teil des Einflusses auf die Nordische Filmkompanie über. In der Friedenszeit blieben die Konkurrenzkämpfe auf dem Filmmarkt auf deutscher Seite ohne Unterstützung des Bankkapitals, das sich vom Film- und Kinowesen fernhielt.

An Konzentrationsbestrebungen fehlte es indessen unter den deutschen Film- und Kinofirmen auch in den letzten Jahren vor dem Krieg nicht. Allerdings liefen alle Pläne darauf hinaus das Filmverleihgeschäft zu monopolisieren. Die größeren Filmgesellschaften bauten oder finanzierten eigene Theater. Doch die wichtigsten Abnehmer der Filmfabriken waren und sind die Verleiher, die am wenigsten von den Gesellschaften entbehrt werden können, die nicht in stande sind den Theatern dauernd ein volles Programm an Films zu liefern. Die früheren Monopolisierungspläne beruhten auf der Übernahme von Generalvertretungen gerade der großen ausländischen Filmfabriken; sie hätten bei der damaligen Lage des deutschen Filmmarktes einen starken Aufstieg einer eigenen Filmindustrie schwer gehindert, wenn nicht unterbunden. Nicht nur die Entwicklung einer jungen und wichtigen Industrie kam dabei in Frage; viel wesentlicher noch war bei diesen Bestrebungen der Schutz geistiger und kultureller Güter gegen die Willkür einer lediglich auf hohe Provisionen eingestellten Kapitalsgruppe. So notwendig auf wirtschaftlichem Gebiet die Konzentration aller Kräfte ist, auf geistigem Gebiet ist der Konzentrationsprozeß nach durchaus anderen Faktoren zu beurteilen.

Aus der Gründung und Tätigkeit der Universumgesellschaft ist die Gefahr einer Monopolisierung unseres Film- und Kinowesens weit weniger zu befürchten. Nach dem Krieg wird nicht nur der internationale Wettbewerb auf dem Filmmarkt wieder beginnen, auch der nationale Wettbewerb hört mit der Errichtung dieser Gesellschaft nicht auf; denn es sind bereits mehrere, gleichfalls finanzstarke Gründungen ähnlicher Art vollzogen oder vorbereitet.

**Börse**

In den ersten Kriegstagen wurde die amtliche Kursnotierung eingestellt, sodann erging das Verbot der Verbreitung von Kursen aus dem freien Verkehr. Ziemlich rasch begann indessen eine allgemeine Belebung geschäftlicher Tätigkeit und auch ohne offizielle Form entwickelte sich ein zeitweise sogar übermäßig lebhaftes Börsengeschäft. Seit dem 1. Dezember 1917 ist nun die Kursberichterstattung wieder zugelassen worden; die Bankiers erhalten die amtlichen Kursfeststellungen, die von ihnen nicht unbeschränkt weitergegeben werden sollen, aber den Kunden auf Anfragen mitgeteilt werden können. In der Praxis erweist sich dieses Verfahren zur Orientierung aller Interessenten als ausreichend, wer irgendwie die Kurse erfahren will, wird es leicht ermöglichen dauernd über die Kursbewegung unterrichtet zu werden. Von der Regierung ist mit der Zulassung der Kursberichterstattung lange gezögert worden; sie fürchtete durch die Verbreitung der Kurse zu einer gewiß nicht erwünschten weitem Verstärkung der Teilnahme an der Börsenspekulation anzureizen. Diese Bedenken haben sich als grundlos erwiesen. Die Bekanntgabe von amtlich festgestellten Kursen zeigt sich im Gegenteil als ein brauchbares Mittel gegen Ausschreitungen der Spekulation. Vor allem sind die früher sehr häufigen sprunghaften Kursveränderungen, die nur markttechnisch begründet waren und von der Spekulation weidlich ausgenutzt wurden, doch wesentlich eingeschränkt worden. Im allgemeinen hat das hohe Kursniveau sich unbeschadet aller politischen Schwankungen behauptet.

**Banken**

Die bisher veröffentlichten Großbankbilanzen für das Jahr 1917 sind sicherlich charakteristisch für die Gesamtlage der maßgebenden Finanzinstitute. Bei erheblichen Mehrgewinnen können ohne weiteres Dividendenerhöhungen vorgenommen werden, nachdem zweifellos außer den ausgewiesenen Abschreibungen und Rückstellungen auch die inneren Reserven erheblich vermehrt worden sind. Alle Großbanken stehen im Zeichen eines ungestümen Zuflusses von Depositengeldern. Bei der Berliner Handelsgesellschaft, die ihre Dividende von 7 auf 8 % erhöht, nahmen im letzten Jahr die fremden Gelder um 90 Millionen auf 439 Millionen Mark zu; sie betragen 176 Millionen Mark mehr als 1914. Bei der Nationalbank, deren Di-

vidende um  $1\frac{1}{2}$  auf 6 % erhöht wird, betragen die fremden Gelder Ende 1917 453 Millionen Mark, gegen 283 Millionen Mark vor einem Jahr. Bei der Mitteldeutschen Kreditbank, die ihre Dividende um  $\frac{1}{2}$  % auf 7 % heraufsetzt, stiegen die Kreditoren im Jahr 1917 um 179 $\frac{1}{2}$  Millionen Mark; das ist ein Betrag, der ihre Gesamthöhe von 1914 übersteigt. Die wirtschaftliche Gestaltung während des Krieges hat die geschäftliche Führung der Banken sehr vereinfacht. Die Möglichkeit der zinstragenden Anlage ihrer Gelder ist gleichmäßig ziemlich eng, da die Befriedigung der Kreditbedürfnisse des Handels und der Industrie gegenwärtig nur einen sehr kleinen Teil ihrer Tätigkeit in Anspruch nimmt. Bei der Anlage der flüssigen Mittel überwiegt die Übernahme von Reichsschatzscheinen sowie die Gewährung von Darlehen an Kommunen oder andere öffentliche Körperschaften.

**Kurze Chronik** Nach offiziellen Angaben betragen Ende 1917 die

amerikanischen Vorschüsse an England 245 Millionen Dollar, an Frankreich 585, an Italien 500, an Rußland 325, an Belgien 77 und an Serbien 4 Millionen Dollar. Wie weiter berichtet wird, erhielt Belgien einen neuen amerikanischen Vorschuß von 45 Millionen Francs, wodurch sich die Gesamtverpflichtungen Belgiens gegenüber den Vereinigten Staaten auf 432 Millionen Francs erhöhen.  $\diamond$  Der Pfandbriefumlauf der Hypothekendarlehenbanken hat im vergangenen Jahr eine Steigerung erfahren; er nahm im 2. Halbjahr 1917 um etwa 60 Millionen Mark zu, nachdem er im 1. Halbjahr des selben Jahres um 6 Millionen, im ganzen Jahr 1916 um 27 Millionen, 1915 um 30 Millionen Mark gesunken war. Insgesamt waren Ende 1917 rund 11 Milliarden Mark Hypothekendarlehen im Umlauf.  $\diamond$  Eine Gruppe der Ziegelindustrie ist an die Regierung mit dem Ersuchen herantreten ein Zwangs syndikat herbeizuführen. Die freien Syndikatsverhandlungen, an denen die Vertreter der Regierung teilnehmen, ziehen sich schon lange hin.  $\diamond$  Auf Grund der Abschlüsse vom 30. Juni 1917 werden in der Papierzeitung die Ergebnisse von 29 Aktiengesellschaften der Papier- und Papierstoffindustrie Deutschlands zusammengestellt. Die Gesellschaften haben auf ein Aktienkapital von 40,99 Millionen Mark 4,903 Millionen Mark Dividende verteilt, was

einer Verzinsung von 11,96 % entspricht. Im Geschäftsjahr 1915-1916 hatten gleichfalls 29 Gesellschaften mit 42,60 Millionen Mark Kapital nur 2,492 Millionen Mark oder 5,85 % an Dividende ausgeschüttet. Die einzelnen für 1916-1917 zur Auszahlung gebrachten Dividenden gehen bis zu 36 %. Durchschnittlich wurden 11,96 % ausgeschüttet; der Durchschnitt zeigte eine im allgemeinen außerordentlich verbesserte Rentabilität.  $\diamond$  Die schwedischen Staatsbahnen haben bei deutschen Werken 80 000 Tonnen Stahlschienen mit Zubehör, lieferbar mit je einem Drittel von 1918 bis 1920 im Wert von 23 Millionen Kronen, bestellt.  $\diamond$  Die spanische Einfuhr stellte sich im abgelaufenen Jahr auf 1323 Millionen Pesetas, gegen 1280 Millionen im Vorjahr. Die Ausfuhr hat 1303 Millionen Pesetas, gegen 1377 Millionen im Vorjahr betragen.  $\diamond$  Das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten hat der Übernahme der Eisenbahnen durch die Union nach dem Verlangen Wilsons mit großer Mehrheit zugestimmt.

### Frauenbewegung / Dora Landé

Maurenbrecher In der letzten Februarwoche ist nach Stägigem Kranksein Hulda Maurenbrecher dem Typhus erlegen, und zwei ihrer Kinder sind ihr im Tode gefolgt. In ihr verlieren wir eine Frau von schöpferischem Geist, die mit ihrem unbedingten Wahrheitsdrang und ihrem Gefühlsreichtum noch unendlich viel Licht und Wärme hätte ausstrahlen und unser Erziehungswesen weiter hätte befruchten können. Angeregt durch die Beobachtungen an ihren eigenen Kindern, begann sie in einer Korrespondenz, die von der Parteipresse abgedruckt wurde, einzelne pädagogische Probleme aus dem Leben heraus zu behandeln, um die proletarischen Mütter aufzuklären und ihr Verantwortlichkeitsgefühl der Jugend gegenüber zu schärfen. Dann, je mehr sie einen Einblick in das Dasein dieser Frauen erhielt, desto deutlicher kam es ihr zum Bewußtsein, daß sie mit ihren Mahnungen und Belehrungen Unausführbares, Ungeheuerliches von ihnen forderte und nur dazu beitrug ihnen das Herz schwer zu machen. So gab sie das Bemühen auf sie zu wirken, ja überhaupt jedes Streben nach einer Gegenwirkung, wenigstens als Hauptziel ihrer Schriften auf. Zwar veröffentlichte sie diese in ihrer Lebensrische entzückenden Aufsätze gesammelt in einem um-

fangreichen Buch Wachstum und Schöpfung, neue Elternbesinnung und Kinderführung (siehe diese Rundschau, 1913 III, Seite 1648). Aber eher als proletarische Frauen, für die diese Aufklärung ursprünglich bestimmt ist, werden bürgerliche Frauen, für die sie gewiß ebenso nötig ist, sie mit etwas Verständnis und gutem Willen in die Wirklichkeit umzusetzen vermögen. Eher, aber doch auch nur im gewissen Grenzen. Denn das war vor allem Maurenbrecher, die selbst eine Schaar von Kindern aufzog und sich bestrebte ihnen alle geistigen und körperlichen Kräfte zu widmen, mit der Zeit zum Bewußtsein gekommen: Für eine Mutter, die von heiligem Verantwortlichkeitsgefühl beseelt ist, gibt es nur den einen Gedanken. In einer Erziehung, wie unser Gewissen, unsere Zeit sie fordern muß, »brauchen unsere Kinder mehr als ihre Mütter. Mehr auch als bestgeschulte, höchstgebildete und mit Zeit verschwenderisch versorgte Mütter. Eine ganz neue Organisation der Jugenderziehung wird notwendig.« Und so gelangt sie zu der Forderung des Tages- und Schulheims für alle Kinder von der zartesten Jugend an bis zum 18. Lebensjahr, zu der »weltlichen, modernen, freien Schule, wo die Kinder lernen, spielen, baden, Sport treiben, tagsüber essen, wo sie ihren Garten, ihre Bibliothek, ihre Werkstätten, ihre Tiere haben, wo sie unter Gleichaltrigen soziale Eingliederung und Gesinnung lernen«, und zwar unter Führung von »Organisatoren, Psychologen, Ärzten, Fachlehrern und Künstlern aller Art . . . , wo sie in eine strenge, nach vorwärts gerichtete Kulturgesinnung eingeführt werden«. Damit ergibt sich ganz von selbst die Nutzenwendung auf die Zukunft des weiblichen Geschlechts, der weiblichen Erziehung. Nicht weil die Pflichten der Hausmutter durch unsere industrielle Entwicklung zusammengeschrumpft sind, soll die Frau Berufsarbeiterin werden, wie die Frauenrechtlerinnen argumentieren. Nein, weil unser geschärftes Verantwortlichkeitsgefühl die Verpflichtungen der Mutter, Gattin und Hausfrau als zu schwere, als unausführbare empfindet. Dies ist der Inhalt des zweiten Buches Hulda Maurenbrechers Das Allzuweibliche, das auch in dieser Rundschau (1912 II, Seite 1009 ff.) ausführlich besprochen worden ist. Was sie hier fordert: das Tagesheim für Kinder bis zum 10. Lebensjahr, das Schulheim für die 10- bis 18jährigen und die Feierabendgemeinschaft für Eltern und Kinder im eigenen Heim, das

gedachte sie kurz vor Kriegsausbruch in der Umgebung von Darmstadt vorerst in kleinem Maßstab zu schaffen. Und in der Tat hätte eine solche Schöpfung von großer prinzipieller Bedeutung werden können. Denn das heutige Landerziehungsheim in seiner Abgeschlossenheit von der Stadt und mit der völligen Entfernung der Kinder aus dem Elternhaus stellt doch eben der allgemeinen Verbreitung einer derartigen Gemeinschaftserziehung unüberwindliche Hemmnisse in den Weg. Gerade diejenigen Eltern, die im Gefühl der eigenen Unzulänglichkeit und der Unzulänglichkeit ihrer äußeren Verhältnisse ihren Kindern eine Erziehung durch geschulte Pädagogen in ländlicher Umgebung angeeignen lassen, sie empfinden es tief schmerzlich sich ganz und gar von ihren Kindern trennen zu müssen und zu sehen, wie sie sich dadurch auch innerlich ihnen völlig entfremden. Für proletarische Kreise wird vielleicht der Krieg und seine Folgen sehr bald den Ansporn zur Gründung größerer Erziehungsgemeinschaften bilden. Aber auch für die bürgerliche Welt, deren Frauen durch Kriegsdienste vielfach zur Berufsarbeit gezwungen sein werden, wäre es dringend zu wünschen, daß der Gedanke kleinerer Erziehungsgemeinschaften in der Nähe großer Städte, wie er Hulda Maurenbrecher vorschwebte, von neuem aufgenommen und in die Wirklichkeit übertragen würde. Ansätze dazu bestehen ja hier und da schon in den Gartenstädten. Und im Interesse der Lösung unsener Bevölkerungsprobleme sollten auch der Staat und die Gemeinden derartige Gründungen fördern helfen. Die Frauenbewegung hat der mutigen und geistvollen Vorkämpferin dieser Idee viel zu verdanken.

**Gemeinschafts-** In die selbe Richtung wie  
**spaltung** die Bestrebungen Hulda Maurenbrechers gehen die Tendenzen auf Umgestaltung der Hauswirtschaft. Wer gewohnt ist historisch zu denken, kann unmöglich gerade das gegenwärtige Stadium unserer Hauswirtschaftsführung und unseres Familiendaseins als etwas Endgültiges betrachten. Haben sich doch in den letzten beiden Menschenaltern vor unseren Augen die folgenschwersten hauswirtschaftlich-technischen Umwälzungen vollzogen, die die Psychologie der Familie stark beeinflussen. Auch die rein häusliche Kindererziehung ist vielfach einer Erziehung in (privaten oder auch gemeinnützigen) Anstalten gewichen. Wenn im übrigen

ökonomische Veränderungen sich Generationen hindurch in gleicher Richtung vollziehen und die wirtschaftliche wie die geistige Verfassung einer Gesellschaft und damit auch der weiblichen Psyche von Grund aus umgestalten wie es die moderne weibliche Berufsarbeit getan hat, so gebietet die Notwendigkeit sich endlich einmal von der Auffassung loszumachen, als sei diese ganze Entwicklung nur Notstandsarbeit. Familienhafte Nahrungsversorgung im geschlossenen Einzelhaushalt, die in früheren Epochen der Menschheitsgeschichte die individuelle Nahrungssuche des Naturmenschen ablöste und den Untergrund bildete, auf dem sich höhere Gesittung aufbauen konnte, hat seit vielen Jahrhunderten an geistiger Bedeutung, in der Neuzeit auch an ökonomischer Berechtigung eingebüßt. Dennoch glaubt noch heute der größte Teil der bürgerlichen Gesellschaft, daß mit dem Verschwinden der Einzelküche der Familienzusammenhang und alles, was er uns an sittlichen, kulturellen und Gemütswerten gibt, zusammenstürzen müsse. Und wie stark auch der Krieg die Technik der Zentralisation der Nahrungsversorgung gefördert hat, stärker sind vorläufig noch die Kräfte, die sich einer dauernden Verwertung der errungenen Fortschritte, im Sinn einer neuen Heimkultur der Masse des Volkes, in den Weg stellen. Freilich, ein Teil der Frauen sonnt sich in der Wertschätzung, die durch den Einfluß der Kriegsnot ihre hausfrauertugenden, verdient oder unverdient, zuteil wird. Der Mann preist diese Tugenden in der Tat sehr hoch: unbewußt vielleicht mit dem Hintergedanken damit die Emanzipationsbestrebungen des weiblichen Geschlechts um so eher dämpfen zu können. Jedenfalls bildet die Emanzipationsgegnerschaft den psychologischen Untergrund für die neuerlichen übertriebenen Bestrebungen nach einer besseren Erziehung des weiblichen Geschlechts zur Erfüllung ihrer hausfraulichen Pflichten. Gewiß, für einen Teil der bürgerlichen Gesellschaft hat alles das zunächst allenfalls noch eine reale Bedeutung. Aber wenn man auch der proletarischen Frau immer wieder den Zusammenhang von häuslicher Kultur, von Ethik des Familienlebens mit dem Einzelkochtopf und dem selbstbereiteten Essen predigt, so zeugt das von einer gänzlichen Unkenntnis der Lebensbedingungen, die eine immer weitere Ausbreitung der weiblichen Berufsarbeit für die proletarische Familie zur Folge haben muß.

Wie sehr es selbst denjenigen Kreisen, die sich seit Jahrzehnten mit Problemen der Volksernährung beschäftigen, an einer vorurteilslosen Betrachtungsweise und an einem weitschauenden Blick für soziale Perspektiven mangelt, zeigt eine Beratung des Zentralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, die zu Beginn des 2. Kriegsjahrs in Berlin stattgefunden hat und deren Bericht unter dem Titel Volksernährung — Massen-speisung im Buchhandel erschienen ist (Berlin, Simion). Neben Fragen der Organisation und der Praxis der Massenspeisung behandelte diese Veranstaltung auch das Problem, ob man in dem heutigen Überwiegen der Kleinbetriebe, der äußersten Zersplitterung auf dem Gebiet der Nahrungsversorgung vielleicht doch eine innere ökonomische Notwendigkeit zu erblicken habe. Ob der Großbetrieb hier überhaupt so unbedingt rationell, praktisch und durchführbar sei: »Wäre er überlegen«, meinte der Hauptreferent der Versammlung, der Stadtrat und Leiter der Gesellschaft für Wohlfahrtseinrichtungen in Frankfurt am Main: Stein, »und könnten wir nachweisen, daß er das wäre, dann müßten wir unsere ganze Kraft darauf richten die Unsumme von zersplitterten Familien- und Wirtschaftsbetrieben durch konzentrierte Großbetriebe zu ersetzen.« Nun, schon die Existenz und die (auch in Friedenszeiten) dauernde Neugründung von Speisehallen mit zentralisierter und selbst mit dezentralisierter Verwaltung, die keineswegs mehr den Charakter von Wohltätigkeitsveranstaltungen tragen sondern nichts anderes sein wollen als wirtschaftlich sicher gegründete, in kaufmännischem Sinn geleitete Großbetriebe und für gutes Geld gute Leistungen bieten, zeugt jedenfalls davon, daß diese Einrichtungen sich rentieren. Und doch befindet sich diese ganze Bewegung nur erst im Zustand des Experimentierens. Auch die Referate der beiden Hauptredner jener Tagung sind nichts als ein Loblied auf das finanzielle Gedeihen und die trotz der Kriegsteuerung vorzüglichen Leistungen derjenigen Großbetriebe, deren Entwicklung und Verwaltung ihnen genau bekannt ist. Der Haupteinwand, den Stein dennoch gegen den Großbetrieb vorbringt: daß den beträchtlichen Ersparnissen im Einkauf, in der Verwaltung, an Arbeitskräften, in der Zubereitung der Speisen auf der andern Seite Großverluste gegenüberständen, so daß die Zentralisation der Nahrungsversorgung nicht zu vergleichen sei mit der Zen-

tralisation und Mechanisierung eines Fabrikbetriebs, wird doch durch die tatsächlich mögliche Rentabilität hin-fällig. Offenbar sind die Ersparnisse des Großbetriebs so enorm, daß sie die großen Verluste wettmachen.

Indes, selbst wenn eine zahlenmäßig nachzuweisende Verzinsung nicht vorhanden wäre, so brauchte damit noch keineswegs ein ungeheurer allgemeiner volkswirtschaftlicher Nutzen, also wirklich eine große Überlegenheit, ausgeschlossen zu sein. Und so wäre es selbst denkbar, daß öffentliche Organe, wie etwa Gemeinden oder Versicherungsanstalten, Organisationen zur zentralisierten Nahrungsversorgung ins Leben riefen oder förderten. In der Tat würden sich dem finanziellen Nutzen noch Riesengewinne an Frauenkraft, an besserer Erziehung der Jugend, an physischer und psychischer Ertüchtigung zugesellen. Wenn man bedenkt, daß im Deutschen Reich schon vor dem Krieg alljährlich 200 000 Kinder der Fürsorgeerziehung überwiesen werden mußten, daß beispielsweise in Preußen nur 20 bis 25 % aller Kinder beim Schuleintritt als normal entwickelt befunden werden, so kann man ermesen, wie dringend die proletarische Frau zunächst einmal einer Entlastung von häuslichen Pflichten rein äußerlicher Natur bedarf, um sich desto ungestörter der Erfüllung wahrer Kulturaufgaben widmen zu können, bis ihr diese eines Tages von größeren Gemeinschaften abgenommen werden können. Die Hemmnisse, die sich der praktischen Durchführung zentraler Betriebe entgegenstellen, und die Stein anführt: der Mangel an geschultem Personal, die Schwierigkeit einer Verteilung an die einzelnen Haushaltungen, die Unmöglichkeit den Geschmack der großen Masse des Volkes zu berücksichtigen, sind zum Teil nur Kinderkrankheiten der Bewegung, von denen die beiden ersten schon hier und da überwunden sind. Das ersieht man besonders aus dem Referat des Landtagsabgeordneten Paul Liepmann über die großartige Entwicklung der Berliner Volkskaffee- und Speisehallengesellschaft. Hier wird nicht nur die Rentabilität des immer mehr zentralisierten Großbetriebs zahlenmäßig dargelegt, sondern es werden auch (vielleicht unbeabsichtigt) sozialhygienische und soziale Schlußfolgerungen von großer Tragweite ermöglicht. Vor allem zeigt Liepmann, wie man in Berlin bestrebt ist den Verkauf über die Straße ganz bewußt und konsequent zu fördern, um den Familienzusammenhang nicht zu



lockern und der Familie, im eigenen Heim vereint, ein gutes, kräftiges Mahl zu bieten. Auch den Einwand, der so oft gegen den Großbetrieb ins Feld geführt wird: daß er den persönlichen Geschmack nicht berücksichtigen könne, entkräftet Liepmann, indem er zeigt, daß man, so paradox es auch klingen mag, gerade durch größere Zentralisation imstande sei die Speisenauswahl immer mehr zu erweitern, dem Einzelgeschmack immer mehr Rechnung zu tragen. Wenn es schon den eigenen Ausführungen Steins widerspricht, daß er alle Gedanken und Träume von einer Befreiung der Frau durch Zentralküchen, vom Einküchenhaus bis zu großen Volksküchen, als »Sonntagsnachmittagsplaudereien« hinstellt, so widerspricht es ganz gewiß den streng sachlichen Ausführungen Liepmanns.

Die Diskussion, die sich an die beiden Vorträge anschloß, war insofern charakteristisch, als, wie bei so vielen derartigen Beratungen zum Wohl des Volkes, auch hier wieder eine unkritische Übertragung bürgerlicher Ideale auf die proletarische Welt zutage trat. Nur einer der Diskussionsredner, Bornstein /Leipzig/, stellte sich rückhaltlos auf den Standpunkt der Gemeinschaftsküchen, wie sie jetzt in einer besondern Form, nämlich durch Heranziehung des Wirtsgewerbes, in Leipzig von der Gesellschaft für Sozialreform gefördert werden. Von einigen Rednern wurde betont, daß das Volk, besonders die höherstehenden Arbeiterschichten, eine Abneigung gegen alle Massenspeisungen hätten. Diese Abneigung dürfte wohl daher stammen, daß die Volksspeiseanstalten ursprünglich karitative Zwecke verfolgten (wie auch jetzt wieder ein großer Teil der Kriegsrundungen), könnte also mit der Zeit verschwinden. Wichtig ist in dieser Hinsicht, was der katholische Arbeitersekretär Josef Becker anführte: daß diese Abneigung sofort aufhört, wenn zwischen der Veranstaltung und den Besuchern ein geistiger Zusammenhang besteht, wie in den katholischen Gesellenhäusern. Noch sicherer und schneller würde sie überwunden werden, wenn das Proletariat auch in der Zentralisation der Nahrungsversorgung zur Selbsthilfe schritte und die Organisation und Verwaltung zentralisierter Betriebe in die Hand nähme. In dieser Richtung ist jedenfalls die Zukunft der Nahrungsversorgung des Volkes zu erblicken. Schon in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts sahen die Begründer der ersten Baugenossen-

schaften, Huber und Lette, in den Wohngemeinschaften der Arbeiter den Keim, aus dem sich einst Erziehungs- und Kulturgemeinschaften entwickeln sollten. Und neuerdings entwirft Paul Natorp in seiner Sozialpädagogik den Plan zu ähnlichen Organisationen auf der Basis der Selbsthilfe des Volkes. Alle derartigen Gemeinschaften setzen natürlich eine Gemeinsamkeit der Nahrungsversorgung voraus. Mit ihrer Hilfe wäre auch um so leichter das Ideal Max Rubners und anderer Sozialhygieniker zu verwirklichen: nämlich eine zentrale Leitung des ganzen Volksernährungswesens auf wissenschaftlicher Grundlage.

Kurze Chronik Nachdem Anfang Dezember im englischen Unterhaus die Wahlrechtsvorlage

in 3. Lesung angenommen worden war, die auch den Frauen vom 30. Lebensjahr aufwärts das Wahlrecht zubilligt, hat nun zu Beginn des neuen Jahres das Oberhaus mit 134 gegen 69 Stimmen diesem Teil der Gesetzesvorlage zugestimmt. Die Männer in England besitzen allerdings das Wahlrecht schon vom vollendeten 21. Lebensjahr an. ◊ Kurz vor Weihnachten fand eine Versammlung der Großberliner Ortsgruppen für Frauenstimmrecht statt, in der zum erstenmal sozialdemokratische und bürgerliche Frauen vereint für das gleiche Ziel eintraten. Die Hauptreferate hielten Wally Zepler, Regine Deutsch und Minna Cauer. Es wurde eine Resolution angenommen, die dagegen protestierte, daß in der Wahlrechtsvorlage für Preußen und bei der 1. Lesung der Vorlage im Abgeordnetenhaus die Frauenforderungen keine Beachtung gefunden hatten; auf Grund ihrer Arbeitsleistungen auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens sollten den Frauen die gleichen Rechte wie den Männern eingeräumt werden. ◊ Eine nach Tausenden zählende Versammlung polnischer Frauen, die am 8. Dezember 1917 in Warschau tagte, verlangte, daß im Interesse des polnischen Volkes und des Staates den Frauen vollständige politische Gleichberechtigung mit den Männern gewährt werden solle. Ferner wurde beschlossen eine Organisation zu schaffen, um die Frauen zum politischen Kampf zusammenzuschließen. Diese politischen Forderungen erhalten in Polen besonders Nachdruck durch die Tatsache, daß sie in Rußland von der Revolution des Jahres 1917 sofort restlos verwirklicht wurden. ◊ Durch eine Verfügung des Reichspostamts ist vom 1. Januar ab

die Anstellung der Post- und Telegraphengehilfinnen, die bisher nur auf Kündigung erfolgte, nach einer Gesamtdienstzeit von 15 Jahren in eine unkündbare umgewandelt worden (bei Männern ist dies nach ungefähr 9 Jahren möglich). Dabei bleibt allerdings immer noch der Vorbehalt, daß im Fall der Verheiratung das Dienstverhältnis mit dem Tag der Eheschließung ohne weiteres seinen Abschluß findet. ◊ Die Synode Basel Stadt hat den Frauen das Kirchenwahlrecht verliehen. ◊ An der Mailänder Universität wurde eine Frau, Lavinia Mazzuchetti, als Privatdozentin für deutsche Sprache und Literatur zugelassen. ◊ Die türkischen Frauen arbeiten gegenwärtig überall neben den Männern in den Schulen, den Bureaus der Ministerien und den öffentlichen Instituten. Schrittweise haben sie sich den Weg zu den ihnen bisher verschlossenen Gebieten gebahnt. Nunmehr hat die Philosophische Fakultät der Universität Konstantinopel beschlossen die öffentlichen Vorträge den Frauen zugänglich zu machen. ◊ Ende November hat eine Eingabe an das preussische Abgeordnetenhaus die Gründung einer Kunstakademie für Frauen in Düsseldorf angeregt, und der Ausschuß hat sie nach einer Beratung der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Mit der Gründung einer solchen Anstalt wäre der Zulassung der Frauen zu allen Akademien fürs erste ein Riegel vorgeschoben.

**Literatur** Daß im Grunde genommen die proletarische Frau trotz ihrer geringern Allgemeinbildung schon vor dem Krieg mehr als die bürgerliche über die Probleme des Zusammenhangs der individuellen Hauswirtschaft mit der Volkswirtschaft aufgeklärt war, zeigt das kleine Buch des Bonner Professors Willy Wygodzinski *Die Hausfrau und die Volkswirtschaft* /Tübingen, Mohr/. Sicher wird es der bürgerlichen Hausfrau eine Fülle von Belehrung über ihre Pflichten als Verwalterin des Konsums während des Krieges und in der künftigen Friedenszeit bringen, während die Frau der Arbeiterklasse darin wenig Neues finden dürfte, da sie durch die konsumgenossenschaftliche Literatur sehr viel gründlicher über die Bedeutung der Führung des Einzelhaushalts mit Rücksicht auf Volkswirtschaft und Sozialpolitik unterrichtet ist. Sonderbar vor allem berührt es, daß in diesem Büchlein von 80 Seiten nur 4 bis 5 Seiten

den Konsumgenossenschaften gewidmet sind, obwohl diese doch zum größten Teil schon alle die dringenden Aufgaben erfüllen, die der Verfasser in den vorhergehenden Abschnitten behandelt: zum Beispiel die Verbreitung der Warenkunde unter den Hausfrauen, die Zentralisierung der Lebensmitteluntersuchung, den Kampf gegen das Borgwesen usw. In dem Abschnitt Die Organisation der Hausfrauen hätten doch vor allem die Verdienste der Konsumgenossenschaften im Hinblick auf Einzelhaushalt, Volkswirtschaft und Sozialpolitik sehr viel energischer hervorgehoben werden müssen, zumal die bürgerliche Frauenbewegung über die Konsumgenossenschaftsbewegung sich noch in großer Unkenntnis befindet. Wenn der Verfasser selbst zugibt, daß sich die Tätigkeit der Konsumvereine während des Krieges in hellem Licht gezeigt habe, so sollte er doch selbst dazu beitragen die bürgerlichen Hausfrauen den Konsumgenossenschaften geneigter zu machen, anstatt zur Gründung neuer Organisationen anzuregen.

## WISSENSCHAFT

### Biologie / Adoli Koelsch

**Geschlechterverhältnis** Die ideale Forderung, daß auf 100 Männchen ebenso viele Weibchen kommen, scheint in der Natur nirgends erfüllt zu sein, zumeist aus Gründen, die wir noch in keiner Hinsicht durchschauen. Nur so viel scheint ausgemacht, daß weder der Männchen- noch der Weibchenüberschuß, wo er als regelmäßiges und bestimmendes Merkmal bestimmter Arten erscheint, sich auf Ursachen zurückführen läßt, die innerhalb der Gesamtlebewelt die nämlichen wären. Für Sardine und Schwein wurde bei vielen Zählungen immer wieder annähernd der gleiche Männchenüberschuß festgestellt; es kommen auf 100 Weibchen etwa 115 Männchen. Ebenso hat man bei Dorsch und Sperber einen regelmäßigen Weibchenüberschuß ausgezählt; es sind im Durchschnitt 75 Männchen auf 100 Weibchen vorhanden. Aber es wäre irrig anzunehmen, dieses konstante Geschlechterverhältnis werde durch die selben Faktoren bewirkt. Die Lebenskreise von Sardine und Schwein auf der einen Seite, ihre Konstitution, ihre Umwelt, die Bedingungen, unter denen sie gezeugt werden und sich selbst wieder zur Fortpflanzungsreife entwickeln, sind zu unvergleichbar, als daß sich ein gemein-

sames, die Geschlechterzahl bestimmendes Gesetz ableiten oder nur ausdenken ließe. Dagegen ist die Vorstellung nicht abzuweisen, daß innerhalb einer größeren Gruppe von ähnlicher Organisation und ähnlicher Lebensweise wohl auch die gleichen Einflüsse darüber entscheiden, ob eine bestimmte Art ihr Fortpflanzungsgeschäft regelmäßig mit einem Männchen- oder Weibchenüberschuß abschließt.

Eine solche Gruppe ist die der Vögel. Und für sie scheint nun tatsächlich von dem bekannten deutschen Vogelforscher Otto Freiherrn von Lucanus etwas wie ein Prinzip entdeckt worden zu sein, das das numerische Verhältnis der Geschlechter in seinen sehr extremen Ausmaßen regelt. In der Natur hat man bisher recht verschiedene, für die einzelnen Arten aber ziemlich feststehende Zahlenwerte gefunden. Zum Beispiel hat man bemerkt, daß bei der Waldohreule auf 100 Weibchen durchschnittlich 115 Männchen vorhanden sind. Beim Mäusebussard wurden 125, beim Eichelhäher 157 Männchen auf 100 Weibchen gezählt. Bei Habicht, Sperber, Milan und Wanderfalke dagegen schlägt das Verhältnis in sein Gegenteil um, indem regelmäßig mehr Weibchen als Männchen eingebracht werden, während von Lerche und Turmfalke der Idealzustand von zahlenmäßiger Geschlechtergleichheit annähernd vollkommen verwirklicht ist. Freiherr von Lucanus hat nun, wie er im Journal für Ornithologie mitteilt, bei Untersuchung einer größeren Anzahl von vollzähligen Bruten einheimischer Kleinvögel und Spechte die Beobachtung gemacht, daß in Nestern erster Brut das Geschlechterverhältnis ein ganz anderes ist als in solchen zweiter Brut, und zwar bei den gleichen Tieren. Nachkommenschaften erster Brut wiesen eine Mehrzahl von Weibchen auf oder bestanden überhaupt nur aus Weibchen, Nachkommenschaften zweiter Brut hatten die Männchen in Überzahl. Was mag schuld daran sein, daß sich von der ersten zur zweiten Brut das Geschlechterverhältnis so sehr zugunsten der Männchen verschiebt?

Lucanus macht darauf aufmerksam, daß nach den neuesten Befunden der Biologen anscheinend bei allen Tieren zweierlei Arten von Eizellen und Samenfäden hervorgebracht werden, von denen die eine im Zellkern eine sogenannte Chromosomenschleife mehr als die andere besitzt. Aus dem reicher ausgestatteten Keimzellentypus gehen weibliche, aus dem ärmer ausgestatteten männliche

Tiere hervor. Zur Erzeugung weiblicher Nachkommenschaft, meint Lucanus, gehöre also offenbar mehr Kraft und Stoff als zum Aufbau des männlichen Typus, man könne daher wohl annehmen, daß die Körperbeschaffenheit der Eltern nicht ohne Einfluß auf das Geschlecht der Nachkommenschaft sei, und zwar in dem Sinn, daß von den physisch kräftigsten Tieren auch die größere Weibchenzahl hervorgebracht werde. Nun ist das gleich bekanntlich auch schon von anderer Seite behauptet worden. Aber kann man denn wirklich mit gutem Gewissen sagen, daß im Frühling, wenn zur Anlage der ersten Bruten geschritten wird, die Vogelkörper sich auf dem Höhepunkt physischer Kraftentfaltung befinden? Doch wohl kaum. Die Vögel haben entweder die lange nordische Winterszeit hinter sich, die für sie alle eine Zeit der Entbehrung bedeutet, oder sie kehren auf langen Wanderungen aus wärmeren Gebieten zurück. Sie sind, wie jeder Jäger bestätigen kann, daher auch im Frühjahr im Fleisch ziemlich leicht, viel leichter als etwa im Herbst; man braucht nur einmal Tauben, Enten oder Schnepfen geschossen zu haben, um das zu wissen. Von einem Höhepunkt der allgemeinen physischen Kräfte im Frühjahr zu sprechen ist also keineswegs angebracht. Dagegen wird man mit Vergnügen zugeben, daß die erotische Kraft und das subjektive Lebensgefühl nie stärker sind als im Lenz, wenn die Tiere zur Paarung und ersten Begattung schreiten. Diese erotische Kraft mag später herabgesetzt sein, und diese Herabsetzung mag mit den Anstrengungen, denen der Vogelkörper durch das Brutgeschäft und die Aufzucht der Jungen ausgesetzt ist, zusammenwirken, daß bei der zweiten Brut die weibliche Tendenz der Keimzellen gegenüber der männlichen in Nachteil gerät. Jedenfalls müßten, wenn die erotische Kraft, mit der die Eltern zur Zeugung schreiten, nur den geringsten Einfluß auf die Geschlechtsbestimmung besitzen kann, Vogelarten, die nur einmal im Jahr brüten, eine erhebliche Weibchenüberzahl gegenüber den 2- oder gar 3mal brütenden Arten aufweisen. Merkwürdigerweise stimmt das für viele Arten, über deren Geschlechterverhältnis in der freien Natur wir unterrichtet sind. Habicht, Sperber, Milan und Wanderfalke, die Einmalbrüter, haben überzählige Weibchen. Turmfalke, Mäusebussard und Lerche, die Tiere mit überschüssigen Männchen oder Geschlechtergleichzahl, ziehen gewöhnlich 2 Bruten groß, während der

Eichelhäher nebst anderen Zweimalbrütern seinen beträchtlichen Männchenüberschuß vielleicht dem Umstand verdankt, daß die ersten Gelege vielfach der Vernichtung durch Räuber oder Wetterungunst verfallen. Danach würde also doch in der Theorie des genannten Vogelforschers eine Hypothese vorliegen, mit der sich anscheinend arbeiten läßt, wenn man an passender Stelle die nötigen Korrekturen anbringt.

**Erdgeruch** Aus frischgepflügtem Ackerland und frischumgegrabene[n] Gartenboden schlägt uns, besonders nach ergiebiger Benetzung des vorher besonnten Bodens, ein warmer, lieblicher, schwerer, ein wenig säuerlicher und aufreizender Duft entgegen, den jeder Landbewohner unter dem Namen Erdgeruch kennt. In älteren Werken der Agrikulturchemie konnte man lesen, er rühre von langsam verwesenden Bodensubstanzen her, von gewissen schwer definierbaren Verbindungen, die beim Fäulnisprozeß in Berührung mit der mineralischen Ackererde entstehen. Durch Lockerung des Bodens würden sie heraufgeschafft und begännen zu riechen, sobald sie sich im Dunstkreis der feuchtigkeitsgesättigten Luft vermüchtigen können. Nach neueren Untersuchungen von Rullmann, Jensen und Münter, die in den Naturwissenschaften angezeigt werden, stimmt das aber nicht. Weder der Boden, noch die in ihm zerfallenden Substanzen organischer Herkunft produzieren den Erdgeruch, sondern seine Erzeuger sind gewisse **Bodenpilze** aus der Gruppe der Fadenbakterien, und es sind besonders zwei Arten, *Streptothrix odorifera* und *alba*, durch deren Tätigkeit er entsteht. Der sichere Nachweis wurde dadurch erbracht, daß es gelang die betreffenden Kleinorganismen aus dem Erdboden zu isolieren und im Laboratorium auf den verschiedenartigsten unmineralischen Nährböden zu züchten. Sie bauten alle diese Stoffe (Erbsenbrei, Fleischbrühe, Milch usw.) unter Entwicklung des typischen Erdgeruchs ab. Der Riechstoff konnte in flüssiger Form gewonnen werden.

**Totenliste** Im Feld verstarb der außerordentliche Professor für Geologie und Paläontologie an der Universität Freiburg **Karl Deninger**. Er ist 40 Jahre alt geworden. Der ehemalige Professor für Geographie **Johann Justus Rein** ist 83jährig in Bonn gestorben, wo er über ein Menschenalter an der Universität gewirkt

hat. Aus Mittelschullehrerkreisen hervorgegangen, Hesse von Geburt, veröffentlichte er nach einer im Auftrag der preußischen Regierung zwischen 1873 und 1875 unternommenen Studienreise ein sehr bedeutendes Werk über Japans Handel, Industrie und Kunstgewerbe. Später brachte er Arbeiten zur allgemeinen Erdkunde heraus. Für Scobels Geographisches Handbuch bearbeitete er **Asien**. In Stuttgart starb Mitte Januar der Professor **Kurt Lampert**, Vorstand der staatlichen Naturaliensammlung, im Alter von 59 Jahren. Sein volkstümliches Buch über die Lebewelt des Süßwassers ist in viele Hände gelangt.

Im Alter von 52 Jahren starb in Wien der Direktor der Tierphysiologischen Versuchsstation der Universität Budapest Professor **Franz Tangl**. Sein Hauptarbeitsgebiet war das Studium der Leistungsweise der inneren Drüsen. Der Ordinarius der Anatomie in Leipzig **Karl Rabl**, der April dieses Jahres von seinem Lehramt zurücktreten wollte, ist nach längerem Leiden in seinem 64. Lebensjahr gestorben. Sein Forschungsgebiet war vornehmlich die Entwicklungsgeschichte der Bedingungen und Erscheinungsformen der Tiere. Auch über die Entwicklung einzelner Organe stellte er vergleichende Untersuchungen an.

**Kurze Chronik** Aus dem Nachlaß des vor 2 Jahren verstorbenen Breslauer Anthropologen **Hermann Klaatsch** (siehe diese Rundschau, 1916 I. Seite 235 f.) werden demnächst ein großes Reisewerk über Australien und eine Arbeit über die Schädelknochen des fossilen Menschen vom Hohlen Fels herausgebracht werden. ◊ Daß Fische, ohne selbst Schaden zu nehmen, zur Herberge von Typhus-, Cholera- und Pestbazillen werden können, ist seit den Untersuchungen Fürths bekannt. **Fischgenuß** kann unter diesen Umständen auch zur Übertragung jener Krankheiten auf den Menschen führen, jedoch nur, wie von Kister und Goethgens neuerdings in den Blättern für Volksgesundheitspflege mitgeteilt wird, wenn die Tiere einem ungenügenden Koch- oder Backprozeß unterworfen werden. Aus genügend gekochten oder gebratenen Fischen waren in keinem Fall lebende Keime mehr zu erhalten. ◊ In der Münchener Medizinischen Wochenschrift berichtete der Breslauer Chirurg **H. Küttner** über gelungene Verpflanzungsversuche von Affenknochen in Menschenleiber und ihre dauernde Einheilung in den Körper.

## Literatur

Von Richard Demoll, der kürzlich ein sehr aufschlußreiches Buch über die Sinnesorgane der Arthropoden veröffentlicht hat /Braunschweig, Vieweg/, wurde im Biologischen Zentralblatt die Frage zu beantworten versucht, warum denn viele Insekten zwar regelmäßig ins Licht, nicht aber in die Sonne fliegen. Auf Grund seiner Versuche kommt Demoll zu der Überzeugung, daß Vorbedingung für einen normalen Flug, bei dem das Tier sich bewegen kann wohin es will, die Fähigkeit ist die Umgebung, in der es sich befindet, überhaupt zu erkennen. Das ist nicht mehr der Fall, wenn ein Schmetterling oder eines jener zahlreichen anderen Insekten, die man nachts bis zur Erschöpfung um Lampen herumtanzen oder sich auch regelrecht ins Feuer stürzen sieht, durch Zufall dem Licht so nahe gekommen sind, daß sie geblendet werden. Ihr Sehorgan ist dann derart geschädigt, daß sie jedes Unterscheidungsvermögen für ihre Umgebung verlieren, sie und alles in ihr liegt für sie völlig im Dunkel, und sie wenden sich instinktgemäß dem einzigen Ort zu, wo es noch hell für sie ist, eben dem Licht, von dem sie nicht mehr loskommen können. In Übereinstimmung damit zeigen Schmetterlinge der selben Art, die in einem Dunkelzimmer mit Lampe losgelassen werden, ein sehr verschiedenes Verhalten. Sie zerstreuen sich im Zimmer und sitzen irgendwo ob. Diejenigen Tiere aber, die man vorher ans Licht gebracht und gezwungen hat eine Weile hinein zu sehen, stürzen sofort auf die Lampe zu, und es gelingt ihnen nicht mehr sich von ihr zu entfernen. Damit ist auch erklärt, warum sie nicht in die Sonne fliegen. Ihre Umgebung liegt ja im günstigsten Licht, im stärksten Licht, das sie überhaupt haben kann, und die Sonne hat für sie infolgedessen so wenig Anziehungskraft wie eine sehr helle elektrische Lampe, die in einem taghellen Zimmer brennt.

Rechtswissenschaft / Hugo Heinemann

Vor kurzem ist eine neue Vereinigung, die Deutsche Gesellschaft für soziales Recht, ins Leben getreten. Ihr Programm ist in dem Gründungsaufruf niedergelegt, der mit folgenden Worten beginnt: »Das Rechtswesen ist von den großen geistigen Strömungen der letzten Jahrzehnte im wesentlichen unberührt geblieben. Es stand, während sich der Schwerpunkt überall von den begriff-

lichen Zusammenhängen in das Geschehen selber verschob, den Triebkräften der Rechtsentwicklung bis in die jüngste Zeit verständnislos gegenüber. Erst das große Erleben der Gegenwart hat auch hier die Macht der Tatsachen zum Bewußtsein gebracht. Damit ist die Rechtsreform aus einem Gegenstande juristischer Kleinarbeit zu der sozialen Aufgabe ausgewachsen: die immanenten Gesetze des Rechtslebens selber in den Staatsgesetzen und ihrer Anwendung zum Ausdruck zu bringen.«

Hier stocke ich schon. Ist es wirklich die Hinneigung zur begrifflich-konstruktiven Methode gewesen, die unsere Gesetzgebung daran gehindert hat die im Volk lebenden sozialen Gedanken zu verwirklichen? Ganz gewiß nicht. Die Gesetzgebung stand diesen Gedanken nicht verständnislos, sondern bewußt feindlich gegenüber, sie wollte diese Forderungen nicht verwirklichen, weil sie den vermeintlichen Interessen der besitzenden Klassen nachteilig sind. Nehmen wir ein Beispiel. Auf dem die Lebenshaltung des größten Teils des deutschen Volkes regelnden Gebiet des Arbeitsvertrags steht unsere Gesetzgebung noch immer auf dem Standpunkt des individuellen Arbeitsvertrags. Für sie gibt es auch heute nur noch den alten patriarchalischen Meister, der mit seinen Gesellen den auf individuelle Verhältnisse zugeschnittenen Arbeitsvertrag schließt. Dieser regelt sich ausschließlich nach den Grundsätzen des Privatrechts. Ob A. mit Börsenpapieren spekuliert oder sich ein Haus kauft oder einen Arbeiter in Dienst nimmt, verschlägt nichts. Die geheiligten Normen des Privatrechts finden Anwendung. Daß es im gewerblichen Großbetrieb in Wahrheit keinen individuellen Arbeitsvertrag gibt, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse es sind, die seinen Inhalt unabhängig von dem Willen der einzelnen bestimmen, weiß unsere Gesetzgebung nicht. Diese Unkenntnis aber ist nur scheinbar. Unsere Gesetzgebung war nicht so naiv, wie dies die Gesellschaft für soziales Recht annimmt, daß sie den Wald des wirklichen Lebens vor lauter Dogmen nicht sah. Sie fürchtete vielmehr die materiellen Grundlagen der heutigen Gesellschaftsordnung zu zerstören, wenn sie den Gedanken des kollektiven Arbeitsvertrags anerkannte und daraus die Konsequenzen zog. Hieraus resultierte die Abneigung gegen den Tarifvertrag, der Versuch, durch Gefängnisstrafen den gewerkschaftlich organi-

sierten Arbeitern Ehr- und Solidaritätsgefühl auszutreiben, die scharfe Scheidung zwischen privat- und öffentlich-rechtlichen Normen usw. Unsere Gesetzgebung ist sich durchaus klar darüber gewesen, daß die Lehre des historischen Materialismus vom juristischen Überbau, der sich über den Produktionsverhältnissen erhebt, nur eine Seite des Problems erklärt, daß auf der andern Seite Bestehen und Gestaltung eines Gesetzes oft selbst wieder die Ursachen ökonomischer Erscheinungen sind, und daß das stabile, Änderungen nur schwer zugängliche staatliche Recht vielfach den Hemmschuh für das längst darüber hinausgewachsene soziale Recht bildet. Weil man nun die Verwirklichung dieses sozialen Rechts wie das Feuer scheute, bediente man sich des staatlichen Rechts ganz konsequent und bewußt, um das ökonomische Leben nach bestimmter Richtung hin zu beeinflussen.

Daher ist es auch weiter grundfalsch, wenn die Deutsche Gesellschaft für soziales Recht von der Verwirklichung ihrer Grundsätze »die energische Betätigung des Volkes an der Gesetzgebung« erhofft. Die Verhandlungen der zurzeit tagenden Wahlrechtskommission des Preußischen Abgeordnetenhauses beweisen wohl zur Genüge, daß es rein politische Gesichtspunkte und Machtfragen sind, die darüber entscheiden, ob das Volk an der Gesetzgebung mitarbeiten darf oder nicht. Der Jurist als solcher scheidet hier vollkommen aus. Und rein politische Machtfragen sind es, die darüber entscheiden werden, ob die Tatsachen und Erfahrungen des Weltkriegs eine Umgestaltung der Gesetzgebung erzwingen werden. Die juristische Neuorientierung vermag darauf auch nicht den geringsten Einfluß zu üben. Weiter wendet sich der Aufruf an den Richter. Hier heißt es: »Dem Richter werden in dem lebendigen Rechte und seinen Entwicklungstendenzen neue Erkenntnisquellen erschlossen sein, die ihn auf die unmittelbare Gemeinschaftsarbeit mit dem Volke in den Richterkollegien hinweisen. Solche Aufgaben bedingen eine auf dem praktischen Rechtsleben aufgebaute Vorbildung der Juristen. Endlich wird sich auch das Prozeßverfahren vereinfachen, wenn der Blick überall auf das Praktische sich richtet und wenn damit die Unwirtschaftlichkeit aller lediglich formalen Arbeit zum Bewußtsein kommt.« Diesen Punkt hat der Vorsitzende der

Gesellschaft, der Bielefelder Richter Alfred Bozi, jüngst eingehend in den Sozialistischen Monatsheften behandelt (Justizreform von innen heraus, 1917 III, Seite 1228 ff.). Er wünscht, daß der Richter neben dem Gesetz aus dem lebenden Recht als einer Rechtsquelle unmittelbar schöpfe oder, wie es die schweizerische Jurisprudenz fordert, daß das Gesetz nicht aus der Zeit seines Erlasses sondern seiner Anwendung auszulegen sei. Diesen Gedanken muß ich aber bekämpfen. Ohne weiteres wird man der Gesellschaft für soziales Recht darin beistimmen, daß das juristische Studium aus einem formal juristischen in ein sozialwissenschaftliches umzubilden sei. Wenn diese Methode die Persönlichkeiten unserer Richter vollkommen verändert hat, so werden wir dem Postulat der Gesellschaft gern zustimmen. Solange dies aber nicht der Fall ist, brauchen wir lediglich den gesetzestreuen Richter und können nicht dulden, daß die Freiheit des Bürgers unter dem schillernden Schlagwort der Erweiterung des richterlichen Ermessens begraben werde. Auf absehbare Zeit hinaus wird das bindende Gesetz der Willkür, in welcher Form sie auch immer auftritt, vorzuziehen sein. Und auch die strengen Formen des Gesetzes haben ihren sehr guten Sinn. Denn in den meisten Fällen wird ein Fehler im Verfahren auch materiell ein ungerechtes Urteil im Gefolge haben. Werfen wir nur einen kurzen Blick auf das Grundrecht der arbeitenden Bevölkerung: das Koalitionsrecht. Der von Bozi gepriesene Grundsatz der schweizerischen Jurisprudenz, daß das Gesetz nicht aus der Zeit seines Erlasses sondern seiner Anwendung auszulegen sei, war es, der das Koalitionsrecht der Arbeiter illusorisch gemacht hat. Man folgerte, daß der Gesetzgeber, als er den Nötigungsparagraphen schuf, nur an den Zwang von Person zu Person gedacht habe, während der eigentliche wirtschaftliche Zwang heute von dem in Verbänden und Organisationen sich verkörpernden Gesamtwillen der Berufsgenossen ausgeübt werde. Dieser Entwicklung müsse das Gesetz, wenn es richtig ausgelegt werde, folgen. Daher die maß- und ziellose Ausdehnung des Erpressungs-, des Groben Unfalls-Paragraphen, des § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs auf den Boykott, des § 153 der Gewerbeordnung, der sich seinem Wortlaut nach nur auf einen konkreten Streik bezieht, auf die Organisation als solche. Zwar spreche

so sagen unsere Gerichte, der § 153 nur von Verabredungen, nicht von Vereinigungen, aber offenbar habe der Gesetzgeber dieses Wort hinzuzufügen nur vergessen, und die Zeit der Anwendung des Gesetzes mache es notwendig dieses Vergessene nachzuholen. Damit ist in Wahrheit ein neues Strafgesetz geschaffen und der Eckstein der bürgerlichen Freiheit, der auch durch die Verfassungsurkunden gewährleistetete Grundsatz »Keine Strafe ohne Gesetz« außer Kraft gesetzt. Diese Spuren schrecken und, so sehr wir mit der Deutschen Gesellschaft für soziales Recht in der Forderung einer bessern sozialen Vorbildung der Richter einverstanden sind, die daraus von der Gesellschaft gezogenen Konsequenzen wollen wir vertragen, bis dereinst nach vielen Jahrzehnten diese nützliche Erziehungsarbeit vollendet ist. Völlig zugestimmt werden muß dem, was die Gesellschaft an unserer Rechtswissenschaft tadelt. Sie soll sich aus einer Wissenschaft der Rechtsregeln zu einer Sozialwissenschaft ausbilden, die an dem Maßstab des Rechtslebens die Gesetze auf ihre Abänderungsbedürftigkeit hin nachprüft und dem Gesetzgeber aufkeimende Rechtsgedanken in juristischer Formulierung darbietet. In der Tat liegt bei uns die Rechtswissenschaft erschreckend darnieder. Sie sieht ihre einzige Aufgabe in der Erfassung und Durchdringung desjenigen Rechtsstoffs, der seinen Niederschlag bereits in dem Druckbogen des Reichsgesetzblatts gefunden hat und sie versagt, wo es gilt die rechtlichen Formen für die vorwärts strebenden sozialen Gedanken des modernen Lebens zu entwickeln. Selbstverständlich ist diese Erscheinung kein Zufall. Sie hängt mit unserm ganzen politischen Sein zusammen. Die Obrigkeitsregierung bestimmt nach ihrem weisen Ermessen die Struktur des Gemeinlebens. Diesen herrschenden Willen zu erforschen und ihm sodann zu gehorchen genügt für den zukünftigen korrekten Beamten. Deshalb geht, wie Sinzheimer in seiner neuesten Schrift über den Tarifvertrag (Ein Arbeitstatistengesetz / Leipzig, Duncker & Humblot/, 1916, Seite 4 und 5) treffend sagt, »die Welt des Juristen in dem Bilde auf, welches das bestehende Recht entwirft. Dieser Anschauung ist das soziale Leben kein Problem mit eigenen Wegen zur Lösung. Soweit es einmal Problem war, hat es in der bestehenden Ordnung seine Lösung gefunden, die zu erkennen die einzige Aufgabe ist.« Und das Be-

dauerliche ist, daß der juristische Professor sich dieser seiner Beschränktheit nicht einmal bewußt ist. Seine Borniertheit erscheint ihm als Tugend, und er glaubt eine echt wissenschaftliche Tat vollführt zu haben, wenn er die Rechtspolitik aus dem Tempel der Wissenschaft hinausjagt. Es ist natürlich, daß das soziale Leben über diese hochmütige Impotenz lächelnd hinweggeschritten ist. Verzichtet die Rechtswissenschaft darauf sich an der rechtlichen Gestaltung neuer Lebensformen zu beteiligen, so störte man sie in dieser selbstgewählten Entscheidung nicht. Die sozialen Kräfte bahnten sich selbst ihren Weg. Das Programm der neuen Gesellschaft nennt zum Schluß eine Reihe von Einzelforderungen, so die Einführung von Schlichtungsämtern und Schiedsgerichten, um Prozesse zu vermeiden und abzukürzen, ein Gedanke, vor dessen Überspannung jüngst Geheimrat Heilberg /Breslau/ in der Berliner Juristischen Gesellschaft mit treffsichersten Argumenten gewarnt hat. Ferner wird Ersetzung von Strafmaßregeln in einem weitem Umfang durch Erziehungsmaßregeln verlangt, eine Maßnahme, die gut ist, immerhin einige beklagenswerte Symptome beseitigen kann, seit Jahrzehnten von der Internationalen kriminalistischen Vereinigung unter Sammlung und Sichtung des ganzen in Frage kommenden Materials vertreten wurde und daher wissenschaftlich wohl als erledigt angesehen werden kann.

**Strafrechtsreform**      Eins der hervorragendsten Mitglieder der Strafrechtskommission, der Ministerialrat K. Meyer /München/, schreibt in der Deutschen Juristenzeitung vom 1. Januar 1918, daß der Strafgesetzentwurf nach dem Krieg überprüft werden müsse: »Die Erfahrungen des Krieges sind in Betracht zu ziehen, die politischen Tatbestände darauf zu prüfen, ob sie in Voraussetzung und Gestaltung den veränderten politischen Verhältnissen noch entsprechen.« Jedoch werde sofort nach dem Friedensschluß erwogen werden müssen, was von den Vorschlägen der Strafrechtskommission, die viel edles Metall enthielten, in das neue Strafgesetzbuch zu übernehmen sei. Der Verfasser schließt mit den Worten: »Ich möchte nicht, daß unsere Arbeit verlorene Liebesmühe gewesen ist, daß der Entwurf veraltetes und schätzbares Material zur gelegentlichen gesetzgeberischen Ausbeute werden würde. Er ist

von allen Strafgesetzentwürfen der modernsten; er muß nur den Kriegereignissen und den Verhältnissen der Zwischenzeit, insbesondere der Kriegsgesetzgebung möglichst angeglichen werden. Es wird dann verhütet, daß der Reformentwurf gewissermaßen in der Vorbereitung veraltet und unser Volk noch viele Jahre auf ein neues, den neuzeitlichen Errungenschaften entsprechendes Strafgesetzbuch warten muß.

Diesen Worten ist auf das schärfste zu widersprechen. Der Strafgesetzentwurf ist ein so durch und durch reaktionäres, kleinlich-bureaukratisches, volksfeindliches, sozialpolitisch verständnisloses Werk, daß dieses trübste Bild eines gesetzgeberischen Dilettantismus für immer aus der Erinnerung des deutschen Volkes verschwinden sollte. Für das deutsche Volk ist es sehr viel ersprießlicher noch lange auf ein neues Strafgesetzbuch zu warten, als diesen Entwurf der Neuschöpfung zugrunde zu legen.

**Mietsrecht** Das Kammergericht hat den praktisch sehr wichtigen Rechtssatz aufgestellt, daß eine Kriegerfrau, auch wenn sie allein einen Mietvertrag geschlossen hat, zur Räumung der Wohnung nicht gezwungen werden kann, solange nicht auch der Ehemann zur Räumung verurteilt ist. Aus den Gründen dieser schwerwiegenden Entscheidung ist folgendes hervorzuheben: »Der Ehemann als Haushaltungsvorstand ist Inhaber der von ihm gemieteten Wohnung. In seiner Abwesenheit ist die Ehefrau als seine Besitzdienerin im Sinne des § 855 des Bürgerlichen Gesetzbuchs anzusehen. Deshalb bedeutet die Vollstreckung eines gegen die Ehefrau erwirkten Urteils auf Räumung der Wohnung gleichzeitig auch eine Vollstreckung gegen den Ehemann, der damit aus dem Besitze der Wohnung gesetzt wird. Eine solche Vollstreckung gegen den Ehemann ist aber nur zulässig, wenn gegen ihn ein Schuldtitel vorliegt, in dem er zur Räumung verurteilt wird. Ein solcher Schuldtitel wird vorliegend auch nicht deshalb befählich, weil die Schuldnerin die Mietswohnung, die sie und ihr Ehemann, der Beschwerdeführer, innegehabt hatten, als dieser zu den Fahnen einberufen wurde, inzwischen verlassen und die streitige Wohnung bezogen hat, nachdem sie den diese betreffenden Mietvertrag mit der Gläubigerin in Abwesenheit des Ehemanns allein und in eigenem Namen

abgeschlossen hatte. Im Zweifel ist anzunehmen (und etwas anderes ist von der Gläubigerin nicht dargelegt), daß die Schuldnerin bezüglich dieser neuen Wohnung das selbe tatsächliche Verhältnis herstellen wollte, wie es bei der frühern bestanden hatte, daß sie auch bei dieser Wohnung den Beschwerdeführer, der Besitzer der frühern Wohnung gewesen ist und ein Recht zum Besitze auch hinsichtlich der neuen Wohnung nach § 1373 des Bürgerlichen Gesetzbuchs hat, zum Besitzer machen wollte, daß sie den Besitz der neuen Wohnung nur engriffen hat, um ihn für ihren Ehemann auszuüben, und daß deshalb der Beschwerdeführer durch sie als Besitzdienerin den Besitz gemäß § 855 des Bürgerlichen Gesetzbuchs erworben hat. Übrigens ist der Beschwerdeführer, wie sich aus seiner Erinnerung ergibt, im März 1917, als der Gerichtsvollzieher das Urteil gegen die Schuldnerin vollstrecken wollte, persönlich in dieser gewesen; er hat also auch selbst Besitz von ihr ergriffen. Deshalb würde ihm sein Besitz an dieser Wohnung entzogen werden, wenn das Räumungsurteil gegen die Schuldnerin vollstreckbar würde. Dies ist nicht angängig, da ein den Beschwerdeführer zur Räumung verurteilender Schuldtitel unstreitig nicht vorliegt. Die von der Gläubigerin beabsichtigte Zwangsvollstreckung ist daher nicht zulässig, und mit Unrecht ist der Gerichtsvollzieher zur Vornahme derselben von dem Landgericht angewiesen worden.«

**Totenliste** Am 8. November ist in Genf Louis Rehfous, der hervorragendste Vertreter des Handelsrechts an der Genfer Universität, im Alter von 60 Jahren gestorben. Wie viele welsch-schweizerische Gelehrte hatte Rehfous auch in Deutschland, und zwar in Heidelberg, studiert.

In Kopenhagen starb im Dezember, 83 Jahre alt, der Professor der Rechtswissenschaft Karl Goos. Schon mit 26 Jahren war er Universitätslehrer geworden; sein 5bändiges Werk über Strafrecht machte ihn in den Fachkreisen der ganzen Welt bekannt. In den achtziger Jahren beteiligte sich Goos am politischen Leben; in zwei Ministerien ist er Justizminister gewesen. Der Senior der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät Hugo von Burckhard ist im Januar in Würzburg im Alter von 79 Jahren gestorben. Außer einer Monographie über Andreas



Gail verfaßte er eine Reihe fachwissenschaftlicher Schriften, unter denen seine Untersuchungen über die *Cautio damni infecti*, die *Fragmenta Vaticana* und verschiedene Abhandlungen über die Bedeutung der Schenkung im römischen und deutschen Recht zu erwähnen sind.

**Kurze Chronik** Das türkische Ehe-recht soll jetzt von Grund auf geändert werden. Bisher ein Stück der Religion, wird es in die Rechtssphäre gerückt. Durch die Ministerialverfügung vom 31. Oktober 1917 ist die Eheschließung aus der Hand des Geistlichen in die des weltlichen Richters übergegangen. Die kirchliche Trauung darf erst erfolgen, nachdem die Zivilehe vor dem weltlichen Richter geschlossen ist. Die Vielehe bleibt erlaubt. Der Mann kann bis zu 4 Frauen heiraten. Jedoch steht der Frau das Recht zu beim Eingehen der Ehe zu fordern, daß sie keine Gefährtin erhält. Während es bisher dem Mann freistand die Frau ohne Angabe von Gründen zu verstoßen, ist jetzt die Ehescheidung sehr erschwert. Überhaupt wird der Frau eine weit gesicherte Rechtsstellung eingeräumt, sie erhält fest umschriebene Rechte. ◊ Das russische Justizministerium ist reorganisiert worden. Die Leitung der Abteilung für Staatsrecht ist dem in Deutschland durch seine Vernehmung als Sachverständiger im Königberger Hochverratsprozeß bekannten Professor Michael von Reußner übertragen worden. Wer die Seiten 316 ff. der von Kurt Eisner herausgegebenen Schrift *Der Geheimbund des Zaren* / Berlin, Vorwärts/ liest, wird mir zustimmen, daß eine glücklichere Wahl nicht getroffen werden konnte. ◊ Das Reichsgericht hat ausgesprochen, daß die Treuepflicht, die die Eheleute sich gegenseitig geboten haben, und die Achtung, die sie einander schulden, verlangen, daß sie während des Bestehens der Ehe im Umgang mit Personen andern Geschlechts und in ihrem Benehmen diesen gegenüber alles vermeiden, was geeignet ist in dem einen Gatten Zweifel an der ehelichen Treue des andern zu erwecken. Verstöße gegen dies Gebot der Ehe als der Verkörperung des höchsten Sittengesetzes berechtigen zur Erhebung der Ehescheidungsklage. ◊ Über die Todeserklärung Kriegsverhollener ist die folgende, praktisch überaus wichtige Verordnung ergangen: Wer als Soldat der deutschen oder einer

verbündeten Armee am Krieg teilgenommen hat und vermißt wurde, kann durch Aufgebotsverfahren für tot erklärt werden, wenn von seinem Leben ein Jahr lang keine Nachricht eingegangen ist. Das gleiche gilt für andere Personen, die sich bei der Armee aufgehalten haben oder in die Gewalt des Feindes geraten sind. Wenn sich der Verschollene wieder einfindet, so kann er die Aufhebung der Todeserklärung beantragen. ◊ Die Wach- und Schließgesellschaften legen vielfach die in ihren Verträgen sich findende Vorschrift, bei Streik und Mobilmachung sei die Gesellschaft berechtigt die Bewachung bis zur Einstellung von Ersatzwächtern zu unterbrechen, dahin aus, daß sie berechtigt seien eine Dienstunterbrechung eintreten zu lassen, wenn im Lauf des Krieges Wächter einberufen werden. Das Reichsgericht hat diese Auslegung für falsch erklärt. Die Klausel wolle die Gesellschaft nur vor dem Schaden schützen, den ihr der unvorhergesehene Eintritt der Mobilmachung bringen könne. Von einem Recht in vorhersehbaren, vielleicht oft sich wiederholenden Fällen eine Unterbrechung eintreten zu lassen könne mit Rücksicht auf das Interesse des andern Vertragsteils keine Rede sein.

## KUNST

### Bildende Kunst / Lisbeth Terna

**Trübner** Wilhelm Trübner war aus Heidelberg gebürtig. In seiner Ausbildung schätzte er besonders den Unterricht in Karlsruhe bei seinem Lehrer Canon. Im Jahr 1869 sah Trübner in München die berühmte Ausstellung, auf der zum erstenmal die impressionistischen Franzosen, besonders Courbet und Manet, und auch die ihnen sich anschließenden Deutschen, in geschlossenen Reihen das Feld beherrschten. Der Eindruck, den diese Ausstellung machte, war allem Courbet, auf Trübner machte, warf alles Bisherige um. (Bei diesem Sachverhalt ist es nur als Kriegsverirrung zu erklären, wie Trübner sich im Jahr 1916 über die französische Kunst äußern konnte (siehe diese Rundschau, 1916 I, Seite 239 f.)) Dazu kam, daß er in sehr nahe Beziehung zu Leibl trat; dieses alles bewirkte, daß bei Trübner mit einemmal eine ganz verwandte Naturanschauung sich so auflöste, als wenn sie bereits innerlich wie unter der Decke hatte vollständig reifen können. Fast unmittelbar darauf

entstanden seine reifsten Bilder. Aus den Jahren 1870 und 1871, also als er etwa 20jährig war, die besten; zum Beispiel die Frau auf dem Sopha vor der blumigen Tapete, die bei uns in der Nationalgalerie hängt. Aber bereits um 1876 ist diese Periode geschlossen, und die produktive Kraft erlahmt. Nie wieder haben seine späteren Werke diese wunderbare heitere Naivetät erreicht. Eine Naivetät, die mit absoluter Selbstverständlichkeit sich ihre Technik schuf, eine breite, weiche und dünne Art der Pinselführung, lichterhafte Farbe und eine gute sinnliche Anpassung in der Technik an das Stoffliche, die sich besonders in seiner Wiedergabe des Fleisches zeigt. Diese Frische der Sinne muß wohl also an seiner Jugend gegangen haben; sie verblaßte ganz unverhältnismäßig schnell. Seiner Technik fehlt nachher gerade das Gefühl für die Qualität des Stofflichen, und sie wirkt in ihrer Frische in vielen Fällen direkt roh, wenn sie zum Beispiel junges Fleisch in seiner Struktur genau so behandelt wie die Schichtung des Blätterlaubs. Sehr schön sind aus seinen letzten Jahren noch die Pferdeköpfe und seine kühlen grüngrauen Landschaften; wenn auch aus ihnen schon nicht mehr dieses unendlich naive Siegesgefühl spricht, das Trübners Arbeiten aus seinen jungen Jahren wie überhaupt die Kunst jener Zeit charakterisiert. Außerdem stammt noch von Trübner eine Reihe großer mythologischer Bilder, meist Amazonenkämpfe, in denen er sich an Feuerbach anlehnt. In keinem der Bilder ist aber ein wirklich inneres Verhältnis zum Gegenstand, und sie wirken nicht besser als die übliche Akademiekunst.

**Klimt** Gustav Klimt haben wir in Berlin nur wenig gekannt. Nur in den ersten Sezessionsausstellungen waren vereinzelte Porträts von ihm. Von seinen großen Kompositionen, die hauptsächlich seinen Ruhm begründeten, ist meines Wissens keine hergekommen. Ich kenne sie nur aus Wiedergaben und kann damit natürlich nur einen Teil ihres Wertes abschätzen. Aber jedenfalls sind sie mir im Innersten fremd, wenngleich sie geradezu frappieren durch die ganz immense Beherrschung der Form. Die Körper sind mit der denkbar leichtesten Sicherheit hingezichnet; und auch in Komposition und Ornament bewegt er sich mit absoluter Freiheit. Aber auch nirgends spürt man einen wirklichen inneren Zusammenhang mit dem Darge-

stellten. Sein Zusammenhang mit der Welt ist nur ganz lose und wie durch einen Schleier gesehen. In Klimt, dem Geistreichsten und Fähigsten seiner Zeit, kommt eben auch ihre Armut zutage. Alle Beziehungen zu den Dingen sind auf die Sinne basiert, und diese sind wieder während des ganzen verflossenen Jahrzehnts so sehr aus dem innern und lebendigen Komplex des ganzen Menschen herausgerissen, daß sie keinen Zusammenhang von Wesen zu Wesen geben konnten. Alle Klarheit in sich und Gesetzmäßigkeit hatten sie verloren und waren erstwelchen Augenbildern ausgeliefert. Klimt und viele mit ihm verlangten innerhalb dieses Sinnlichen auch nach allherd Geistigem; aber die so verwahrlosten Sinne blieben hierin unzulänglich, müssen es auch bleiben, wenn sie nicht rings im Menschen verwurzelt und verankert sind und ihre Speisung nicht von innen heraus beziehen. Erst dadurch können die Eindrücke von außen ihren Rhythmus und ihre Kraft bekommen, daß der innere Rhythmus sie in sich aufnimmt und ihnen dann ihr Gepräge gibt. Wenn aber Klimt, wie auch bei uns Strathmann zum Beispiel, ausschließlich alles auf äußere Sinnesempfindungen basieren wollten, dann mußte das schließlich den unangenehmen Nachgeschmack von Leere und vor allem von Präntention ergeben. Die Dinge selbst sind unkräftig geworden, und Linien und Ornament sollen je nachdem Mystik, Ergebenheit oder Verführung ausdrücken. Das Ornament ist dann auch dementsprechend unzusammenhängend geworden. Farbflecke und Tupfe sind die Ausdrucksmittel; sie zielen eigentlich aber nur wieder auf die Sinnesempfänglichkeit dessen ab, der sie anschaut, und tragen keine innere Nötigung in sich. Lieber als dieser seelische Impressionismus, der dazu eine Nuance ins Salonhafte hat, ist mir an Klimt die Art, wie er seine Frauen malt. Dann und wann mit präntiöser Symbolisierung, aber meist mit sehr lebendigem erotischen Gefühl, ein feinnerviger Fürsprecher der eleganten Frauen Wiens.

**Weltkriegsbücher** Es ist dieses eine Sammlung von Büchern und Bildern, die sämtlich auf den Krieg Bezug haben, nicht nur aus Deutschland sondern auch den feindlichen und den neutralen Ländern. Was in Berlin in der alten Musikhochschule davon ausgestellt war, konnte natürlich nur ein sehr kleiner Ausschnitt sein. Die Ausstellung ist leider nur von

sehr wenigen gesehen worden; die Wirkung war hier wohl die stärkste und zersetzendste, und keine Propaganda gegen den Krieg in Wort und Schrift konnte diesem gedrängten Nebeneinander von Ausdrücken des Hasses gleichkommen wie hier. Weniger kam dieses in den Plakaten zum Ausdruck als in der Sammlung der Illustrationen und Witzblätter. Die französischen und belgischen Blätter herrschen vor. Die Blätter sind fast alle aus dem ersten Jahr und beziehen sich größtenteils auf den belgischen Einfall. Ein Zyklus illustriert die französischen offiziellen Berichte über die belgischen Greuel. Nie sah ich einen so forttreibenden, brennenden Haß, und ich muß sagen: Wenn das französische Volk all die wüsten Barbareien wirklich glaubte, dann mußte es eben Krieg führen, und alle Achtung, daß es das tut. Aber hinwiederum, wenn die französische Regierung einen solchen Haß großgezogen haben sollte, um politischer Interessen willen, und wenn das nur ein Mittel des Chauvinismus wäre, dann schiene mir das ein furchtbar schweres Verbrechen. Doch wird man in Wahrheit hier schwerlich an kalte Berechnung denken können. Wenn man sich dessen erinnert, was in den ersten Kriegsmontaten bei uns von Greueln der Russen in Ostpreußen, der Franktireure in Belgien, von Brunnenvergiftungen und anderen Dingen erzählt und geglaubt wurde, dann wird man sich vorstellen können, wie solche Erzählungen in vielfacher Vergrößerung auf ein so leicht erregbares Volk wie die Franzosen wirken konnten. Damit soll nirgends etwas entschuldigt werden. Das soll uns aber davon abhalten ungerechte Urteile zu fällen oder unberechtigte Verallgemeinerungen vorzunehmen. (Wir wollen auch nicht vergessen, daß das selbe Volk, von dem wir solche Haßbilder sehen, auch die Dokumente tiefster, leidender Menschlichkeit, wie Barbusses Feuerbuch oder die Lettres d'un soldat, der Welt gegeben hat.) Vor allem aber müssen wir uns davor hüten falsche Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. Namentlich Schlüsse politischer Art. Aus den Blättern spricht nichts von politischem Kampf, sondern immer nur der Kampf gegen irgendwelche Schändung des Menschentums, die jeden mitreißen muß, wenn auch der Gedanke fürchterlich ist, daß dergleichen überhaupt als wahr angenommen werden konnte. Es sind da in erster Reihe die Bilder von Raskin, ein Totentanz; auch eine italienische Zeitschrift *Pagine di Sangue*.

war in dem Sinn charakteristisch. Blätter, äußerlich in dem Stil unserer Simplizissimusbilder in Schwarz und Rot. Der deutsche Kaiser meist watend in einem Meer von Blut, und der rote Hintergrund ausgefüllt dichtgedrängt von Toten oder anklagenden Händen, und er wie getrieben von bösen Geistern, meistens das Zeichen Gottes vor sich tragend. Diese antreibende Kraft des Hasses prägt sich auch rein künstlerisch in der freien und schnellen Art der Zeichnung aus. Daneben wirken die Plakate und Illustrationen der anderen Länder alle ein wenig stagnierend. Sehr gern hätte ich neben dem allen auch gute Zeichnungen von hier gesehen. Des Raumes wegen waren von deutschen Kriegspamphleten nur einige ziemlich nichtssagende zotige Ansichtskarten ausgestellt, die hier vom Oberkommando verboten waren und die künstlerisch durchaus minderwertig und roh sind. Gute Schulzsche Blätter hätte man sehen mögen, aus denen der allgemeine Jammer des Krieges spricht, mit neuer schönen, schlichten Sehnsucht nach neu aufwachender Menschenliebe.

**Archipenko** Bisher hatte ich von Archipenkos Kunst stets den Eindruck der wildesten schematischen Konstruktion gehabt. Jetzt zum erstenmal hat sie für mich Leben bekommen, und zwar dadurch, daß ich halb zufälligerweise seine Sachen sehr aus der Ferne sah. Die Verzerrungen, die von nah einfach sinnlos wirken, bekamen da ein anderes Gesicht. Unser Verhältnis zu der Form wird offenbar durch die Entfernung der Art nach anders. Es ist, als wenn wir sie nicht mehr in ihrer ganzen körperlichen Wirklichkeit durch unser Körpergefühl auffassen, sondern als wenn ihre individuelle Form durch ein Geistiges aufgesogen wird, das wir dazu tun, als wenn sie in uns durch gewisse einfache Grundformen aufgenommen würde, die vielleicht etwas mit Geometrischem zu tun haben. In dieser Vereinfachung werden dann die Formen in einem andern Sinn wieder lebendig. Die Wirkung, die mir da von Archipenko ausging, war durchaus stark. Körperform und Bewegung waren lebensvoll, mit Ausnahme allerdings von ein paar ganz zusammengewürfelten Plastiken aus der letzten Zeit. Viel Anteil an dieser Wirkung hat sicherlich auch die sehr betonte Schattenwirkung, mit der offenbar ganz bewusst gerechnet ist. Dadurch, daß die vielfachen Krümmungen der Fläche fortgelassen sind, ist auch der

Schatten zusammengehalten und tief, auch scheint mir des öftern die Art der Form der Schattenwirkung angepaßt. Ich dachte dabei an Rodin, der gerade an der gotischen Plastik rühmt, daß sie mit diesen lebeudigen Schattenwirkungen, die in der Plastik ein ebenso wichtiger Faktor sind wie etwa Form und Material, ganz bewußt gerechnet und gearbeitet hat. Allerdings setzt eine solche Rücksichtnahme auf die Beleuchtung wohl immer voraus, daß die Plastik nicht als freistehende Vollplastik gedacht sondern in Ansicht und Beleuchtung bestimmt ist. Daß die gebrochenen Flächen, mit denen Archipenko meist arbeitet, sich mir so lebendig und eindringlich zeigten, mag psychologisch bedingt sein. Die Wirkung von Ebenen, die uns frontal gegenüberstehen, ist immer viel eindeutiger und intensiver als die von gebogenen Flächen, und bei der Auffassung eines würflichen Gebildes stellen sich ganz von selbst die Hauptebenen immer in die Frontalebene zu mir. So ist wohl die starke Wirkung damit in Zusammenhang, daß die gebogenen Flächen seiner Körper in verschiedene Frontalebenen zerlegt sind und eine Auffassung in verschiedenen etwas abweichenden Ansichten ermöglichen. Übrigens ist die kantige Abgrenzung dabei nicht durchaus wesentlich. Einige Arbeiten Archipenkos sind, ob schon gleich in der Grundauffassung, doch in abgerundeten Kanten gegeben.

**Totenliste** Der Bildhauer Ernst Hertzer ist am 21. Dezember in Berlin im Alter von 71 Jahren gestorben. Hertzer ist namentlich durch sein Heinedenkmal bekannt geworden oder vielmehr durch den Skandal, der um dieses Denkmal im dunkelsten Deutschland entstand. Das Denkmal war nämlich für Heines Geburtsort Düsseldorf bestimmt. Aber die Obskuranten erhoben einen solchen Lärm, daß man die Aufstellung nicht wagte. Das Denkmal kam dann nach New York.

Am 21. Dezember starb auch Wilhelm Trübner in Karlsruhe, an einer Herzlähmung. Er ist 51 Jahre alt geworden und war gerade im Begriff einem Ruf an die Berliner Akademie zu folgen. Der ordentliche Professor der Kunstgeschichte an der Technischen Hochschule und Honorarprofessor an der Universität in München Karl Voll ist Ende Dezember im 51. Lebensjahr gestorben. Er war früher Kustos der Alten Pinakothek. Sein letztes Werk ist eine 3bän-

dige Entwicklungsgeschichte der Malerei. Auch als Sammler graphischer Blätter ist Voll bekannt.

Der Älteste der Münchener Kunstgelehrten und Sammler Hyazinth Holland, ist am 7. Januar im 91. Lebensjahr gestorben. Aus persönlichen Erinnerungen, ergänzt durch umfassende und gewissenhafte Forschung, hat Holland eine große Reihe von Lebensbeschreibungen und Nekrologen Münchener Künstler verfaßt, die wertvolle Beiträge zur deutschen und Münchener Kunstgeschichte der beiden letzten Menschenalter liefern. Seine reiche Sammlung an literarischen Merkblättern, Zeitungsausschnitten, Bildern usw. hat er der Hof- und Staatsbibliothek in München vermacht.

Am 6. Februar ist Gustav Klimt in Wien, 56 Jahre alt, gestorben. Er war der erste Präsident der im Jahr 1898 begründeten Wiener Sezession. Das Unterrichtsministerium übertrug ihm seinerzeit die Ausmalung der Deckengemälde für den Festsaal der Universität. Als aber 1900 das erste dieser Gemälde, die Darstellung der Philosophie, ausgestellt wurde, wurde eine solche Agitation in der Öffentlichkeit gegen ihn entfesselt, daß nach dem dritten Bild, der Jurisprudenz, der ministerielle Auftrag rückgängig gemacht werden mußte. Wenige Tage nach Klimt starb auch einer seiner treuesten Anhänger, Wilhelm List, im Alter von 54 Jahren. Er war einer der 16 Sezessionisten, die sich 1905 zur Klimtgruppe vereinigten. Der Maler Hans Oide ist im Februar in Weimar gestorben. Er war im Jahr 1855 im Holsteinischen geboren; verhältnismäßig spät, erst im Jahr 1912, kam er zu allgemeiner Beachtung. Später wurde er auch an die Weimarer Hochschule berufen; doch blieb ihm Holstein stets die Heimat, auch für seine Kunst. Seine Farben sind rein, klar und im Auftrag etwas pointillistisch. Am 24. Februar ist Anna Plehn, 58 Jahre alt, gestorben. Über ihre Arbeit und Persönlichkeit hat hier Käthe Kollwitz (in diesem Band, Seite 272) einige Worte gesagt. Die Verstorbene hat in den Jahren 1904 und 1905, 1908 und 1909 die Rundschau Bildende Kunst in den Sozialistischen Monatsheften bearbeitet. Ein treues Andenken wird ihr hier bewahrt werden.

**Kurze Chronik** Die Philosophische Fakultät der Universität Leipzig stellte folgende Preisaufgabe der Kunststiftung: »Die ar-

chaische Kunst der Italiener, besonders der Etrusker, Architektur, Ornamentik und Bilderei ist mit ihren Hauptquellen, der orientalischen und griechischen Kunst, durchzuvergleichen, die Einflüsse der verschiedenen griechischen Kunstgebiete nach Möglichkeit zu sondern und ihre zeitliche Folge festzustellen.  $\diamond$  Ein Bund der Freunde deutscher Kunst hat sich in diesem Herbst in Leipzig zusammengetan. In seinem Aufruf heißt es, er bezwecke in erster Linie eine »Würdigung deutscher Künstler, die allein schon vom nationalen Standpunkt aus Ehrenpflicht sein muß«.  $\diamond$  Der Kunstverein für Böhmen in Prag will jetzt an seine Mitglieder im Hinblick auf eventuellen Kauf Bilder leihweise abgeben; eine Idee, die vielleicht auch in weiterem Ausbau unter Umständen sehr fruchtbar sein könnte.  $\diamond$  Für die königlichen Museen in Berlin ist aus Wiener Privatbesitz ein Bild Tizians, eine Ruhende Venus, erworben worden. Das Werk ist im Kaiser Friedrich Museum der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden.  $\diamond$  Im Berliner Kaiser Friedrich Museum ist ein ganzes Liebermannzimmer eingerichtet worden, das einen Überblick über die verschiedenen Phasen der Entwicklung Liebermanns gibt.  $\diamond$  In Amsterdam wurde ein neuentdecktes Jugendwerk Rembrandts ausgestellt. Es stellt den Apostel Paulus dar.  $\diamond$  Zu Mitgliedern der Akademie der Künste sind die Maler Hans Thoma und Olaf Gulbransson, die Architekten Josef Schmitz und Hermann Jansen und der Bildhauer August Kraus gewählt worden.

Literatur

Der Delphinverlag in München hat unter seinen Kunstbüchern ein Bändchen über Alfred Rethel erscheinen lassen. Eine kurze, warm und gut geschriebene Einleitung des Herausgebers Kurt Gerstenberg, dann Briefe Rethels. Seine Persönlichkeit ist sicher von außerordentlicher künstlerischer Bedeutung. Wenn auch viele seiner Werke unter dem deutlichen Einfluß der damaligen Düsseldorfer Historienmalerei entstanden sind, so ist doch innerhalb dieser Beeinflussung eine ernsthafte Größe und Kraft unverkennbar. Wo er ganz selbst zum Wort kommt, ist sein Pathos sehr eigenartig und selbständig bis ins letzte hinein. Das trifft besonders auf seine Holzschnittblätter, den Totentanz von 48 und die 2 Blätter vom Tode als Freund und als Feind zu. Seine Wahlweise darin ist so stark und deut-

lich durch die Einfachheit der Empfindung und mit Rethels technischer Eigenart so restlos verknüpft, daß sie im eigentlichen Sinn volkstümlich sind, für das Volk und aus ihm heraus empfunden. Seine Briefe sind ganz und gar kindlich. Seine Kunst ist ihm sein einziger Lebensinhalt, den er auf naive Weise gegen alle Eingriffe schützt. Allerdings mit wenig Erfolg. Die Ausführung der Aachener Fresken mit den endlosen technischen Schwierigkeiten lähmt seine Schaffenskraft und lastet so sehr auf ihm, daß er nach Italien flieht. Er heiratet, aber schon mit 35 Jahren verfällt er einer unheilbaren Geisteskrankheit und stirbt im 43. Jahr. Seine Kunst hat im Pathetischen entschieden Beziehungen zu unserer gegenwärtigen.  $\diamond$  Zwei Arbeiten hat Béla Lázár in einem Heft zusammengefaßt (Studien zur Kunstgeschichte / Wien, Schroll.). Die erste behandelt, im Anschluß an eine Reiterstatue in Prag von den Brüdern Koloszvari, die Geschichte der Legende des heiligen Georg. Legende und die bildliche Darstellung sind erst mit den Kreuzzügen aus dem Osten hierher gebracht, und sie hat lange byzantinisches Gepräge gehabt. Die zweite Arbeit weist nach, daß das Gemälde, das König Ladislaus mit seinen beiden Kindern darstellt, eine Neuerwerbung des Budapester Ernstmuseums, von Bernhard Striegel herrührt. Das Heft ist mit sehr guten Bildern versehen.

KULTUR

Kunstgewerbe / Paul Westheim

Qualität

Der Krieg in seinem weiteren Verlauf wird zum organischen Vernichter des Qualitätsgedankens. In den ersten Kriegsjahren schien es, als ob er für die breiten Massen ein Erzieher zu Qualitätsansprüchen werden könnte. Als Soldat erlebte man an jedem Ausrüstungsstück die hohe Bedeutung allerbesten Materials und vorzüglichster Arbeit. Mit der Länge des Krieges kamen dann mit dem Mangel an Arbeitskräften die stetig wachsenden Rohstoffkalamitäten. Tausende von Hirnen strengten sich an für jegliche Art Stoffe Ersatzstoffe zu finden. Wir kamen zu jenem Surrogatwesen, zu Wäsche und Bindfaden aus Papier, zu Zigarren aus Buchenblättern und anderen Erzeugnissen mehr, die zusammen mit der Senkung der Volksmoral wohl auch über die Kriegsnöwendigkeiten hinaus zu einer Schmutzproduktion führten, die zu einer schwe-

ren Last für die gesamte Bevölkerung werden mußte. Eine Last, die man wohl mit Kriegsende und der erneuten Zufuhr (die man dann erhofft) der notwendigen Rohstoffe abzubürden hofft. Wahrscheinlich werden die Erfahrungen, die man mit der gegenwärtigen Schundproduktion gemacht hat, und das Verlangen nach gediegener Ware die Gesamtwirtschaft wieder einmal zu einem Qualitätsniveau ähnlich dem der Vorkriegszeit zurückführen. Allerdings wird man wohl kaum darauf hoffen dürfen, daß dieser Punkt bald schon erreicht werden wird. Man sieht wohl nicht zu pessimistisch, wenn man dafür nicht Jahre sondern Jahrzehnte annimmt. Die Rohstoffe aller Art dürften auch nach dem Krieg etwas sehr Kostbares sein. Man wird sie nach wie vor zu strecken und vor allem wieder durch minderwertigen Ersatz zu strecken versuchen. Gewiß wenden die Produzenten auch das, was sie jetzt an Surrogatwirtschaft gelernt haben, so schnell und so gern nicht vergessen. Man hat mit der Lieferung minderwertigster Ersatzmittel ein zu gutes Geschäft gemacht, und man wird bestrebt sein, soweit die Konkurrenzfähigkeit das überhaupt zuläßt, sich den Verdienst zu erhalten. Das heißt, für erhebliche Preise, als einen Luxus der Begütertesten, wird man etwas Qualitätsware herstellen, die Masse aber wird man wiederum auf so billige Art wie möglich und unter Verwendung der im Krieg erlangten Fälschertechniken abzufinden versuchen. Es wird wohl so sein, wie es in Frankreich mit dem Zigarrenrauchen war, wo man für 2 oder 3 Francs die cigarre de luxe und sonst die elendesten Glimmstengel hatte. Man wird sich beim Einkauf von Stiefeln das Leder, von Wäsche das Leinen ausdrücklich garantieren lassen müssen, und man wird wie in den Gründerjahren wieder die Dinge abzuwehren haben, die viel hermachten und nichts waren. Man denke an die wie Marmor angepinselten Holz- oder Stuckdekorationen zurück, an die berüchtigten Zinkornamente oder die Lederwaren aus Pappmaché.

Der Qualitätssturz durch die Industrialisierung im vorigen Jahrhundert war durch das Begehren der Industrie das Handwerk im Preis zu unterbieten verursacht. Es folgte eine Ära der billigen Waren, die, wie man weiß, die Qualitätsinstinkte der Massen vollständig zerstörte. Ein riesengroßer, unermüdlicher Kampf war notwendig, um nur einigermaßen wieder ein Qualitätsver-

langen zu wecken. Neun Zehntel der Kämpfe um einen neuen Stil und ein neues Kunstgewerbe waren nichts anderes als das Verlangen Qualitätsanforderungen gleichzeitig beim Produzenten wie beim Konsumenten durchzusetzen. Der Erfolg wäre geringer gewesen, wenn die Industrie selbst nicht aus weltwirtschaftlichen Erwägungen Qualitätsarbeit als Notwendigkeit empfunden hätte, wenn sie nicht zu der Erkenntnis gelangt wäre, daß schließlich nur noch ein Export hochwertiger Waren rentabel wäre, und daß auf die Dauer nur diese ihr die Zahlung der in Deutschland geforderten Arbeitslöhne ermöglichen würden.

Alle diese Bestrebungen sind durch die Länge des Krieges zunichte gemacht worden. Es wird, auch wenn die Industrie von sich aus ein lebhafteres Bedürfnis haben würde die Ersatzwirtschaft abzubauen, schwer sein mit Qualitätsanforderungen vor die Massen zu treten; denn Qualität ist in gewissem Sinn auch Luxus. Es wird von denen, die in Zukunft wohl jede Ware mit nicht geringen Mehrbelastungen zu zahlen haben werden, noch ein freiwilliges Opfer für jedes Mehr an Qualität gefordert. Qualitätsware ist nicht nur bessere, sie ist selbstverständlich auch teurere Ware. Das klingt wie alle Selbstverständlichkeiten banal, wird aber in jedem Haushalt, in dem gerechnet werden muß, zu einem ganz ersten Problem. Jeder Einkauf mit einem Plus von 10 % Qualitätsüberzeugung, jeder Stuhl, jede Tapete, jedes Messer, jeder Vorhang mit einer so idealen Hypothek belastet, ist mehr als ganz große Volksschichten zu tragen vermögen. Höhnte man die Qualitätslosigkeit des Parvenutums der Gründerjahre, so war das vorwiegend ein Kampf gegen schlechte Instinkte und eine verächtliche Gesinnung. Wird man in Zukunft den Volksmassen von Käuferethik predigen, so wird über das Gefühl hinaus immer auch an das Portemonnaie appelliert. Und es wird die Frage sein, ob auch hier das Portemonnaie mit der bessern Einsicht mit kann. Es war auch vor dem Krieg schon so. Als in Berlin aus Gewerkschaftskreisen heraus die Idee eines anständigen und gediegenen Arbeiterhausrats auftauchte, da waren die damals veranstalteten öffentlichen Versammlungen voll einer begeisterten Masse, die der Hoffnung war auf diese Weise von ihren Schundmöbeln loszukommen. Als dann aber die Typen, aufs einfachste ausgeführt, fertig vorlagen, stellte sich heraus, daß sie nur

für den *gehobenen* Arbeiter erschwinglich waren. Der größte Teil der Arbeiterschaft war bei den damaligen Lohnverhältnissen einfach nicht imstande für eine Einzimmerwohnung 600 und für eine Zweizimmerwohnung 900 Mark auszugeben. Billiger ließ sich aber bei einwandfreiem Material und anständig gelohnter Arbeit in einer Stadt wie Berlin solcher Hausrat nicht herstellen. Wenn trotzdem diese Typen einigermaßen Absatz gefunden haben, so ist das ein Beweis für die auch vor Opfern nicht zurückschreckende Qualitätssehnsucht der Massen.

Diese Sehnsucht wird nach all den bitteren Erfahrungen, die man auf allen Gebieten jetzt mit dem Surrogatschund gemacht hat, stärker als je geworden sein. Deshalb wäre es Aufgabe einer zielklaren Gewerbepolitik schon jetzt, gerade jetzt aufs neue die Bedeutung des Qualitätsgedankens sowohl für die Produktion wie für den Konsum zu propagieren. Das wäre wohl wichtiger als neue Produktionsgebiete in einer *deutschen* Frauenmode und dergleichen zu suchen. Solange das Volk sich noch nicht stoisch in die Qualitätslosigkeit aller Produktion ergeben hat, solange es über diese Qualitätsverminderungen, die es tagein tagaus zu verspüren hat, noch aus der Erinnerung an das Bessere entrüstet ist, sollte man mit aller Energie die Vorteile der Qualitätsarbeit ins Bewußtsein einhämmern, damit diejenigen, deren Schaffen auf hochwertiger Arbeit eingestellt ist, nicht wieder wie nach 1870 Jahrzehnte brauchen, bis sie wieder einigermaßen auf Verständnis rechnen können.

Neidenburger  
Rathaus

Die Stadt Köln hat das von Russen zerstörte Neidenburg als Patenstadt angenommen. Für den Neubau des Rathauses hat sie dem Patenkind zu Weihnachten 250 000 Mark bewilligt. Wie hier bereits in der Rundschau *Bildende Kunst* (in diesem Band, Seite 61) mitgeteilt wurde, mußte die Stadt Köln sich damit einverstanden erklären, daß Bodo Ebbardt dieses Rathaus (und, wie es scheint, noch einiges andere mehr in Neidenburg) baut.

Es versteht sich, daß man in Köln sich nicht freiwillig für die Ebbardtsche Baukunst entschieden hat. Das Kölner Tagblatt, das sich zum Wortführer der Mißstimmung gemacht hat, schreibt zu dem Fall: »Ebbardt, verwurzelt in der Verflachung und Stilentartung der letzten Jahrzehnte des vorigen Jahrhun-

derts, ist nie darüber hinausgekommen alte Baugedanken mit alten, überkommenen Formen zu verbrämen, ein Meister und Routinier der architektonischen Kulisse. In dem neuen Deutschland, das wir erwarten und ersehnen, wird aber für die Kunst des architektonischen Kulissenzaubers kein Raum mehr sein. . . Für uns Kölner, die wir die Mittel dazu hergeben, ist der Entwurf des Neidenburger Rathauses Sache des Vertrauens; zu Bodo Ebbardt können wir nach allem, was wir von ihm kennen, das Vertrauen nicht haben. . . Wir haben ein entschiedenes Interesse daran, daß auf dem Marktplatz in Neidenburg ein Bau errichtet werde, der dem künstlerischen Gedanken unserer Zeit entspricht und auch dem Kunstsinn der Patronatstadt alle Ehre macht.« Die Ortsgruppe Köln des Bundes der deutschen Architekten erläßt einen (allerdings recht sammelpfötigen) Protest, in dem erklärt wird: »Der Fall Neidenburg ist kein Ruhmesblatt der Kölner Kunstförderung.« Das Rathaus aber wird von Bodo Ebbardt gebaut, weil der Stadt Köln nichts anderes übrigblieb als dem Projekt zuzustimmen und das Geld zu bewilligen. Dem damaligen Oberpräsidenten von Ostpreußen hatte es gefallen Ebbardt mit dem Bau zu beauftragen. Wenigstens geht das aus einer Darstellung hervor, die Ebbardt selbst über den Fall, der sich wieder zu einer der bei uns beliebten Architekturaffären ausgewachsen mußte, in der Deutschen Bauzeitung gibt. Demnach sei der ehemalige Oberpräsident von Ostpreußen an Ebbardt herangetreten. Bei Übernahme des Auftrags habe Ebbardt die Bedingung gestellt, daß ihm sowohl der Bauplan der stark verwüsteten Stadt als auch der Aufbau von Kirche und Rathaus sowie die Planung oder Beeinflussung der bürgerlichen Bauten zugestanden werde. Eine Bedingung, die vom Oberpräsidenten auch angenommen worden sei. Es ergab sich dann eine Reihe von Schwierigkeiten, einmal durch den Wechsel im Oberpräsidium und im Hauptbauberatungssamt, dann aber dadurch, daß der Oberpräsident Stadtbilder im Ordensbaustil verlangte, so daß bereits im November die Zahl der von Ebbardt angefertigten Vorentwürfe nicht weniger als 8 betrug. Als nun die Stadt Köln die Hergabe der Gelder zu beschließen hatte, habe ein moralisches Anrecht von Ebbardt auf den Rathausbau vorgelegen, und sie habe nichts anderes tun können als die 250 000 Mark zu bewilligen.

Dieses moralische Anrecht Ebbards mag nicht bestritten werden; man kann auch zugestehen, daß die Stadt Köln sich in einer Zwangslage befunden hat. Ob die Stadt Köln, deren Bürger wohl auch kein geringes Grauen vor dem *Ordensbaustil* Bodo Ebbards haben dürften, besonders froh ist in eine so vorbelastete Patenschaft hineingeraten zu sein, ob solche Verhältnisse, wie sie da zutage kommen, überhaupt geeignet sind die Gebefreudigkeit im Reich für diese Zwecke zu erhöhen, mag dahingestellt bleiben. Nach Ebbards Darlegung ruht die Verantwortung für die falsche und das ganze Siedelungswerk in Mißkredit bringende Auftragserteilung bei dem Oberpräsidenten. Es ist leider nicht gesagt worden, ob die Aufforderung an Ebbardt bereits ergangen war, bevor das Hauptbauberatungsamt in Königsberg eingesetzt wurde, und (was für die Öffentlichkeit noch wissenwerter wäre) wie denn diese Stelle, die für den gesamten Wiederaufbau schließlich die moralisch-künstlerische Verantwortung zu tragen hat, sich mit dieser Auftragserteilung an Ebbardt abgefunden hat. Wozu denn das ganze Bauberatungsamt, wozu die Bezirksarchitekten, wozu alle die Richtlinien und wer weiß was noch, wenn dann doch irgendeine beamtete Stelle nach Laune und Belieben schalten kann? Das alles wurde doch geschaffen, um Zufallsfälle des Ungeistes zu verhindern. Wir haben mehr als genug von jener öffentlichen Baukunst, die den Launen einzelner entsproß. Soll der üble Fall des Washingtoner Botschaftsbaus (wie man vor der breiten Öffentlichkeit die deutschen Baukünstler zu einem Wettbewerb aufforderte und gleichzeitig hinten herum mit Ihne verhandelte und von ihm sich schon ein Projekt machen ließ) in Ostpreußen etwa gar wiederholt werden?

urze Chronik Nachdem für die Kriegführung die Kirchenglocken eingeschmolzen sind, wirft

Eugen Kalkschmidt in der Frankfurter Zeitung erneut die Frage auf, wie es denn um die Denkmäler bestellt sei, von denen so manches, das durch seine künstlerische Unzulänglichkeit nur Verunzierung des Stadtbildes ist, entbehrt werden könnte. ◊ In einer in der Berliner Sezession gezeigten Kriegsgräberausstellung wollte das österreichische Kriegaministerium einen Überblick über die von den österreichischen Hee-

resgruppen geleistete Gräberfürsorge geben. In Österreich sind wie bei uns einheitliche Leitsätze aufgestellt worden, die sich, der Ausstellung nach zu urteilen, durchaus bewährt haben. Die große Zahl der Toten, die auf den Kriegsschauplätzen der Monarchie zu beendigen war, zwang von selbst zu vernünftigen Grundsätzen der Schlichtheit.

## EINZELNES

### Ans der Zeit

Pleha Anna L. Plehn, die als Mitarbeiterin der Sozialistischen Monatshefte früher an dieser Stelle die Kunstbesprechungen schrieb, ist am 24. Februar gestorben.

In ihrer Jugend ausübende Malerin, wandte sich Anna Plehn später dem kunstgeschichtlichen Studium zu. Es erschienen außer zahlreichen Kunstbesprechungen in Zeitungen, in denen sie lebhaft, ja leidenschaftlich für damals noch werdende Talente kämpfte, zwei selbstständige kunstgeschichtliche Arbeiten. Als erstes Die Figur im Raum, welches Buch Muther seiner Sammlung Die Kunst /Berlin, Marquardt/ eingefügt hat. Darauf im Jahr 1911 bei Hertz & Mündel in Straßburg Farbensymmetrie und Farbenwechsel (143. Heft der Studien zur deutschen Kunstgeschichte). In diesem Buch weist Anna Plehn an einer großen Zahl von Bildern nach, daß in Italien ein grundsätzlich anderer Stil der Verteilung von Farben auf der Bildfläche geherrscht hat als in Deutschland. Ist das leitende Prinzip in der italienischen Malerei die Symmetrie der Farbe gewesen, so in der deutschen der Wechsel der Farbe und die Regelmäßigkeit im Wechsel.

Seit Ausbruch des Krieges ruhten auch die kunstgeschichtlichen Arbeiten Anna Plehns. Von nun an stellte sie ihre Arbeitskraft der Allgemeinheit zur Verfügung und arbeitete im Nationalen Frauendienst. Im Herbst 1917 kehrte sie nach Berlin zurück, um die soziale Arbeit wieder aufzunehmen. Hier traf sie ein tückischer Unglücksfall. Einer schweren Gasvergiftung hielt ihr Körper nicht stand. Nach tapfer getragenen Leiden starb sie in Schierke im Harz.

Ihre Freunde verlieren in ihr einen warmfühlenden tapfern Kameraden, auf dessen schlichte Ehrlichkeit man wie auf einen Felsen bauen konnte.

Käthe Kollwitz